

# lateinamerika anders

Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika und die Karibik

## Elitendemokratie oder Wandel?

ISSN 1028-9453

Nr. 1 \* März 2022

47. Jahrgang

EUR 5,-



### **Honduras**

Kurswechsel mit  
Stolpersteinen

### **Chile**

Hoffnungsvoller  
Aufbruch

### **Kolumbien**

Erlahmter  
Friedensprozess

## Editorial

Während die Augen der Weltöffentlichkeit angesichts der russischen Intervention in der Ukraine nach Osten gerichtet sind, droht ein für die westliche Hemisphäre historisches Ereignis aus dem Blick zu geraten: die Amtseinführung des jungen Präsidenten Gabriel Boric in Chile am 11. März. Von ihm erwarten sich viele einen ähnlichen Kurswechsel hin zu einer progressiven Politik wie von Xiomara Castro, die am 27. Jänner in Honduras als erste Frau die Präsidentschaft des Landes übernommen und als eine ihrer ersten Maßnahmen eine Amnestie für politische Gefangene verkündet hat. Die von ihr geplanten Reformen sollen nicht zuletzt den honduranischen Frauen zugutekommen, deren langjähriger Widerstand gegen ein korruptes und repressives Regime wesentlich zu Xiomas Wahlsieg beigetragen hat.

In dieser Hinsicht erfreuliche Nachrichten erreichten uns kurz vor Drucklegung auch aus Kolumbien, wo das Verfassungsgericht am 21. Februar die Abtreibung bis zur 24. Woche der Schwangerschaft legalisiert hat. Ob dem mit Gustavo Petro und seinem Linksbündnis *Pacto Histórico* ebenfalls ein Linksschwenk folgen wird, entscheidet sich in den Präsidentschaftswahlen Ende Mai.

Den Ausschlag für die Aussicht auf einen zweiten lateinamerikanischen Frühling werden aber voraussichtlich erst die brasilianischen Präsidentschaftswahlen im Oktober geben, in denen Luiz Inácio Lula da Silva laut aktuellen Umfragen einen Erdrutschsieg gegen Jair Bolsonaro davontragen könnte. Freilich werden die herrschenden Eliten – in Brasilien ebenso wie in Chile oder Honduras – alles in ihrer Macht Stehende tun, um einem grundlegenden Wandel Steine in den Weg zu legen.

Es stehen uns jedenfalls spannende Monate bevor, in denen wir diese zu Hoffnung Anlass gebenden Entwicklungen verfolgen werden, damit sie angesichts bedrohlicher Ereignisse in unserer Nachbarschaft nicht unbeachtet bleiben. Einen Niederschlag hat diese Aufbruchsstimmung bereits in der neuen, luftigeren Gestaltung der Zeitschrift durch Raphael Reichl gefunden. Hoffentlich trägt sie zu einer nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch anregenden Lektüre bei.

Hermann Klosius

## Inhalt

### ELITENDEMOKRATIE ODER WANDEL?

- 4 Hoffnung auf neue „Linkswende“  
Von Pablo Stefanoni
- 6 **Chile:** Linker Triumph auf dem Hochseil  
Von Erhard Stackl
- 8 Lehren aus dem chilenischen Demokratisierungsprozess  
Interview mit Alejandro Navarro Brains  
Von Leo Gabriel
- 10 **Honduras:** Schwieriger Neustart nach linkem Wahlsieg  
Von Peter Gärtner (und Leo Gabriel)
- 12 Linkswende ist nicht zuletzt ein Sieg der Frauen  
Von Suyapa Portillo Villeda
- 14 **Peru:** Von der Krise zur Improvisation  
Von Jürgen Kreuzroither
- 16 **Kolumbien:** „Ein Wahlsieg wird nicht reichen“  
Interview mit Jackeline Rojas Castañeda  
Von Ralf Leonhard

- 17 Fünf Jahre Friedensabkommen – ernüchternde Bilanz  
Von Robert Lessmann

- 19 **Bolivien:** Rückkehr zur Demokratie. Eine Bilanz  
Von Robert Lessmann

### AKTUELLES & ANALYSE

- 22 **Nicaragua:** „Keine unabhängigen Stimmen“  
Interview mit Carlos Fernando Chamorro  
Von Ralf Leonhard
- 24 **Costa Rica:** Wahlen ohne Wandel  
Von Klaus Reißwenger
- 26 **Brasilien:** Indigene fordern ihre Rechte ein  
Von René Kuppe
- 27 **Chile:** „Die Angst übertrug sich auf die Kinder“  
Interview mit María Elena Vásquez und Patricia Loreda  
Von Jürgen Schübelin
- 30 **Argentinien:** Mit der Kraft der Sonne entlang der *Ruta Inca*  
Von Laurin Blecha
- 31 Chinas Fischfangflotte ante portas  
Von Jürgen Kreuzroither

### 32 KURZNACHRICHTEN

### 34 BUCHBESPRECHUNGEN

- Die neuen offenen Adern Lateinamerikas; *Terrafutura*: Gespräche mit Papst Franziskus; *Indigene Autonomie in Lateinamerika*; *Populismus und Mittelklasse*
- 37 Kritik des naiven Praxisbegriffs  
Von Stefan Gandler
- 38 Johann Kandler  
Nachruf auf einen Wanderer zwischen zwei Welten  
Von Patricia Kandler
- 39 Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker  
Nachruf auf Sigrun Berger  
Von Gundi Dick
- 39 Offenlegung
- 40 Impressum

## Hoffnung auf neue „Linkswende“

Mit den Wahlen in Chile und Honduras haben die progressiven Kräfte in Lateinamerika an Boden gewonnen, doch im Vergleich zu den 2000er Jahren steht ihnen eine radikalere konservative Opposition gegenüber. Die Fronten verlaufen zwischen demokratischem Wandel auf der einen und einer Demokratie im Dienst der Eliten auf der anderen Seite.

Von Pablo Stefanoni

Der Wahlsieg von Gabriel Boric in Chile mit mehr als 55 Prozent der Stimmen im vergangenen Dezember war nicht nur ein Votum für *Apruebo Dignidad* (deutsch: „Ich stimme der Würde zu“), das linke Wahlbündnis aus *Frente Amplio* und kommunistischer Partei, sondern gleichzeitig auch eine deutliche Absage an die radikale Rechte in der Region. Borics Widersacher José Antonio Kast wollte die Politik der Pinochet-Diktatur wiederbeleben und pflegt Verbindungen zu rechtsextremen Kräften in Europa, z.B. zur spanischen Partei Vox. Gleichzeitig unterscheidet sich die von Boric verkörperte Linke vom „Linkspopulismus“ in der Region: Als Abgeordneter, ehemaliger Studentenführer und Teil der „Generation 2011“, die mit massiven Studentenprotesten gegen das Profitstreben im Bildungswesen auf die Straße ging, stellt er die Menschenrechte in den Mittelpunkt seines Diskurses über den Fortschritt in der Gesellschaft. Dies hat zu Spannungen mit einigen seiner kommunistischen Verbündeten in Fragen der regionalen Geopolitik geführt.

Wir sehen also eine Verschiebung im „pazifischen Block“ Lateinamerikas. Stellen sich die Staaten der Pazifik-Allianz (Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru) bisher als Gegengewicht zum Linksruck auf der „atlantischen“ Seite Lateinamerikas dar, so hat sich dies durch die letzten Wahlen abgeschwächt. Diese Entwicklung begann mit dem Sieg von Andrés Manuel López Obrador in Mexiko 2018. Im Juni 2021 folgte der überraschende Sieg des Lehrerwerkschaftsführers Pedro Castillo in Peru. Und in Kolumbien ist der linke Kandidat Gustavo Petro einer der Favoriten für die Präsidentschaftswahlen 2022. Das Rennen ist zwar noch völlig offen, aber es besteht kein Zweifel daran, dass die Rechte um den ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe heute geschwächt dasteht. Die Proteste von 2019 und 2020 haben dort, wenn

auch weniger stark als in Chile, eine breite Masse junger Menschen mobilisiert. Sie stellen ein politisches Modell in Frage, das von Gewalt gegen soziale Aktivistinnen und Aktivisten und vielen Ungerechtigkeiten geprägt ist.

Das *Movimiento al Socialismo* (MAS) in Bolivien kehrte nach dem Sturz von Evo Morales Ende 2019 schnell an die Macht zurück. Und auch in Argentinien hielt der Peronismus nach vier Jahren Opposition wieder in den Präsidentenpalast *Casa Rosada* Einzug. In Honduras hat die linke Kandidatin Xiomara Castro die Wahlen Ende 2021 gewonnen. Die Erinnerung an den Putsch von 2009, durch den Castros Ehemann Manuel Zelaya gestürzt wurde, ist noch lebendig. Selbst dort, wo die rechte Mitte triumphiert hat, wie in Ecuador, wird sie von einer Mitte-Links-Mehrheit im Parlament und von immer wiederkehrenden vehementen Straßenprotesten eingehegt.

Das Sahnehäubchen für die Progressiven in der Region wäre ein Sieg von Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien, der aktuellen Umfragen zufolge im Oktober 2022 Jair Bolsonaro durchaus schlagen könnte. Letzterer verliert selbst in der Elite an Unterstützung. Zu diesem Zweck bewegt sich Lula auf die Mitte zu, sucht die Unterstützung eines Teils der rechten Mitte – zum Beispiel der Partei des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso – und bemüht sich, das Misstrauen der Wirtschaft gegenüber einer möglichen Rückkehr der Arbeiterpartei in die Regierung zu reduzieren.

### Venezuela und Nicaragua als Hypothek

Gleichzeitig bleiben zwei Regime an der Macht, die die roten Linien der Demokratie überschritten haben: Nicolás Maduro hat seine Position nach dem Sieg der *Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas*

(PSUV) bei den letzten Gouverneurswahlen gestärkt. Die Opposition war zwar in den Wahlkampf zurückgekehrt, ist aber so stark zersplittert, dass sie fast überall im Land von einem vereinten Chavismus besiegt wurde. Und in Nicaragua wurden Daniel Ortega und Rosario Murillo wiedergewählt, nachdem sie alle Oppositionskandidaten ins Gefängnis gebracht hatten.

Die Verbindungen zu diesen beiden Ländern der „bolivarischen Achse“ wurden zu einem heiklen Thema für die demokratische Linke. Die Haltungen sind keinesfalls eindeutig, man versucht, sich mehr oder weniger stillschweigend zu distanzieren, ohne zu Komplizen einer „imperialistischen Einmischung“ zu werden. Zum Beispiel wurden weder Ortega noch Maduro zur Puebla-Gruppe eingeladen, dem Diskussionsforum progressiver Kräfte in Lateinamerika. Der Fall Ortega ist in mehrfacher Hinsicht komplex. Man denke nur an seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Regierungen mit vermeintlich gegensätzlicher ideologischer Ausrichtung. So pflegt er enge Geschäftsbeziehungen mit dem scheidenden honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández. Mit den USA hat er diverse Handelsabkommen abgeschlossen. Der Aufstieg des Autoritarismus in Mittelamerika ist ideologieübergreifend, wie sich an Nayib Bukele in El Salvador zeigt.

Die Linke könnte nun also mehr Regierungen stellen als während der „rosaroten Welle“, dem Linksruck von 2000 bis 2010. Eine bloße Zählung der Regierungen würde jedoch zu einer rein oberflächlichen Analyse führen. Die Niederlage von Mauricio Macri bei seiner Kandidatur für die Wiederwahl zum argentinischen Präsidenten 2019 hat die Schwierigkeiten von Mitte-Rechts-Parteien aufgezeigt, die zu sehr auf den Globalisierungsoptimismus der 1990er Jahre, auf „Weltoffenheit“ setzten. Aber die Welt hatte sich verändert, seit



Boric-Anhänger:innen feiern, © Javier Torres

Trump während seiner Präsidentschaft die liberale Ordnung fundamental in Frage stellte.

### Progressivismus light?

Gleichzeitig sind mit dieser neuen „Linkswende“ allgemein schwächere Versprechen für einen Wandel verbunden als in der Vergangenheit. Es handelt sich eher um eine Art „Progressivismus mit geringer Intensität“, der in einem Kontext von Wirtschaftskrise, schwindender regionaler Integration, wachsender organisierter Kriminalität und schwächerer Wählerloyalität regieren muss. Die schwierige Position von Argentiniens Präsident Alberto Fernández bei der Neuverhandlung der riesigen Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF), die er von Mauricio Macri geerbt hat, ist ein extremes Beispiel dafür, dass man im Moment nicht über die unmittelbaren Probleme hinaus agieren kann.

Anders als in den glorreichen 2000er Jahren sehen sich progressive Regierungen einer stärkeren Opposition gegenüber, die sich mit der Linken um die Macht der Straße streitet. Die neuen Rechten der letzten Jahre, wie Kast und Bolsonaro, oder das Phänomen der argentinischen „Libertären“, verkörpert durch den Wirtschaftswis-

senschaftler Javier Milei, sind von einem härterem Kaliber. Sie verbinden Diskurse über Recht und Ordnung mit einer radikaleren Verteidigung des Kapitalismus und schreiben sich, wie in Europa, die Kritik an der angeblichen Diktatur der politischen Korrektheit auf die Fahnen.

Die Niederlage des Peronismus bei den Parlamentswahlen 2021 in Argentinien gegen die Mitte-Rechts-Partei *Juntos por el Cambio* von Mauricio Macri zeigt, dass die Wählerschaft inmitten sozialer Unruhen und angesichts einer weit verbreiteten Infragestellung der „politischen Klasse“ immer unbeständiger wird. Lediglich der Fall Chile scheint der „Ermüdung“ der anderen fortschrittlichen Bewegungen in der Region zu widersprechen: Die Protestwellen, der Verfassungskonvent und der Generationswechsel – Boric wird sein Amt im Alter von 36 Jahren antreten, viele Bürgermeister sind noch jünger als er – wecken große Erwartungen und Hoffnung auf Veränderungen. Dennoch: Der neue Präsident wird bei der Durchsetzung von Reformen, die auf eine umfassendere Sozialpolitik abzielen, auf zahlreiche Schwierigkeiten stoßen.

### Polarisierung und Instabilität

Die Region erlebt eine Kombination aus politischer Polarisierung und Parteien-

zersplitterung, was häufig dazu führt, dass Präsidenten keine parlamentarische Mehrheit hinter sich haben und eine größere politische Instabilität herrscht. Im Fall Perus hängt dies aufgrund der Tatsache, dass der Präsident leicht seines Amtes enthoben werden kann, wie ein Damoklesschwert über Pedro Castillo. Auch Chiles neuer Präsident Boric wird mit Mitte-Links-Kräften verhandeln müssen und mit der Stärke der Rechten im Senat konfrontiert sein, wo sie die Hälfte der Sitze halten. Der Peronismus in Argentinien leidet unter interner Heterogenität und den Grabenkämpfen zwischen den „Kirchneristen“, den Anhängern von Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner, und den „Albertistas“, die Präsident Alberto

Fernández unterstützen. Dies war zuletzt deutlich an den unterschiedlichen Positionen zu den Verhandlungen mit dem IWF zu sehen.

In dieser Gemengelage versuchen sowohl die Progressiven als auch die Mitte-Rechts-Bewegungen, sich an neue Rahmenbedingungen anzupassen. Auch in Lateinamerika ist ein ideologisches Klima zu spüren, das traditionelle politische Identitäten in Frage stellt und neue Formen des Nonkonformismus mobilisiert. Diese Entwicklung ist nicht immer leicht ideologisch einzuordnen, hat aber eindeutig das Potenzial, repräsentative Demokratien unter Druck zu setzen. ●

**Pablo Stefanoni ist Chefredakteur der Zeitschrift Nueva Sociedad. Der Beitrag wurde am 18.1.2022 im IPG-Journal auf Deutsch erstveröffentlicht.**

## Linker Triumphator auf dem Hochseil

Gleich nach dem umjubelten Wahlsieg begann Gabriel Boric das auf heftige Widerstände stoßende Großprojekt, Chile in ein sozial gerechteres Land umzuwandeln. Eine Großnichte Franz Kafkas berät ihn dabei.

Von Erhard Stackl

Ausgerechnet in Providencia, einem eleganten Stadtteil Santiagos, richtete Chiles Wahlsieger Gabriel Boric (36) vor dem Amtsantritt im März seine politische Zentrale ein. In einem Herrenhaus mit Vorgarten, sonst Sitz eines Universitätsinstituts, installierte der siegreiche Kandidat der Linken die „Moneda chica“, ehe er in Chiles echten Präsidentenpalast La Moneda im Stadtzentrum übersiedelte. Nur in Providencia und sechs weiteren Kommunen der wohlhabenden Oberstadt erreichte sein ultrarechter Rivale José Antonio Kast in den Präsidentschaftswahlen mehr als die Hälfte der Stimmen, in der sieben Millionen Einwohner zählenden Metropole Santiago (mit 52 Kommunen) kam Boric insgesamt auf 60 Prozent, in ganz Chile auf 56 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Boric wurde auch in Providencia freundlich empfangen. Ständig drängten sich begeisterte Fans vor dem Gittertor, machten Fotos und forderten Autogramme. Denn der Übergangssitz liegt nicht weit von der Plaza Italia, seit langem

– und besonders seit dem Beginn der sozialen Revolte Ende 2019 – das Ziel von Massendemos der Unzufriedenen Chiles, die ihn in „Platz der Würde“ (*Plaza Dignidad*) umbenannten.

### Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten beseitigen

„Würde“ ist auch das, was Boric und seine *Apruebo Dignidad* genannte Allianz aus Kommunisten und forsch linken Kleinparteien der großen Mehrheit der Chilen:innen versprochen hat, die im Gegensatz zu der mit niedrigen Steuern und luxuriösem Wohlstand gehätschelten kleinen Oberschicht unter hohen Bildungsausgaben, schlechter Gesundheitsversorgung und niedrigen Löhnen sowie Pensionen unter dem Niveau des Mindestlohns leiden.

Boric, der nicht eben athletische Bart- und Brillenträger, hat eine Herkulesaufgabe vor sich. Ein neoliberaler Nachtwächterstaat soll in ein starkes Gemeinwesen umgewandelt werden, mit gleichberech-

tigter Beteiligung von Frauen und bisher rechtlosen Indigenen, mit Augenmerk auf Umwelt und Klimaschutz, mit einem erneuerten und ausgebauten Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem. Mit einer Pensionsreform hin zu einem von Unternehmen mitfinanzierten staatlichen Umlage-Modell (wie in Deutschland und Österreich) anstelle des seit Pinochet bestehenden, bei dem private Fondsgesellschaften mit hohem Verwaltungsaufwand die Beiträge der arbeitenden Menschen auf den schwankenden Finanzmärkten anlegen.

Im Grunde gehe es laut dem 81-jährigen sozialistischen Politik-Veteranen Luis Maira darum, die „Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten“ zu beseitigen, die sich während der Diktatur, aber auch in den mehr als 30 Jahren seit deren Ende „angesammelt haben“. Von der moderaten Mitte-links-Koalition, die seither mit vier christ- und sozialdemokratischen Präsident:innen – unterbrochen von zwei Amtszeiten des Rechten Sebastian Piñera – regierte, erwartete sich solche Änderungen niemand mehr; Korruption zerfraß die traditionellen Parteien und zerstörte ihre Glaubwürdigkeit.

Und doch ist Boric im chilenischen Parlament auf ihre Unterstützung angewiesen. Im fragmentierten Abgeordneten-

haus mit 17 Parteien hält *Apruebo Dignidad* nur 37 der 155 Sitze, im Senat gar nur vier von 43. Mit Unterstützung aller Mitte-links-Kräfte kommt das Boric-Lager gerade einmal auf die Hälfte der Mitglieder in beiden Häusern des *Congreso Nacional*. Und so blieb ihm kaum etwas anders übrig, als in das Regierungsteam neben seinen linken Gefährt:innen auch solche moderat Linke und Unabhängige aufzunehmen, deren Glaubwürdigkeit intakt ist.

### Illustres Kabinett

In den internationalen Medien wurden nach der Präsentation des Kabinetts zwei Punkte hervorgehoben: Ihm gehören im Verhältnis von 14 zu 10 erst-



Gabriel Boric im Wahlkampf; © Guillermo Salgado, AFP

mals mehr Frauen als Männer an. Das Durchschnittsalter beträgt nur 42 Jahre; einige sind bei ihren vor Pinochet geflüchteten Eltern im Ausland aufgewachsen. Die größte Schlagzeile war, dass die neue Verteidigungsministerin Maya Fernández Allende heißt. Die nun 52-jährige in Chile geborene Sozialistin, die als Baby von ihrem Großvater Salvador Allende fotogen in den Armen gewiegt wurde, lebte nach dem Putsch von 1973 im kubanischen Exil, studierte später in Santiago Veterinärmedizin und ging 2012 in die Politik. Sie steht nun den Streitkräften vor, die einst ihren Opa gestürzt hatten.

Neben dieser nicht nur symbolisch wichtigen Ernennung traf Boric eine Reihe weiterer wegweisender Personalentscheidungen. Zur ersten Innenministerin Chiles machte er seine erfolgreiche Wahlkampfleiterin Izkia Siches (36). Die Ärztin und Kammerfunktionärin ist den Chilen:innen als kritische Stimme zur Corona-Politik der Regierung Piñera bekannt.

Einer der innenpolitisch wichtigsten Posten ging an einen Freund aus dem linken Parteienbündnis Frente Amplio (Breite Front), das zusammen mit den Kommunisten den Pakt *Apruebo Dignidad* bildet: Giorgio Jackson, seit der Studentenrevolte vor zehn Jahren an Boric' Seite, ist als Generalsekretär der Präsidentschaft das Bindeglied zum Kongress. Die Kommunistin Camila Vallejo (33), eine einstige Rivalin, die bei den Studentenwahlen 2011 knapp von Boric geschlagen wurde, fungiert nun als Regierungssprecherin. Als eloquente Anführerin der Studentenproteste gegen das privatisierte Bildungssystem hatte sie 2011 weltweit Eindruck gemacht. Der britische *Guardian* ernannte sie damals zur „Persönlichkeit des Jahres“. Ab 2013 saß sie für die KP im Parlament.

Obwohl Chiles Kommunisten im Pakt *Apruebo Dignidad* mit 12 von 37 Parlamentsmandaten die stärkste Gruppierung sind, schafften es nur drei aus ihrer Partei in die Regierung. Neben Vallejo sind dies die Juristin Jeanette Jara (47) für Arbeit und Soziales sowie der Immunologe Flavio Salazar (56) im Ressort Wissenschaft. Das Frauenministerium ging an eine Feministin, Landwirtschaft an einen Grünen und das Transportwesen an einen begeisterten Radfahrer.

Für die wichtigsten Posten fand Boric überraschende Lösungen. Außenminis-

terin wurde die Menschenrechtsexpertin Antonia Urrejola, früher Beraterin der in die politische Mitte gerückten sozialistischen Präsidentin Michelle Bachelet und danach Beamtin der Organisation Amerikanischer Staaten. Als solche kritisierte sie Menschenrechtsverletzungen auf Kuba, in Nicaragua und Venezuela. Ihre Ernennung habe für „raised eyebrows“, also für Stirnrunzeln gesorgt, schrieb die britische KP-Zeitung *Morning Star*.

Gar Beifall vom politischen Gegner bekam Boric für die Wahl seines Finanzministers: Mario Marcel, bisher Chef der chilenischen Nationalbank und ebenfalls dem Bachelet-Umfeld zugerechnet, gilt seit Jahrzehnten als Verfechter einer sparsamen Budgetpolitik. Führende KP-Politiker haben Marcel auch schon als „Neoliberalen“ bezeichnet.

Seine Nominierung soll wohl ein Signal an die wirtschaftlich Mächtigen in Chile sein, die Boric' Projekt sabotieren könnten: mit Kapitalabfluss ins Ausland und Währungsverfall, Investitionsstopp und fallenden Börsenkursen, am Schluss womöglich mit Unternehmerstreiks und einer Versorgungskrise, wie dies in der Ära Allende geschah.

Wahlverlierer Kast, ideologisch viel weiter rechts als Piñera, hat den Grundton in seiner Kampagne schon vorgegeben: Die Leute von *Apruebo Dignidad* seien allesamt gefährliche Kommunisten, die Chile in den ökonomischen Abgrund reißen würden wie Venezuela. Piñera selbst versuchte noch in letzter Minute, Förderlizenzen für 80.000 Tonnen Lithium neu zu vergeben, wurde aber von Boric, der künftig höhere Lizenzzahlungen verlangen will, daran gehindert. Auch eine „Modernisierung“ des Freihandelsvertrags mit der EU ließ Piñera aushandeln; unterschrieben wurde er noch nicht. Darin ist ein Investitionsgerichtshof vorgesehen, der die Interessen europäischer Unternehmen schützen soll. Dieser Passus, der zu einer Welle von Klagen gegen Chile führen könnte, wenn der Schutz von Arbeitnehmern und Umwelt erhöht wird, dürfte ein Streitthema zwischen der Regierung Boric und Brüssel werden.

## Intelligentes Vorgehen nötig

Boric hat zwar mehrfach versprochen, alle Veränderungen „graduell“ anzugehen und zur Finanzierung seiner Reformen nur die Wohlhabenden stärker zu besteuern; die Pensionsreform sei überhaupt ein längerfristiges Projekt. Aber trotzdem prophezeien ihm rechte Kommentatoren schon jetzt, dass er damit im Parlament nicht durchkommen werde. Als Alternative bleibe ihm dann wie früheren linken Präsidenten Lateinamerikas (etwa Rafael Correa, der 2007 bis 2017 in Ecuador regierte) zur Finanzierung wachsender Sozialausgaben nur verstärkter Extraktivismus. Wenn Boric aber voll auf die Ausbeutung von Rohstoffen wie Kupfer und Lithium setzt, hängt er gefährlich von instabilen Weltmarktpreisen ab.

Manche der geplanten Reformen wären gar nicht so teuer, heißt es aus Boric' Beraterstab. Um alle Schulden zu erlassen, die aus Studienkrediten früherer und aktueller Hochschul:innen stammen, reichen „ungefähr 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, sagte Stephany Griffith-Jones, die wichtigste Wirtschaftsberaterin des neuen Präsidenten. Und: Dauerhaft höhere Sozialleistungen erforderten eben dauerhaft höhere Steuern. Die in Chile aufgewachsene Entwicklungsökonomin Griffith-Jones hat an verschiedenen amerikanischen und europäischen Universitäten gelehrt. Bücher schrieb sie auch gemeinsam mit dem Neoliberalismus-Kritiker Joseph Stiglitz. Geboren wurde sie 1947 in Prag als Stepanka Novy Kafka. Sie ist eine Großnichte des Dichters Franz Kafka, was symbolisch gut zum kafkaesk verschlungenen Labyrinth der chilenischen Politik passt.



José Antonio Kast; © Elvis Gonzalez, EFE

Nicht nur mächtige Oligarchen (hier *Grupos económicos* genannt) und ihre Rechtsparteien werden Boric das Leben schwer machen. Auch die unsicheren Verbündeten der Mitte-links-Parteien, sowie über Boric' Erfolg neidische Kommunisten und auch die zu Streit und Spaltung neigenden in der *Frente Amplio* vereinten fünf linken Kleinparteien können dies.

Dazu gibt es jetzt noch einen weiteren, vielleicht entscheidenden Player: die verfassunggebende Versammlung mit 155 vom Volk gewählten Mitgliedern, die noch heuer ein neues, wohl nicht mehr neoliberaleres Grundgesetz einem Referendum vorlegen soll. 103 Mandatare sind nicht einmal Mitglied einer Partei, aber größtenteils links und sehr ungeduldig, was die in Chile anstehenden Reformen betrifft (siehe: „Wichtiger als die Wahl Allendes“, *LA anders* 3/2021). Als im Jänner die zur Halbzeit geplante Neuwahl der Vorsitzenden stattfand, fielen die Kandidaten der Kommunisten und der *Frente Amplio* durch. Zur Vorsitzenden gewählt wurde die Ärztin Maria Elisa Quinteros, eine Repräsentantin der linksunabhängigen Sozialbewegungen. Eine erste leichte Ohrfeige für Boric, obwohl er im Gegensatz zu anderen Spitzenpolitikern stets für die *Constituyente* eingetreten war.

In den Jubel der Anhänger von Gabriel Boric mischten sich vor seinem Amtsantritt deshalb erste besorgte Stimmen. Es gebe für ihn nur einen Weg, als Chiles Reformpräsident Erfolg zu haben, sagte der mit ihm befreundete Politik-Veteran Luis Maira: „Wenn ihn all jene dauerhaft unterstützen, die seinen Wahlsieg ermöglicht haben“. ◉

## Lehren aus dem chilenischen Demokratisierungsprozess

### Ein Gespräch mit dem Senator und Menschenrechtsaktivisten Alejandro Navarro Brains

Wie ist der für Lateinamerika einmalige Demokratisierungsprozess ausgerechnet in Chile, einem Land, das nach einem blutigen Militärputsch wie kaum ein anderes durch ein halbes Jahrhundert hindurch von einer Diktatur des Neoliberalismus beherrscht war, zustande gekommen? Ist er irreversibel oder gar ein Vorbild für andere Bewegungen der Linken, die, einmal an der Regierung, den Versuchungen der Macht nicht widerstehen konnten, wie in Ecuador, Bolivien, Nicaragua und El Salvador?

Diesen Fragen stellte sich in Honduras angesichts der Amtsübernahme der ebenfalls aus einer Linkspartei hervorgegangenen Präsidentin Xiomara Castro de Zelaya ein prominenter Ehrengast: der chilenische Philosophieprofessor und langjährige Senator Alejandro Navarro Brains, der nach 28 Jahren seines unermüdlichen Engagements für Frieden und Menschenrechte im Regionalparlament von Biobío, einer Industriezone 600 km südlich von Santiago, zum Mitgründer des *Movimiento Amplio Social (MAS)* wurde, jener politischen Plattform, die den 34-jährigen Studentenführer Gabriel Boric zum zukünftigen Staatspräsidenten gemacht hat, der im März dieses Jahres sein Amt antreten wird.

**Warum hat es nach der Abdankung von General Augusto Pinochet im Jahr 1989 so lange gedauert, bis eine grundsätzliche Reform des chilenischen Staates in Angriff genommen werden konnte?**

**Navarro Brains:** Ich kann das am besten an meinem Beispiel erklären: Nachdem ich 1976 den Todeszellen der Militärdikta-



Navarro Brains, © Leo Gabriel

tur entkommen war, schloss ich mich einer nach den strategischen Überlegungen des *MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria)* konzipierten Studentenbewegung an, die zwei Ziele verfolgte: erstens die Militärs aus den Führungspositionen der Universitäten zu vertreiben und zweitens den Diktator Pinochet abzusetzen. Das war aber kein kontinuierlicher Prozess, der in den 1990er Jahren stattgefunden hat, denn wir mussten uns neben dem Studium auch um unsere Familien kümmern und für unser ökonomisches Überleben sorgen.

Außerdem hat es seit 1980 eine Verfassung gegeben, die den mit den Militärs verbundenen Rechtsextremen von der *Unidad Demócrata Independiente (UDI)* unter dem Einfluss des *Opus Dei* und dem Chefideologen der Republikanischen Partei Jaime Guzmán mit nur 33 Prozent der Stimmen eine Mehrheit im Parlament verschaffte.

**Heißt das, dass es erst jetzt mit der *Constituyente*, der verfassunggebenden Versammlung, einen irreversiblen demokratischen Prozess geben konnte? Und wie hat der sich auf die Wahl von Boric ausgewirkt?**

Ja, denn mit Gabriel Boric ist eine neue Generation zum Zug gekommen, die sich nach dem 18. Oktober 2019 im Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung entwickelt hat. Der Vorteil dieser Bewegungen gegenüber den politischen Par-

teien, die sich kaum bemerkbar gemacht haben, bestand darin, dass die sozialen Eliten, die sich hinter dem *Moneda*-Palast versteckten, nicht wussten, wie sie darauf antworten sollten.

### Was war denn der hauptsächliche Grund für diese Massenbewegung?

Die unglaubliche Korruption, mit der sich die Unternehmen mit falschen Rechnungen Milliarden Pesos aneigneten. Und das in einem Land, in dem die Verletzung des Privateigentums strenger bestraft wird als Mord und Totschlag.

Andererseits richtete sich der Kampf gegen die Verwaltung des Pensionsfonds, der *Administradora del Fondo de Pensiones (AFP)*, die von José Piñera, dem Bruder des Präsidenten, vorangetrieben wurde. Sie sieht vor, dass 30 Prozent der Löhne und Gehälter bei den Unternehmen bleiben, was dazu geführt hat, dass 86 Prozent der Chileninnen und Chilenen verschuldet sind, d.h. dass sie arbeiten, um ihre Schulden zu bezahlen. Und diese AFP gibt es noch immer.

### War es also notwendig, dass die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung vor den Präsidentschaftswahlen stattfanden?

Nein, das ist nicht so einfach. Die verfassunggebende Versammlung ist das Ergebnis eines Prozesses, der nach dem 19. Oktober 2019 stattfand, um einen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Die Bewegung, die ihr vorausgegangen ist, war eine spontane Bewegung, in der es unterschiedliche Auffassungen gegeben hat. Ich zum Beispiel war sehr skeptisch, weil mir die Zwei-

drittmehrheit, die für die Verfassung notwendig ist, als eine allzu große Hürde erschien. Bei verschiedenen Politikfeldern wird das nicht möglich sein. Aber vielleicht irre ich mich. Es fehlen ja noch sechs Monate, bis die Verhandlungen abgeschlossen sind.

### Wie schätzen Sie die Figur von Boric ein? Wie würden Sie ihn politisch beschreiben?

Er gehört dem Linksbündnis *Frente Amplio* (Breite Front) an, das aus zahlreichen Bewegungen und neuen Parteien besteht. Boric wurde bei den Primärwahlen zum Kandidaten bestimmt, weil es ihm gelungen ist, 20 Prozent der Stimmen auf einen Nenner zu bringen – mehr als Daniel Jadue, der Bürgermeister von Recoleta, der der kommunistischen Partei angehört und den die meisten als Favoriten eingeschätzt haben.

Die Eltern von Boric haben der Christdemokratischen Partei angehört und waren Teil der ehemaligen *Concertación* (Bündnis bestehend aus Christ- und Sozialdemokraten), aber deren Söhne haben diese politischen Strukturen hinter sich gelassen. Gabriel hat die so genannte *Convergencia Ciudadana* (Zusammenschluss von Bürger:innen) mitgegründet. Aber viele Funktionäre, die er einsetzen wird, stammen aus politischen Parteien.

Er hat im ersten Durchgang eine Million 800.000 Stimmen bekommen und im zweiten mehr als vier Millionen. Ich glaube, das spricht für sich; und das, obwohl die Rechte alles darangesetzt hat, ihn zu diskreditieren und als einen zu dämonisieren, der aus Chile ein zweites Venezuela

la machen wolle. Aber jetzt ist er der Präsident mit den meisten Stimmen in der Geschichte des Landes geworden.

### Gibt es bereits Anzeichen, dass es der kommenden Regierung gelingen wird, die wichtigen und grundsätzlichen Reformen durchzusetzen, von denen im Wahlkampf die Rede war?

Boric trägt zwei schwere Rucksäcke auf seinem Rücken: erstens den Konflikt des chilenischen Staates mit den autochthonen Völkern, vor allem mit den Mapuche. Das ist ein Konflikt, der schon seit Jahrhunderten besteht. Immerhin ist es bereits gelungen, dass Chile – ebenso wie Bolivien – als plurinationaler Staat anerkannt wird.

Zweitens gibt es hier den Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die Rechte wirft der Linken ja immer vor, dass sie viel zu „weich“ wäre. Tatsächlich zahlen die Erpressungen und blitzartigen Gefangennahmen (*secuestros express*) zu den größten Sorgen der chilenischen Bevölkerung.

### Glauben Sie, dass in Lateinamerika eine neue Linke im Entstehen ist, die sich nicht mehr an einem Caudillo orientiert, sondern sich Chile zum Vorbild nimmt – etwa in Honduras oder in Kolumbien, sollte dort der linke Kandidat Petro die Wahlen gewinnen?

Das weiß ich nicht. Was aber sicher ist, ist die Tatsache, dass die Menschen gehört werden wollen, damit sie Lust bekommen, sich am politischen Geschehen aktiv zu beteiligen. Bei uns beteiligen sich inzwischen nur mehr sechs Prozent Aktivist:innen aus den traditionellen politischen Parteien am politischen Geschehen. Boric hat sich von der spanischen Partei *Podemos* inspirieren lassen, die mit ihrem Projekt gescheitert ist. Jetzt hat uns *Podemos* alles Gute gewünscht und wir hoffen, dass wir ihre Fehler ebenso wenig wiederholen werden wie die der chilenischen Sozialdemokraten, die Allende damit gedroht haben, ihm ihre Unterstützung zu versagen. Wir haben aus unserer eigenen bitteren Erfahrung gelernt, dass Spaltungen zu nichts führen, sondern nur den Gegnern nützen. ○

Interview von  
Leo Gabriel sen.



Aktivist:innen des *Frente Amplio*

# Schwieriger Neustart nach linkem Wahlsieg

Nachdem Xiomara Castro de Zelaya am 28. November vergangenen Jahres die Präsidentschaftswahlen mit 51,12 Prozent der Stimmen klar gewonnen hatte, sah sie sich noch vor ihrer Amtseinführung am 27. Januar mit einer ernsten parlamentarischen Krise konfrontiert. Diese scheint zwar nach mehrwöchigen Verhandlungen ihres Ehemannes José Manuel Zelaya, der 2009 von der alteingesessenen Oligarchie mit Hilfe des Militärs weggeputscht worden war, vorläufig beigelegt zu sein, kann aber jederzeit wieder ausbrechen.

Von Peter Gärtner

(unter Mitarbeit von Leo Gabriel)

Kurz vor der Machtübernahme Xiomaras war es auf der ersten Sitzung des neu gewählten Parlaments zum Eklat gekommen, der mit einer physischen Rauferei zwischen den Abgeordneten der Regierungspartei seinen Höhepunkt erreichte. Verursacher der unerwarteten Krise war Jorge Cálix, der wie die Präsidentin Mitglied der Partei LIBRE (*Libertad y Refundación*) ist. Unter bewusster Verletzung eines Abkommens zur Bildung einer Wahlallianz zwischen Xiomara Castro und dem weniger populären Populisten Salvador Nasralla, dem Chef des *Partido Salvador de Honduras* (PSH), hatte sich Cálix mit den Stimmen der rechten Opposition und 20 Abgeordneten der Regierungspartei zum Parlamentspräsidenten wählen lassen. Am selben Tag, dem 23. Januar, stimmten jedoch im Parlamentsgebäude 48 Abgeordnete inklusive der Stellvertreter der abtrünnigen LIBRE-Abgeordneten für Luis Redondo von der Partei PSH, sodass es kurzfristig zwei Parlamente gab.

Während sich Xiomara Castro und LIBRE-Mitglieder in Wutausbrüchen ergingen, von „Verrat“ und „Ausverkauf an die Narcos“ sprachen, machte sich der „schlaue Fuchs“ Manuel Zelaya an die Arbeit. Am 8. Februar präsentierte er mit strahlendem Lächeln das Resultat seiner wochenlangen Bemühungen: Cálix machte „einen Schritt zur Seite“ und kassierte dafür einige wichtige Posten in der staatstragenden Bürokratie. Nachdem sich plötzlich auch die 22 Abgeordneten der traditionellen Liberalen Partei auf die Seite der Allianz LIBRE-PSH-DC geschlagen haben, verfügt diese jetzt über eine satte Mehrheit von 83 Abgeordneten von insgesamt 128 Volksvertreter:innen.

Das Beispiel zeigt deutlich, dass die Linke nur dann erfolgreich sein kann,

wenn sie in der Lage ist, die Mechanismen der repräsentativen Demokratie mit denen der Partizipation der eigenen Wählerschaft zu verbinden.

## LIBRE: Der lange Weg zum Wahlsieg

Die Partei *Libertad y Refundación* (LIBRE) wurde am 26. Juni 2011 von Organisationen und Aktivist:innen gegründet, die sich in der Nationalen Front des Volkswiderstandes (*Frente Nacional de Resistencia Popular – FNRP*) gegen den Putsch vom 28. Juni 2009 und seine Folgen zusammenschlossen hatten. Damals hatten Militär, Oligarchie und rechte Politiker Präsident José Manuel Zelaya gestürzt, weil sie ihre Herrschaft durch drastische Lohnerhöhungen und den wachsenden Einfluss von Hugo Chávez in Honduras gefährdet sahen. In der Folge etablierte der rechte *Partido Nacional de Honduras* (PNH) seine zwölfjährige Herrschaft, die trotz ihres formell demokratischen Agierens von der Mehrheit der Bevölkerung als korruptes und repressives Regime abgelehnt wurde. Besonders verhasst war und ist Juan Orlando Hernández (JOH), der das Land nach einem offensichtlichen Wahlbetrug seit Januar 2014 regiert hatte. Er sowie Mitglieder seiner Familie sind ebenso wie andere Vertreter der Oligarchie eng mit dem organisierten Verbrechen und den internationalen Drogenkartellen liiert, was Honduras den Ruf einer Narco-Diktatur beschert hat. Ein Gericht in New York hat seinen Bruder im Vorjahr zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Eine Verurteilung wegen Drogenhandels dürfte auch Juan Orlando bevorstehen: Am 15. Februar wurde er aufgrund eines Auslieferungsantrags der USA festgenommen und muss mit seiner Auslieferung in wenigen Monaten rechnen. Es

wird ihm vorgeworfen, zwischen 2004 und 2022 für den Schmuggel von 500 Tonnen Kokain in die USA verantwortlich zu sein.

Nachdem LIBRE bei den Wahlen von 2013 (mit Xiomara Castro) und 2017 (mit Salvador Nasralla) große, wenngleich von JOH nicht anerkannte Erfolge errungen hatte, gewann die Partei mit Xiomara Castro als Präsidentschaftskandidatin am 28. November 2021 eine klare Mehrheit von 51,12 Prozent der Stimmen und konnte damit dem oligarchischen Machtblock eine ernsthafte Niederlage zufügen. Seit dem Putsch gegen Manuel Zelaya, ihrem Ehemann, zeigte sich Xiomara Castro überaus mutig und einfülsam im Widerstand gegen die Narco-Diktatur. Nun ist sie nicht nur die erste Frau im höchsten Amt des zentralamerikanischen Landes, sondern zugleich auch diejenige, die seit 1980, dem Beginn der Demokratisierung in Honduras, mit 1.716.793 Wähler:innen die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Vertreter des traditionellen Zwei-Parteien-Kartells, Nasry Asfura vom *Partido Nacional* (PN) und der Liberale Yani Rosenthal (PL) landeten mit 36,93 bzw. zehn Prozent deutlich abgeschlagen auf den Plätzen zwei und drei.

Die Wahlergebnisse zeigen ein widersprüchliches Bild der neuen politischen Situation. Einerseits haben die Bürgerinnen und Bürger von Honduras mit ihrer Wahlentscheidung den Weg zur politischen Neuausrichtung des Landes geöffnet. Die absolute Mehrheit für Xiomara Castro signalisiert eine breite Zustimmung der Bevölkerung für das Wahlprogramm von LIBRE, das auf eine Neugründung (*Refundación*) des Landes abzielt. So soll per Referendum die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung ermöglicht und zahlreiche Gesetze, die den Ausverkauf des Landes befördern und die „Rechtsgrundlage“ für die Repression der widerständischen Bevölkerung gebildet haben, abgeschafft werden. Außenpolitisch strebt die neue Regierung eine größere Selbstständigkeit an, was eine Annäherung an die linksliberalen Regierungen von Mexiko bis Chile einschließt. Durch eine Reihe sozialpolitischer Programme sollen die extreme Polarisierung der Gesellschaft und die wachsende Armut bekämpft werden.



Xiomara Castro nach ihrer Amtseinführung am 27. Jänner; © Leo Gabriel

Andererseits verfügt der traditionelle oligarchische Machtblock nach wie vor über zahlreiche Möglichkeiten, den angestrebten Neuanfang zu blockieren und zu nichte zu machen. Cáliz' Aktion zeigt, dass der Einfluss der Gegner der Neugründung des Landes selbst bis in die Reihen von LIBRE reicht. Aus Angst, in ihren Pfründen und ihrer Macht beschnitten zu werden, sind sie bereit, sich mit allen Mitteln den drohenden Veränderungen entgegenzusetzen. In dieser Hinsicht erlauben die Ereignisse um die Wahl des Parlamentspräsidenten erste Schlussfolgerungen zum Stand der Kräfteverhältnisse und den Strategien beider Seiten.

### Honduras – USA: Vom Verbündeten zum Rebellen?

Die Liste der ausländischen Delegationen macht auf zwei Aspekte aufmerksam, die für die künftige Außenpolitik der neuen Regierung wichtig sein werden. Zum einen genießen Xiomara Castro und ihr Projekt sowohl unter den zentralamerikanischen und karibischen Nachbarländern einschließlich Mexikos als auch unter der lateinamerikanischen Linken eine hohe Wertschätzung. Dieser Rückhalt wird angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Neugründung von Honduras noch an Bedeutung gewinnen.

Zum anderen zeigt die Anwesenheit von Kamala Harris, welche Bedeutung Honduras im konkreten und Zentralamerika im Allgemeinen für die Biden-Administration haben. Beim Treffen mit Xiomara Cas-

tro unmittelbar nach der Amtseinführung standen neben Hilfeleistungen für Honduras zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie die Bekämpfung von Korruption, Straffreiheit und Gewalt sowie der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Harris wies darauf hin, dass angesichts der mehr als 300.000 Honduraner:innen, die im letzten Haushaltsjahr die US-Grenze überquert haben, die Beseitigung der Fluchtursachen ein zentrales Anliegen der Biden-Administration sei. Sie betonte außerdem die positive Bedeutung des Amtsantritts von Xiomara Castro für die gesamte Region.

Beide Politikerinnen diskutierten die Möglichkeiten einer ökonomischen Wiederbelebung des Landes. Harris nutzte die Gelegenheit, um den Besuch einer hochrangigen US-Delegation unter Führung des Handelsministeriums für Mai 2022 anzukündigen, die Privatinvestitionen von mehr als 1,2 Milliarden US-Dollar für die Region generieren soll. Xiomara Castro ging es vor allem um die Lösung der ökonomischen Krise. Sie wies darauf hin, dass es praktisch unmöglich sei, die Schulden, die in den zwölf Jahren der Herrschaft des PNH auf das Siebenfache gestiegen seien, zurückzuzahlen. Sie belaufen sich inzwischen auf mehr als 15,5 Milliarden Dollar, was fast 60 Prozent des BIP von Honduras entspricht.

Die genannten Themen machen deutlich, dass Washington einerseits an einer Erholung und Stabilisierung von Honduras interessiert ist, wobei die Eindämmung der Massenmigration in die USA oberste Priorität hat. Die ökonomischen und sozia-

len Vorhaben der neuen LIBRE-Regierung kommen dem durchaus entgegen. Die politische und soziale Instabilität hat seit dem Putsch von 2009 derart gefährliche Ausmaße angenommen, dass die Narco-Diktatur unter der achtjährigen Herrschaft von JOH für die USA zur Belastung geworden ist. Insofern könnte die Biden-Administration bereit sein, eine moderat agierende Linkeregierung in Honduras zu tolerieren.

Das Problem für Xiomara Castro und ihre Regierung besteht jedoch darin, dass Honduras in einer derart tiefen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise steckt, dass es mit gemäßigten Reformen nicht getan ist. Die Neugründung des Landes erfordert mehr. Es geht darum, die politische und ökonomische Macht der Oligarchie, die zudem eng mit dem organisierten Verbrechen verwoben ist, zu brechen. Nur mit radikalen Reformen können Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus der Dauerkrise geführt werden. Mit der Wahl von Xiomara Castro ist ein erster, wichtiger Schritt getan. Als eine der ersten Maßnahmen verfügte sie eine am 4. Februar im Amtsblatt *La Gaceta* veröffentlichte Amnestie für politische Gefangene, die auch den seit 29 Monaten unrechtmäßig gefangenen acht Wasserverteidigern von Guapinol die Freiheit brachte.

Wie weit sie auf dem damit eingeschlagenen Weg kommt, wird sich erst zeigen. Ihr Spielraum wird nicht nur von ihren Gegnern im Inneren bestimmt, die bereits ihre ersten Aktionen gestartet haben, sondern auch vom Kräfteverhältnis innerhalb der Region und darüber hinaus. Dabei kann schnell eine Situation entstehen, in der der Prozess der Neugründung an die Grenzen der von Washington bestimmten regionalen Ordnung stößt. Es ist Xiomara Castro zu wünschen, dass sie die Kraft und die Klugheit besitzt, das Projekt der Neugründung von Honduras soweit voranzutreiben, dass es gegen alle Widerstände Bestand hat. Alles andere würde Honduras in eine tiefe Katastrophe stürzen. ◉

**Peter Gärtner ist Vorsitzender von Quetzal – Leipziger Lateinamerika Verein e.V. und Redaktionsmitglied des Online-Magazins Quetzal.**

# Linkswende ist nicht zuletzt ein Sieg der Frauen

Am 27. Januar hat Xiomara Castro nach mehr als einem Jahrzehnt rechter Herrschaft ihr Amt mit einer Agenda angetreten, die stark vom Frauenaktivismus und anderen sozialen Bewegungen geprägt ist.

**Von Suyapa Portillo Villeda**

Frauen haben in der Geschichte von Honduras immer an vorderster Front gekämpft, sei es im Kampf gegen Diktaturen, gegen politische Korruption oder für zivile Verbesserungen wie die Gleichstellung der Geschlechter in Politik und Bildung. Die Wahl von Xiomara Castro Sarmiento Zelaya von der Partei *Libertad y Refundación* (LIBRE) zur Präsidentin hat Frauen aus verschiedenen Bereichen und in der Diaspora ermutigt. In einem Land, das nach dem von den USA unterstützten Putsch von 2009 zwölf Jahre lang von Straflosigkeit, Korruption und aggressivem Neoliberalismus heimgesucht wurde, ist Castros Sieg – und ihr Versprechen, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen – zugleich eine Rechtfertigung und ein Hoffnungsschimmer für die Rechte der Frauen.

Meine Großmutter war eine Aktivistin der Liberalen Partei, die sich gegen die Nationalistische Partei stellte und 1954 als Wahlhelferin tätig war – eine ehrenamtliche Tätigkeit, die mit Gefängnis oder sogar mit dem Tod hätte enden können. Damals wurden die Mitglieder der Liberalen Partei ähnlich wie die Mitglieder der kommunistischen Parteien verfolgt und schikaniert.

Ein Jahrhundert lang, bis zum Staatsstreich von 2009, wurde Honduras abwechselnd von zwei oligarchischen Parteien, der Nationalistischen Partei (PN) und der Liberalen Partei (PL), regiert. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1954 galt der liberale Kandidat Ramón Villeda Morales, von seinen Anhängern liebevoll *Pajarito Pechito Rojo* (Rotbrüstiges Vögelchen) genannt, als Hoffnung, die schreckliche Herrschaft der Nationalistischen Partei von Tiburcio Carías Andino zu beenden.

16 Jahre lang hatte Carías Andino, ein Verbündeter der US-Bananengesellschaft



Tausende verfolgten die Angelobung im Stadion von Tegucigalpa; © Leo Gabriel

ten, diktatorisch regiert. Er setzte die Militärs ein, um die Führer der PL zu terrorisieren, Aktivismus und Organisation zu unterbinden und Arbeiter und Bauern zu bedrohen, damit sie für seine Partei stimmten. 1946 wurden Mitglieder der PL bei einer Kundgebung in San Pedro Sula erschossen, was die dringend benötigte Organisation und den Widerstand gegen das Regime auslöste. 1954 mussten die Aktivist:innen das Militär, Einschüchterungen und Korruption umgehen, um wählen zu können. *Pajarito* gewann die Wahl mit einem Paukenschlag.

Unter der Herrschaft der PN war die Stimmabgabe nicht einfach, und die Frauen spielten eine wichtige Rolle. Frauen wie meine Großmutter hatten die Aufgabe, die leeren Stimmzettel aus den Hauptstädten der Departements zu holen und sie in allen größeren Gemeinden zu verteilen, so auch im Heimatort meiner Mutter, San Nicolás de Copán. Die Frauen, die noch kein Wahlrecht besaßen, fuhren mit Lastwagen und wanderten dann über einen schlammigen Berg, der mit dem Auto nicht erreichbar war, nach San Nicolás. Auf dem Weg dorthin mussten sie Soldaten ausweichen, die dafür bekannt waren, leere Stimmzettel zu zerstören und Aktivist:innen und Wähler einzuschüchtern. Die örtlichen Priester standen auf der Seite des Militärs. Auf dem

Weg zur Grundschule, die als Wahllokal in San Nicolás diente und gegenüber einer katholischen Kirche lag, schlängelten sich meine Großmutter und ihre *Compañeras* durch die Höfe der Leute, um den Militärpatrouillen zu Pferde auszuweichen. Es waren gefährliche und rechtlose Zeiten, in denen das Militär, ermächtigt durch die PN, unrechtmäßig Häuser durchsuchte und Menschen inhaftierte, verschwinden ließ oder tötete.

Der bisweilen gewalttätige Machtwechsel zwischen Liberalen und Nationalisten war die vorhersehbare Konvention bis 2009, als Mitglieder der Liberalen Partei in Absprache mit Eliten und dem US-Außenministerium einen Putsch gegen ihre eigene Partei führten. Durch den Putsch wurde Präsident Manuel „Mel“ Zelaya auf ähnliche Weise abgesetzt wie Villeda Morales im Jahr 1963 nach einer kurzen demokratischen Regierungszeit.

Der Widerstand gegen den Putsch von 2009 wurde von Frauen angeführt. Frauen standen an vorderster Front, um das Land und die Flüsse ihrer Vorfahren zu verteidigen, ihre Rechte als Erzieherinnen und Beschäftigte im Gesundheitswesen, das Recht auf ein gewaltfreies Leben und das Recht, Entscheidungen über ihren Körper und ihre Identität zu treffen.

Ähnlich wie sich die Stimme des Volkes 1954 an den Wahlurnen Gehör verschaffte, haben vor allem junge Menschen und diejenigen, die in den zwölf Jahren seit dem Putsch am meisten entrechtet wurden, bei den Wahlen 2021 in einer noch nie da gewesenen Zahl für ein neues Honduras abgestimmt.

### Eine Agenda für Frauen und LGBTI

In ihrer Kampagne und ihrem Wahlprogramm hat sich Castro für die Rechte der Frauen eingesetzt und versucht, Femizide und strukturelle Gewalt gegen Frauen und LGBTI-Gemeinschaften zu bekämpfen – Themen, die in früheren Kampagnen ignoriert wurden. Sie verspricht, das jüngst reformierte Strafgesetzbuch, das die Strafen für Verbrechen gegen Frauen herabsetzte, zu korrigieren. Außerdem will sie gegen Hassreden und den Kreuzzug der Konservativen gegen die so genannte „Gender-Ideologie“ vorgehen, setzt sich für Sexualerziehung in den Schulen ein, um Schwangerschaften bei Jugendlichen zu verhindern, und fördert Geschlechterparität in der Politik, wo Frauen unterrepräsentiert sind.

Castro fordert eine „humane Migrationspolitik“, um die Zwangsmigration zu bekämpfen, und will die Gebühren für Auslandsüberweisungen senken. Sie verspricht, in diesem Prozess sowohl mit der US-Regierung als auch mit den Emigranten zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig verspricht sie, die Rechte der Honduraner:innen – einschließlich der Einwanderer, unabhängig von ihrem Status – auf Renten, Sozialkredite und andere Leistungen zu garantieren, die es ihnen erleichtern, zurückzukehren, wenn sie sich dafür entscheiden.

Die weitreichendste Politik für Frauen ist jedoch Castros Unterstützung des Rechts auf sexuelle und reproduktive Rechte, einschließlich des Rechts auf Auswahl und Zugang zu Reproduktionstechnologien und Verhütungsmethoden. Castro will den Zugang zur „Pille danach“ und zur Antibabypille erleichtern, Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung, Lebensgefahr für die Schwangere und fötalen Anomalien entkriminalisieren. Weitere Vorschläge versprechen die Anerkennung der Arbeit von Frauen, die Unterstützung von Frauenhäusern und die Einrichtung von Zentren

für die Wiedereingliederung abgeschobener Frauen in die Gesellschaft.

Besonderes Augenmerk richtet sie auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Gemeinschaften. Sie fordert Schutz vor Hassverbrechen und Gewalt, die ordnungsgemäße Untersuchung von Straftaten und die Einführung eines Gesetzes zur Geschlechtsidentität, das es trans- und geschlechtsuntypischen Menschen ermöglichen würde, ihren Namen und ihr Geschlecht in ihren Ausweispapieren zu ändern. Diese in Honduras beispiellosen Schritte würden das Land in Einklang mit den Empfehlungen eines kürzlich ergangenen Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte bringen, in dem der honduranische Staat für den Mord an der Trans-Aktivistin Vicky Hernández im Jahr 2009 für schuldig befunden wurde.

Castro hat sich verpflichtet, die ILO-Konvention 169 anzuerkennen, die Honduras zwar ratifiziert, aber nie umgesetzt hat. Dies würde das Recht der Garífuna und der indigenen Gemeinschaften auf freie, vorherige und informierte Zustimmung garantieren und es ihnen ermöglichen, sich an Landentwicklungsprojekten in ihren Gebieten zu beteiligen oder diese abzulehnen. Zweisprachige Bildung und Gesundheitsversorgung sind vorgesehen.

Die PN-Regierungen hatten es reichen Landbesitzern ermöglicht, Garífuna-Gemeinden kommunales Land zu stehlen. Vor allem die Frauen haben sich der Vertreibung widersetzt. Es ist wichtig, dass Castro im Rahmen des Prozesses der verfassunggebenden Versammlung die Schaffung eines Kongresses der Afro- und indigenen Gemeinschaften vorschlägt, der die Befugnis hätte, autonome Zonen zu verwalten. Dies wäre eine deutliche Umkehrung des umstrittenen ZEDEs-Gesetzes – das unter JOHs Führung im Kongress verabschiedet wurde und von Castro und dem neuen Kongress voraussichtlich gekippt wird –, mit dem versucht wurde, öffentliches Land an Ausländer zu versteigern, um Enklaven zu schaffen, die privaten Städten gleichkommen. Damit würde auch eine zentrale Forderung des Widerstands nach dem Putsch erfüllt: die Neuformulierung der Verfassung, um Honduras neu zu gründen und dabei diejenigen einzubeziehen, die in der Vergangenheit am meisten entrechtet wurden. Mit anderen Worten:

diejenigen, die die sozialen Bewegungen aufgebaut haben, die Castro an die Macht brachten.

Castro muss mit dem Zorn des rechten Flügels, der konservativen Eliten, der Religionsgemeinschaften und anderer patriarchalischer Kräfte im Kongress und in Sektoren, die mit US-Interessen verbunden sind, rechnen. Die größte Herausforderung besteht darin, von einer Vision zu einer konkreten Politik zu gelangen, die sich im Leben der Menschen niederschlägt. Castro wird als ersten Schritt die Afro-, indigenen, feministischen und LGBTI-Bewegungen in diesen Prozess einbeziehen müssen, um dessen Erfolg und die breite Unterstützung der Bevölkerung sicherzustellen.

Während der Zweihundertjahrfeier der honduranischen Unabhängigkeit von Spanien erklärte Präsident Juan Orlando Hernández Wasser- und Landschützer, Feministinnen und LGBTI-Gemeinschaften zu „Feinden der Unabhängigkeit“.

Natürlich waren es JOH und seine Nationalistische Partei, die sich als die Feinde des Volkes erwiesen. Jetzt, 67 Jahre nachdem Frauen das Wahlrecht errungen haben, verspricht Xiomara Castro, eine Präsidentin des Volkes zu sein und die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit von Honduras wiederherzustellen. Dies verspricht eine neue Ära für Frauen aller Rassen und Ethnien sowie für die LGBTI-Gemeinschaften zu werden. Ich bin aufgeregt und hoffnungsvoll. Meine Mutter ist es auch. Meine Großmutter wäre es auch gewesen. ○

**Suyapa Portillo Villeda ist außerordentliche Professorin am Pitzer College und Autorin von „Roots of Resistance: A Story of Gender, Race, and Labor on the North Coast of Honduras“, das sich mit der Widerstandskultur der Arbeiterklasse in Honduras beschäftigt.**

Gekürzt und leicht bearbeitet von Ralf Leonhard

# Von der Krise zur Improvisation

Die neue politische Krise in Peru geht über die von Präsident Pedro Castillo selbst zugegebene Unerfahrenheit hinaus. Sie hat auch damit zu tun, dass es keine soliden Politiker:innen und Parteien gibt, die die von der Gesellschaft geforderte Repräsentativität bieten. Castillo hat das in ihn gesetzte Vertrauen jedenfalls weitgehend verspielt.

## Von Jürgen Kreuzroither

Er tritt nie ohne auf, ohne jenen Hut, geflochten aus hellem Stroh, breite Krempe, hohe Krone: So trägt man ihn in Cajamarca, der Heimatregion von Pedro Castillo ganz im Norden von Peru. Schon während des Wahlkampfs zeigte sich Perus Präsident stets mit seinem *sombrero*, selbst zur Vereidigung im Juli trug er ihn, genauso später dann im Parlament oder bei Staatsbesuchen. Würde man es gut meinen mit Pedro Castillo, könnte man sagen, die Kopfbedeckung sei eben sein Markenzeichen. Weniger Wohlwollende dagegen sehen in der Kopfbedeckung kein modisches Accessoire, sondern eine der wenigen Konstanten in der Regierungszeit von Castillo.

Denn der Präsident ohne Parlamentsmehrheit im Rücken hat nach nicht einmal sieben Monaten Amtszeit in der zweiten Februarwoche bereits das vierte Minister:innenkabinett ernannt. Das vorletzte war bloß sieben Tage im Amt.

Bis vor Kurzem gab es noch eine zweite Konstante in Castillos Regierungsstil: Er verweigerte sämtlichen Medien Interviews. Erst mit dem schon absehbaren Ende seines zweiten Kabinetts unter Ministerpräsidentin Mirtha Vasquez Ende Jänner wurde der Druck zu groß. Angesprochen auf erratische Entscheidungen und manch fragwürdige Personalwahl bekannte der ehemalige Dorflehrer im Interview mit CNN, dass er als Präsident noch am Lernen und das Land sozusagen seine neue Schule sei.

Tatsächlich hat Castillo vor seiner Wahl kein öffentliches Amt inne gehabt. Als Lehrer war er in der einschlägigen Gewerkschaft tätig und außerdem Ex-Rondero,

das heißt Mitglied jener ländlichen Selbstverteidigungsgruppen, die sich in den 1980er Jahren zur Abwehr der maoistischen Guerillagruppe Leuchtender Pfad gebildet hatten.

Für seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2021 war der starke Stimmenüberhang aus den ländlichen Regionen ausschlaggebend, gegen den Trend in der Hauptstadt. Bürger:innen auf dem Land und aus den Provinzstädten waren der traditionellen Politiker:innen überdrüssig. Sie verlangen ihren Anteil am Wirtschaftswachstum, eine Verringerung der Ungleichheit und mehr öffentliche Investitionen in ihrem Lebensbereich. Castillo versprach ihnen nicht zuletzt dank seiner Herkunft und seines Werdegangs eine glaubwürdigere Vertretung dieser Anliegen.

## Instabilität als Erbe

Wie eingangs erwähnt, begann die politische Instabilität nicht mit Castillo. Vielmehr befindet sich Peru seit 2016 in einer Dauerkrise. In dieser Zeit trat Präsident Pedro Pablo Kuczynski nach zwei vom Fujimorismus geförderten Amtsenthebungsverfahren zurück; Martín Vizcarra, der ihm nachfolgende Vizepräsident, wurde vom Kongress seines Amtes enthoben. Dessen putschartig ins Amt gekommene Nachfolger hielt sich wiederum nur wenige Tage, nachdem bei Massenprotesten gegen ihn zwei junge Menschen gestorben waren. Die Präsidentschaftswahlen 2021 sollten die Rückkehr zur Stabilität markieren, aber es handelte sich um einen polarisierten Wettstreit zwischen Kandidat:innen, die sich mit inferioren Stimmanteilen in die Stichwahl schlepten, bei gleichzeitig einmalig niedriger Wahlbeteiligung.

Nach Castillos knappem Sieg über Keiko Fujimori verhinderte deren Partei durch haltlose Betrugsvorwürfe nach Trump'schem Muster einen ordnungsgemäßen Übergang. Der erhoffte Neustart stand so von Anfang an unter keinem guten Stern: Zur vergifteten Stimmung in den politischen Führungsetagen kam die (wieder) nicht vorhandene Regierungsmehrheit

im Parlament. Das Sahnehäubchen bildet dann noch Castillos inzwischen selbst eingestandene Unerfahrenheit, die sich in Kommunikations- und Entscheidungsschwächen äußert, die von Ex-Regierungsmitgliedern mittlerweile offen kritisiert werden. So ist die Kette von Fehlentscheidungen, Rücktritten, Entlassungen, Korruptionsverdacht zu einem guten Teil vom Regierungspalast selbst verursacht.

## Krise mit System

Dennoch lässt sich die derzeitige Krise nur bedingt auf die Person Castillos zurückführen. Nach Meinung des peruanischen Politikwissenschaftlers Omar Coronel ist sie vielmehr dem Mangel an soliden Persönlichkeiten unter den Berufspolitiker:innen sowie dem Fehlen von starken Parteiorganisationen geschuldet. Seit 30 Jahren versammelte sich der veränderungswillige Teil des Establishments hinter immer neuen Outsiders, deren Wahl einen Ausweg aus der Vertrauenskrise bringen soll – mit stets schlechtem Ausgang. Das war bei Alberto Fujimori so, bei Alejandro Toledo, bei Ollanta Humala und scheint sich bei Pedro Castillo zu wiederholen. Es waren Präsidenten, die ohne politischen Hintergrund und Gemeindearbeit an die Macht kamen, aber mit dem Versprechen von Repräsentativität und sozialem Wandel.

Aber das Problem geht tiefer. Die Parteien verkörpern nicht die Bedürfnisse breiter Gesellschaftsschichten, sondern es handelt sich größtenteils um Gruppierungen, die Monate vor dem Wahlkampf reaktiviert werden. Vielfach kaufen sich Externe vor anstehenden Wahlgängen ihre Plätze auf den Parteilisten. Zuletzt wurde zwar versucht, diesem Missstand durch gesetzlich vorgeschriebene parteiinterne Wahlen entgegen zu wirken, doch bislang augenscheinlich ohne großen Erfolg. Der so zustande gekommenen Kandidat:innenauswahl bringen die Bürger:innen begreiflicher Weise wenig Vertrauen entgegen, sodass es eher auf die Wahl des geringsten Übels hinausläuft.

Castillos Wahl passt insofern ins Bild, als die desillusionierten Wähler:innen, sofern sie nicht gleich dem Urnengang fernblieben, wieder einen Outsider ins oberste Amt beförderten, mit dem eine diffuse Hoffnung auf Ausbruch aus dem System verbunden wurde. Zwar stand mit *Nuevo Peru* eine andere linke Option mit soliderer Organisation und Programmatik zur Auswahl, doch wurde deren Vorsitzende Verónica Mendoza als Teil der Limaer Elite wahrgenommen.

### Hoffnungsvolle Zwischenetappe

Immerhin hatte sich Mendoza in der Stichwahl eindeutig für Castillo ausgesprochen und ihr Stab verstärkte das Team des künftigen Präsidenten entscheidend. Und schließlich, nachdem Castillo mit seinem ersten Ministerpräsidenten schnell Schiffbruch erlitten hatte, schien das zweite Kabinett ab Oktober 2021 mit der Menschenrechtsanwältin und bekennenden Feministin Mirtha Vásquez an der Spitze eine bemerkenswerte Kehrtwende des Präsidenten anzudeuten.

Tatsächlich gelangen den Exponent:innen von *Nuevo Peru* in der Regierung einige hoffnungsvolle Schritte. Mirtha Vásquez machte die Beilegung der Vielzahl an Konflikten rund um Bergbauaktivitäten zur Chefsache und es bewegte sich erstmals seit Langem etwas in Richtung Deeskalation – sogar von der Schließung einzelner Minen war erstmals die Rede. Wirtschaftsminister Pedro Francke machte Ernst mit dem Vorhaben, die Abgaben für die florierenden Bergbaukonzerne zu erhöhen, und Innenminister Avellino Guillén, der als Staatsanwalt Alberto Fujimori hinter Gitter gebracht hatte, machte den Antikorruptionskampf zur Priorität.

Doch bald zeigten sich Friktionen mit dem Chef. Der überforderte Präsident hatte sich inzwischen mit einer Phalanx an Beratern – darunter keine Frau – umgeben. Dieser Kreis entwickelte schnell ein Eigenleben. Fragwürdige Personalentscheidungen häuften sich und Minister:innen hatten Schwierigkeiten, sich mit dem Präsidenten abzustimmen. Die Planlosigkeit Castillos kam zum Vorschein, als er die Bemühungen seiner Ministerpräsidentin, die Bergbaukonzerne stärker in die soziale und umweltbezogene Verantwortung zu nehmen – ein Kernanliegen Castillos im



Pedro Castillo: Stehen seine Wähler:innen noch hinter ihm?; © Andina Braian-Reyna

Wahlkampf – abschwächte. Zur Eskalation kam es schließlich mit dem Innenminister.

Avellino Guillén denunzierte ein weitgefächertes polizeiinternes Schmiergeldsystem rund um Beförderungen und Versetzungen. Dies ging so weit, dass die Polizeipräsenz in Limas kriminalitätsgeplagten Straßen merklich zurückging. Der Innenminister machte als Kopf des Netzwerks den unter Castillo bestellten Polizeichef aus. Dieser hatte privilegierten Zugang zum Präsidenten, und als Guillén die Rückendeckung Castillos zur Entfernung des inkriminierten Polizeigenerals einforderte, entzog sich dieser sowohl einem Gespräch mit seinem Minister als auch einer Entscheidung. Guillén reichte daraufhin seinen Rücktritt ein. Vásquez und Francke folgten ihm kurz darauf. Alle drei hielten mit ihren Gründen danach nicht hinter dem Berg, und so wurde die dubiose Rolle des Beraterkreises einer größeren Öffentlichkeit bekannt.

### Kabinette mit vielen Fragezeichen

Das 7-Tage-Trauerspiel des nachfolgenden Kabinetts ist schnell erzählt. Der Kurzzeit-Ministerpräsident war ein opportunistischer Parteien-Hopper, von dem sich Castillo ein paar mehr Parlamentssitze für die Regierungsfraktion versprach. Leider hatten die Berater eine Anzeige wegen häuslicher Gewalt, die immerhin zu einer polizeilichen Schutzanordnung führte, sowie mehrere finanzielle Vergehen übersehen. Der öffentliche Druck wurde rasch

zu groß. Mit dem nun vierten Ministerpräsidenten Aníbal Torres hat Castillo einen engen Weggefährten ernannt. Auch die Qualität dieser Entscheidung ist zu hinterfragen: Nur zwei Tage vor seiner Beförderung hat Torres, nunmehr Ex-Justizminister, seinen Staatssekretär verloren – dessen Begründung: „autoritärer Führungsstil“.

Zur Wahl des Gesundheitsministers gibt es noch größere Zweifel: Dank einer erfolgreichen Impfkampagne war der Amtsvorgänger ein Aktivposten, dessen Ablöse Rätsel aufgibt, zudem hat sich der neue Inhaber wegen möglicher Kurpfuscherei und Handels mit zweifelhaften Heilmitteln gleich einmal vor der Ärztervertretung zu verantworten.

Auch der Wechsel im Umweltministerium war aufgrund der schwachen Vorgänger zwar angezeigt, das Timing mitten in einer grassierenden Ölverseuchung von hunderten Kilometern Küste aber schlecht. Der vielberichtete Vulkanausbruch bei den rund 10.000 Kilometer entfernten Tonga-Inseln verursachte Mitte Jänner einen Tsunami, auf Grund dessen ein gerade entladender Tanker vor Perus größter Raffinerie havarierte und fast 12.000 Fass Rohöl verlor. Das Problem wurde vom spanischen Raffineriebetreiber Repsol tagelang kleingeredet, bis herauskam, dass man anscheinend keinen seriösen Notfallplan zur Hand hatte, der das Schlimmste hätte verhindern können. Rund 2.500 Fischer:innen bangen um ihre Existenz. ●

## „Ein Wahlsieg wird nicht reichen“

**Du arbeitest heute für das Solidaritätskomitee für politische Gefangene. Gibt es die denn in Kolumbien?**

**Jackeline Rojas:** Jeden Tag mehr. Die Anführerinnen und Anführer sozialer Bewegungen werden zu politischen Gefangenen. Unser Komitee begleitet sie mit juristischer und psychosozialer Unterstützung, auch die Familien. Wenn jemand seiner Freiheit beraubt ist, dann ist auch die Familie gefangen.

**Von wie vielen Gefangenen sprechen wir?**

Von 1.500 bis 1.800, die auf verschiedene Haftanstalten aufgeteilt sind. Während des Generalstreiks im vergangenen Jahr, der 90 Tage dauerte, wurden mehr als 1.200 Personen vor Gericht geschleppt. Angezeigt wurden mehr als 3.500.

**Und vorher?**

Wir haben auch Gefangene der FARC und der ELN-Guerilla betreut. Nach dem Friedensabkommen sind viele FARC-Mitglieder freigelassen worden. Es gibt Leute, die zu 40 oder 50 Jahren verurteilt wurden. Meist wird ihnen Terrorismus vorgeworfen. Es sind im Grunde Überlebende, denn meist werden Regimegegner umgebracht. Allein im Jahr 2021 waren es über 100 Leute, die sich für Menschenrechte eingesetzt haben.

**Amnesty International setzt sich für Gewissensgefangene ein, die keine Gewalttat verübt haben. Was ist Euer Kriterium?**

In erster Linie kümmern wir uns um Menschenrechtsverteidiger und Anführer sozialer Bewegungen. Aber wir begleiten auch ehemalige Kämpfer:innen. Jede und jeder hat Menschenrechte. Wir respektieren es, wenn jemand zu den Waffen gegriffen hat, auch wenn das nicht unsere Option ist. Die meisten sind aber Leute aus sehr einfachen Verhältnissen, aus entlegenen Gebieten, Kinder von Ex-Kämpferinnen, junge Männer, die sich der Zwangsrekrutierung widersetzt haben. Wir begleiten sie. Die Justiz muss entscheiden, ob sie schuldig sind, aber ihre Rechte müssen gewahrt werden.

**Welche Strafe droht Wehrdienstverweigerern?**

Acht Jahre. Bei guter Führung kannst du nach drei oder vier Jahren draußen sein. Aber für einen jungen Menschen ist das eine lange Zeit.

**Am 24. November wurde der fünfte Jahrestag des Friedensabkommens gefeiert. Wie viel wurde umgesetzt?**

Nach unserer Schätzung nicht mehr als 35 Prozent. Für die vollständige Umsetzung braucht man zwölf bis 15 Jahre. Wir sprechen von einer Landreform, einer politischen Reform, Bekämpfung der Koka-Pflanzungen, Entschädigung der Opfer, Übergangsjustiz. Richtig umgesetzt wurde nur die Abgabe der Waffen und die Integration der FARC als politische Partei. Und auch das funktioniert nicht. Bis heute wurden mehr als 300 ehemalige FARC-Kämpfer ermordet. Präsident Iván Duque hat ja 2018 damit Wahlkampf gemacht, dass er das Abkommen torpedieren will. Seither hat es mehr Rück- als Fortschritte gegeben. Die Zonen, wo die FARC operierten, sind heute von anderen bewaffneten Akteuren besetzt worden. Der Staat hat das zugelassen.

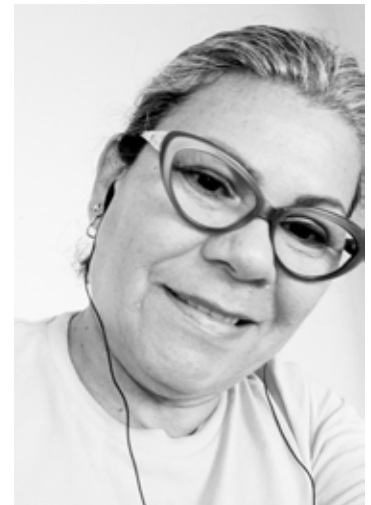
**Wer sind diese Gruppen?**

Neue paramilitärische Banden, zwei Guerillaorganisationen, Drogenbanden und andere Kriminelle. Sogar das mexikanische Drogenkartell von Sinaloa ist in Kolumbien aktiv.

**Und die Dissidenten der FARC?**

Die kommen noch dazu. Das sind Gruppen, die das Friedensabkommen nicht unterzeichnen wollten. Von den ursprünglich 5.000 der FARC sind das vielleicht 700. Sie haben sich wieder bewaffnet und sind in ihre Territorien zurückgekehrt. Die haben eine Chance, weil der Staat diese Gebiete völlig vernachlässigt hat und bestenfalls militärisch präsent ist. Die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden sind die Leidtragenden. Sie kommen immer wieder ins Kreuzfeuer.

**In ein paar Monaten wird wieder gewählt. Vor vier Jahren hatte ich den Eindruck, die Menschen wollen eine politische Wende aber ohne radikale Veränderungen. Die Regierung, die sie bekommen haben, ist jetzt extrem**



Maria Jackeline Rojas Castañeda

**unpopulär. Wird die Angst vor dem „Castrochavismo“ noch einmal ziehen?**

Manche fürchten sich immer noch vor einer Linkswende. Aber gleichzeitig sind sie erschöpft: Die Arbeitslosigkeit, der Hunger, das Versagen der Regierung in der Bildungspolitik lassen die Leute nach neuen Lösungen suchen. Vor allem die Jungen, egal ob sie organisiert sind oder nicht. Ich glaube nicht, dass eine sozialdemokratische Politik möglich ist. Aber zumindest eine politische Öffnung. Ich kenne den *Pacto Histórico* von Gustavo Petro nicht so genau und gehöre ihm auch nicht an, aber er hat viele Anhänger. Die Wahlen zu gewinnen wird nicht reichen. Das wäre erst der Beginn eines Weges. Wir brauchen einen historischen Pakt, um das Land zu verändern. ●

**Interview: Ralf Leonhard**

**Maria Jackeline Rojas Castañeda** war viele Jahre lang Mitarbeiterin der bekannten Organización Femenina Popular in Barrancabermeja, die sich für Frauenrechte und gegen alle Formen von Gewalt einsetzt. Jackeline Rojas ist selbst direktes Opfer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien; drei ihrer Familienmitglieder – Vater, Bruder und Lebensgefährte – wurden ermordet; sie selbst wurde im Jahr 2000 von den Paramilitärs zur militärischen Zielscheibe erklärt. 2014 war sie Teil des Friedensprozesses zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-EP-Guerilla. Derzeit ist sie Begünstigte eines Programms zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die in Kolumbien Opfer von Gewalt sind.

## Fünf Jahre Friedensabkommen – ernüchternde Bilanz

Als im November 2016 das Friedensabkommen zwischen der Regierung und den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército Popular* (FARC-EP) durch das kolumbianische Parlament gebilligt wurde, verbanden sich damit große Hoffnungen. Präsident Juan Manuel Santos bekam den Friedensnobelpreis. Fünf Jahre später wird eine überwiegend ernüchternde Bilanz gezogen.

**Von Robert Lessmann**

Als das Parlament das 310 Seiten starke Dokument schließlich billigte, lagen bereits drei gescheiterte Anläufe und zuletzt vierjährige Verhandlungen mit Hilfe Kubas und Norwegens in Havanna zurück. Kurz vorher noch war es in einem Referendum knapp zurückgewiesen worden. Seit sich im Jahr 1964 zwei linksgerichtete ländliche Guerillabewegungen gründeten (weitere, sowie rechtsgerichtete Paramilitärs folgten später) hatte der Konflikt 260.000 Todesopfer gefordert; 80.000 Menschen werden vermisst. Kolumbien ist noch vor Syrien das Land mit den meisten Binnenvertriebenen – neun Millionen, bei knapp 50 Millionen Einwohnern; hinzu kommen zwei Millionen Flüchtlinge aus Venezuela.

Nach mehr als fünf Jahrzehnten sollte nun der Frieden mit der ältesten und stärksten Guerilla, den FARC-EP, eine neue Zeit einleiten. Nicht nur sollten die Waffen abgegeben und die Kämpfer demobilisiert werden. Die schwersten Menschenrechtsverbrechen würden bestraft. Auch die Konfliktursachen wollte man angehen, namentlich die Landfrage, das heißt den extrem ungleichen Zugang zu Boden und Ressourcen, sowie den Drogenhandel.

Ende November 2021 legte die Menschenrechtsorganisation *Washington Office on Latin America* (WOLA) eine detaillierte und ausführliche Bestandsaufnahme der Implementierung vor: „*A Long Way to Go: Implementing Colombia's peace accord after five years*“. Eine Bilanz mit Licht, viel Schatten und einem optimistischen Ausblick auf die Zukunft: Ein starkes Abkommen brauche eine starke Implementierung, heißt es da. Die war bisher nicht gegeben.

Schleppende Umsetzung und chronische Unterfinanzierung der vereinbarten Maßnahmen werden beklagt. Wichti-

ge Schlüsselgesetze zur Implementierung wurden noch nicht verabschiedet. Als Hauptgrund sieht der Bericht den Mangel an politischem Willen. Präsident Iván Duque, der im August 2018 die Regierung übernahm, war von Anfang an ein Gegner des Abkommens.

### Demobilisierung zu 95 Prozent erfolgreich

Zwar verlief die Demobilisierung der FARC weitgehend erfolgreich: 6.804 Kämpfer:innen gaben 8.994 Waffen ab und wurden in 19 von Polizei und Militär bewachten „Normalisierungs- und Übergangszonen“ untergebracht. Heute gelten 13.608 FARC-Kämpfer:innen als demobilisiert. Weniger erfolgreich verlief dagegen deren gesellschaftliche Integration. Bis Ende Oktober 2021 wurden fast 300 von ihnen ermordet. Taten, die fast immer strafflos bleiben.

Der kolumbianischen Regierung ist es nicht gelungen, in den von den FARC verlassenen Gebieten (rechts-)staatliche Präsenz herzustellen. Außerstaatliche bewaffnete Gruppen füllten das Vakuum, die seit 2017 alle stärker geworden sind. Amtliche Zahlen sprechen von 2.200 Kämpfer:innen der *Guerilla Ejército de la Liberación Nacional* (ELN), 5.500 FARC-Dissidenten, 8.350 Bewaffneten krimineller Banden – zusammengenommen mehr als 16.000; NGO-Zahlen liegen noch höher.

Fälle von Mord und Totschlag haben in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 um 18 Prozent zugenommen, Massaker um 9 Prozent. Für Menschenrechts- und Ökoaktivist:innen ist Kolumbien das gefährlichste Land der Welt. Auch Massenvertreibungen nehmen weiter zu. Bis September 2021 registrierten die Vereinten Nationen 46.321 Fälle.

Wenig verwunderlich ist es vor diesem Hintergrund, dass auch die gesellschaftliche Partizipation nicht zugenommen hat, wie im Friedensabkommen angestrebt. Ein Fanal war die äußerst brutale Niederschlagung sozialer Proteste (*Paro Nacional*) seit dem 28. April 2021 – begleitet von einem regierungsamtlichen Diskurs, der Demonstrant:innen je nach Kontext als „Terroristen“ oder als „Drogenhändler“ bezeichnete.



Manuel Marulanda alias Tirofijo, mit zwei weiteren FARC-Comandantes, 2001; © Robert Lessmann

So gut wie nichts hat sich an der Situation der Afro-Kolumbianer:innen (13,6 Prozent der Bevölkerung) und der Indígenas verbessert. Die Forderung einer Verbesserung ihrer Lage war unter dem Druck der Zivilgesellschaft erst spät in das Abkommen aufgenommen worden. Sie leiden besonders unter der Abwesenheit des Staates und von Schutzmaßnahmen. Am schlimmsten betroffen ist hier das Department Cauca. Bis April 2021 waren 51 Prozent der dort ermordeten sozialen Führer indigen; elf Prozent waren Afro-Kolumbianer:innen. Gleiches gilt für die Besserstellung sexueller Minderheiten. Eine in Kapitel 6 des Friedensabkommens vorgesehene Kommission zur Begleitung, Promotion und Verifizierung der Umsetzung des Abkommens (CSIVI) sei praktisch bedeutungslos, so der WOLA-Bericht: Sie moribund zu nennen, sei keine Übertreibung. Dagegen funktionieren die externe Begleitung durch die *United Nations Verification Mission in Colombia*.

### Mangel an politischem Willen

Kapitel 1 des Friedensabkommens stellt die Landfrage als Konfliktursache in den Mittelpunkt. Wenige Länder der Welt weisen eine derartige Ungleichheit auf. 0,2 Prozent der Produzent:innen besitzen Flächen über 1.000 Hektar und damit 32,8 Prozent des Farmlandes; 69,5 Prozent dagegen weniger als 5 Hektar und damit 5,2 Prozent des Farmlandes. Kolumbien ist eines der wenigen Länder, wo es im 20. Jahrhundert keine Landreform gegeben hat, vielmehr eine brutale Gegen-Landreform. Und die Bauernvertreibung durch bewaffnete Gruppen, oft im Dienste von Großgrundbesitzern oder Drogenhändlern, gehe weiter. Daher sei es sehr enttäuschend, dass man gerade hier dem Budget- und Zeitplan schlimm hinterherhinke, so der Report.

Relativ gut funktionieren die *Jurisdicción Especial para la Paz (JEP)*. Der erste vor diesen Spezialgerichten behandelte Fall betraf Massenentführungen. Sieben FARC-Kommandanten waren geständig. Der zweite Fall waren die sogenannten *falsos positivos*, ermordete Zivilist:innen, die in Guerillauniformen gesteckt wurden, um die „Erfolgsstatistik“ der „Sicherheitskräfte“ aufzubessern. Dokumente des Vertei-

digungsministeriums sprechen für den Zeitraum von 2002 bis 2008 von 12.908 getöteten Kämpfern – fast die Hälfte davon, nämlich 6.402, waren unschuldige Zivilisten.

Kritisiert wird an den Gerichten insbesondere, dass auch schwerste Menschenrechtsverbrechen mit 5-8 Jahren Freiheitsentzug außerhalb regulärer Gefängniseinrichtungen geahndet werden können, in manchen Fällen gekoppelt an einen automatischen Sitz im Parlament. Iván Duque nennt das Strafflosigkeit.

#### Zum 12. November 2021 waren vor der JEP angeklagt:

frühere FARC-Mitglieder	9.819 (73,9%)
Sicherheitskräfte	3.313 (24,9%)
zivile Regierungsmitglieder	151 (1,1%)
Straftäter im Rahmen sozialer Proteste	12 (0,1%)

### Drogenkrieg scheidert vor sich hin

Kokaanbau und Kokainproduktion liegen auf Rekordniveau. Trotz – oder vielleicht gerade wegen – heute beinahe fünf Jahrzehnten des „War on Drugs“. 12.6 Milliarden USD hat Washington im Rahmen des *Plan Colombia* seit dem Jahr 2000 dafür ausgegeben, Geheimdienstkooperation nicht mitgerechnet. Die Einnahmen aus dem illegalen Geschäft stellen eine wichtige Finanzierungsquelle für irreguläre bewaffnete Gruppen dar. Mit dem *Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos (PNIS)* sah Kapitel 4 des Friedensabkommens das bisher bestausgestattete, aber auch ehrgeizigste Programm zur Kokaerduzierung vor. Sie sollte von den Bauern freiwillig und bei einer Überbrückungskompensation erfolgen. Die Regierung würde danach mit Programmen der Alternativproduktion und Infrastrukturförderung eine Umstellung der bäuerlichen Produktion auf legalen Anbau fördern.

Auch wenn die vorgesehenen Fristen nach allen Erfahrungen viel zu ehrgeizig waren, wurden unter der Regierung Santos immerhin 106 solcher kollektiven Ab-



Friedensverhandlungen 2001, damals saß noch die österreichische Botschafterin mit am Tisch; © Robert Lessmann

kommen in 98 Gemeinden geschlossen. Ein Problem bestand darin, dass verschiedentlich extra Koka angebaut wurde, um in den Genuss der Kompensation zu kommen. Nachfolger Iván Duque war schon während seines Wahlkampfes dagegen und das Programm wurde faktisch gestoppt. Kokaanbau sei eben einfach illegal. Man kehrte zur zwangsweisen Eradikation unter dem Schutz von Polizei und Militär zurück.

Ein Dekret erlaubt ferner die Rückkehr zur Besprühung der Kokafelder mit Pflanzengift, die im Rahmen der Friedensverhandlungen 2015 eingestellt worden war, nachdem die Weltgesundheitsorganisation WHO das verwendete Herbizid Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet hatte. Die Rückkehr zur Besprühung erfolgte jedoch bisher nicht, weil nunmehr Washington sich weigerte, das Programm weiter zu finanzieren. Freiwillige Kokaeradikation findet praktisch überhaupt nicht mehr statt. Von den Familien, die sich auf das Programm eingelassen hatten, erhielten nach Auskunft des Rechnungshofes bis zum Dezember 2020 nur 1 Prozent das vollständige Hilfspaket. Die Enttäuschung ist groß und das Misstrauen gegenüber der Regierung nahm weiter zu. Indes: Bis Juli 2021 hatten 67.235 am PNIS teilnehmende Familien zusammen 44.294 ha reduziert. Und wo freiwillig reduziert worden war, waren bis Ende 2020 98 Prozent der Flächen auch kokafrei geblieben.

Der Monitoring-Bericht des WOLA über fünf Jahre Friedensprozess beklagt vor allem, dass Kapitel 4 dem Kapitel 1 „Agrarreform“ davongeeilt sei und auch an sich viel zu zögernd bis gar nicht umgesetzt

wird. Denn überraschenderweise: Wo es umgesetzt wurde, hat PNIS erstaunlich gut funktioniert. Voraussetzung für den Erfolg sei eine zivile Regierungspräsenz. Diese hat es nun noch schwerer. „Die einzige Präsenz des Staates, die wir sehen, sind die Eradikationstrupps, geschützt von Polizei und Militär“, klagen betroffene Bauern.

Während der WOLA-Bericht von einem starken Abkommen spricht und mangelnden politischen Willen zur Umsetzung beklagt, nannte Präsident Iván Duque es vor der UNO-Generalversammlung im September 2021 ein „schwaches Abkommen mit der FARC-Terroristengruppe“. In der Tat standen die FARC bis vor kurzem noch auf einer US-Terrorliste, wodurch für bestimmte Aspekte des Friedensprozesses eine US-Unterstützung blockiert war. Bleibt die Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Programme, wenn ab August 2022 eine neue Regierung die Amtsgeschäfte in Bogotá führt. Ihre Laufzeit ist bis 2032 angesetzt. ○

**Der Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Berichts des Washington Office on Latin America: [wola.org/analysis/a-long-way-to-go-implementing-colombias-peace-agreement-after-five-years](https://wola.org/analysis/a-long-way-to-go-implementing-colombias-peace-agreement-after-five-years)**

**Zum Weiterlesen:** [robert-lessmann.com/proceso-de-paz-y-guerra-contra-las-drogas-en-colombia-sostenibilidad-y-alternativas](https://robert-lessmann.com/proceso-de-paz-y-guerra-contra-las-drogas-en-colombia-sostenibilidad-y-alternativas)  
[robert-lessmann.com/kolumbien-drogenbekämpfung-und-friedensprozess](https://robert-lessmann.com/kolumbien-drogenbekämpfung-und-friedensprozess)

## Rückkehr zur Demokratie. Eine Bilanz

Am 8. November 2020 wurde nach einem fulminanten Wahlsieg von 55,1 Prozent die Regierung von Luis Arce (MAS) angelobt. Carlos D. Mesa (*Comunidad Ciudadana*) landete mit 28,8 Prozent abgeschlagen auf Platz zwei. Das konterrevolutionäre Abenteuer des Kleinbürgertums war nach einem Jahr zu Ende. Doch handelte es sich nach 37 Jahren nur um eine kurze Unterbrechung der Demokratie oder ist sie dauerhaft gefährdet? Wie geht es weiter? Zeit für eine Bilanz.

**Von Robert Lessmann**

Blicken wir zurück: Langzeitpräsident Evo Morales (MAS) hatte das knappe Votum eines Referendums vom Februar 2016 ignoriert und war entgegen der Verfassungsbestimmungen erneut zu den Wahlen vom Oktober 2019 angetreten. Die schwache und zersplitterte Rechtsopposition nutzte die Gunst der Stunde und mobilisierte bereits vor den Wahlen – teilweise auch gewalttätig – gegen angeblich bevorstehenden Wahlbetrug. Als dann noch in der Wahlnacht die Schnellauszählung (nicht die amtliche!) angehalten wurde, sah sie sich bestätigt. Menschen gingen auf die Straße. Sechs von neun Departements-Wahlbüros gingen in Flammen auf. OAS-Wahlbeobachter unterstützten vorschnell die Wahlbetrugsvorwürfe der Opposition.

Ein von ihr ausgerufenen *paro cívico* (Generalstreik) nahm zunächst nur langsam Fahrt auf, wurde dann aber mithilfe bewaffneter Schlägerbanden, wie der *Resistencia Juvenil Cochala*, sukzessive ausge-

weitert. Immer mehr Polizeieinheiten meuterten und der erfolgreichste Präsident des Landes sah sich schließlich mit Rücktrittsaufforderungen des Armeechefs, aber auch aus den Reihen MAS-naher sozialer Bewegungen konfrontiert. Am 10. November 2019 floh er in einer Situation offener Befehlsverweigerung zunächst ins mexikanische Exil. Es folgte eine brutale Hexenjagd auf Kabinettsmitglieder und vermeintliche oder echte MAS-Anhänger:innen. Manches wirkte dabei orchestriert, vieles aber auch improvisiert. Die MAS spricht von Putsch, ich nenne es – vorsichtiger – Machtergreifung. Zur Erinnerung: Morales hatte – trotz erheblicher Stimmenverluste – auch diese Wahlen mit rund 47 Prozent der Stimmen gewonnen. Strittig war, ob er zehn Prozentpunkte Vorsprung hatte, die nötig sind, um eine Stichwahl zu vermeiden. Nicht nur in dieser Hinsicht wählte das Krisenmanagement der Regierung treffsicher stets die schlechteste Option.

### Machtergreifung

Noch während Morales die Flucht ergriff, traf sich unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche und des damaligen EU-Botschafters León de la Torre ein illustrier Kreis von Exmandataren und Abgesandten von Oppositionspolitikern in der *Universidad la Católica* von La Paz, die Mehrzahl davon aus dem Umfeld des verstorbenen Exdiktators Hugo Banzer. Der Wahlzweite, Carlos D. Mesa, war nicht dabei. Keiner der Anwesenden hatte zu dieser Zeit irgendein Mandat. Doch es war Jorge Quiroga, Banzers Vizepräsident (der nach dessen Krebserkrankung und -tod von August 2001 bis August 2002 auch Präsident gewesen war), der per Handy dem Luftwaffenkommandanten grünes Licht für den Abflug von



Luis Arce (links) und Evo Morales; © *Nueva Sociedad*

Morales und seines Vizepräsidenten García Linera ins Exil gab.

Dieser Kreis von Männern einigte sich darauf, dass die zweite Vizepräsidentin des Senats, Jeanine Añez, die zur gleichen Zeit in ihrem Haus in Trinidad/ Departement Beni saß, das Machtvakuum füllen sollte, zu dessen Entstehung sie selbst beigetragen hatten. Zwei Tage später, am 12. November, ernannte sie sich im Parlament zunächst zur Senatspräsidentin und dann zur Interimspräsidentin, bevor sie mit einer Bibel in der Hand in den Präsidentenpalast einzog, wobei indigene Whipala-Fahnen verbrannt wurden. Zu einem späteren Zeitpunkt erklärte sie, man würde eine Rückkehr „der Wilden“ dorthin verhindern. Den Abgeordneten der MAS, die über eine Zweidrittelmehrheit verfügten, wurde der Zugang zum Parlament verwehrt, sofern sie sich nicht ohnehin in eine Botschaft geflüchtet hatten.

Die Sitzung – sie soll nur acht Minuten lang gedauert haben – war weder ordnungsgemäß einberufen worden, noch hatte die Handvoll anwesender Abgeordneter (11 von 36) ein Quorum. Das in der Verfassung für eine Nachfolge vorgesehene Verfahren wurde vollkommen missachtet. Morales und García Linera hätten zunächst formal ihren Rücktritt einreichen und dieser hätte vom Parlament bestätigt werden müssen. Dann wäre Senatspräsidentin Adriana Salvatierra an der Reihe gewesen, der man den Zugang zum Parlament verwehrt. Diese Vorgänge sind Gegenstand eines ersten Verfahrens gegen Añez, das am 10. Februar begann. Der frühere Interimspräsident und Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Rodríguez Veltzé, nannte sie zurückhaltend „eine grobe Entgleisung der Institutionalität“.

War Frau Añez angetreten, um Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen und Neuwahlen zu organisieren, so unterzeichnete sie zwei Tage später das umstrittene Dekret 4048, das Polizei und Armee Straffreiheit für den Schusswaffengebrauch zusicherte. Weitere zwei Tage später starben protestierende (teilweise auch bewaffnete) Morales-Anhänger:innen im Kugelhagel der „Sicherheitskräfte“. Bei den Massakern von Sacaba und Senkata wurden im November 2019 insgesamt mehr als 30 Personen getötet. Sie werden Gegenstand eines weiteren Verfahrens sein. Während Frau Añez seit März 2021 in Untersuchungshaft

sitzt, laufen die Strippenzieher aus der Universidad la Católica frei herum.

### Rückkehr zur Demokratie

Zu einer gewissen Entfremdung im Lager der Rechten kam es, als „Interimspräsidentin“ Añez bereits im Jänner 2020 erklärte, sie wolle selbst kandidieren und die Wahlen mehrfach verschob – zuletzt auch durchaus plausibel wegen der Pandemie. In der Zwischenzeit war ihre Regierung nach Kräften bemüht, die Ergebnisse von anderthalb Jahrzehnten *proceso de cambio* zu revidieren. Die diplomatischen Beziehungen wurden auf den Kopf gestellt, 700 kubanische Ärzte und Ärztinnen (die man in der Pandemie gut hätte brauchen können) mit Schimpf und Schande aus dem Land gejagt und Staatsbetriebe reprivatisiert. Die Korruption, die leider nie überwunden worden war, nahm ungeahnte Dimensionen an.

Aufsehen erregte der Ankauf völlig überteuerter und funktionsuntüchtiger Beatmungsgeräte. Der neue Chef der Telefongesellschaft ENTEL, Elio Montes (ein Freund von Luis Fernando Camacho, des heutigen Gouverneurs des Depts. Santa Cruz), setzte sich nach nur 82 Tagen unter Veruntreuungsvorwürfen in die Vereinigten Staaten ab, wo er wegen versuchter Einfuhr großer Mengen nicht deklarierten Bargeldes schon an der Grenze festgenommen wurde. Die Wirtschaft befand sich ein Vierteljahr nach der Machtergreifung im freien Fall und die politische Rechte war erneut heillos gespalten. Schließlich erzwangen die sozialen Bewegungen unter Führung des Gewerkschaftsbundes COB und der Landarbeitergewerkschaft CSUTCB im August 2020 durch landesweite Straßenblockaden Neuwahlen.

### Überwiegend positive Bilanz

Ein Jahr nach der Amtseinführung von Präsident Arce und Vizepräsident Choquehuanca kann man eine überwiegend positive Bilanz ziehen. Unter dem Pragmatiker Arce wurden große Anstrengungen für eine



Luis Arce am Abend seines Wahlsiegs; © Xinhua

Impfkampagne unternommen und Bolivien kam mit seiner jungen Bevölkerung relativ glimpflich durch die Pandemie. Der Architekt des bolivianischen Wirtschaftswunders setzte auf die bewährten Rezepte: Keynesianismus. Die Wirtschaft ist zurück auf Wachstumskurs – auch dank wieder gestiegener Rohstoffpreise. Es gibt wieder einen Außenhandelsüberschuss (1,7 Mrd. USD) und die internen Sparguthaben sind um 23 Prozent gewachsen. Die Armutsquote konnte auf 36,3 Prozent gesenkt werden; die der absoluten Armut auf elf Prozent. Dabei setzt man weiter auf Extraktivismus, auch wenn der Präsident immer wieder von der Notwendigkeit einer Diversifizierung und Importsubstitution spricht. So will man das Projekt einer Verhüttung riesiger Eisenvorkommen (El Mutún) wieder in Angriff nehmen. Aber das braucht Zeit, und im Vordergrund stand zunächst Krisenmanagement.

Politisch dauern die Turbulenzen an. Die Regional- und Gemeindewahlen vom 7. März 2021 erwiesen sich für die MAS als vertane Konsolidierungschance. Von den großen Städten konnte sie nur Sucre und Oruro gewinnen, von neun Departements auf Anhieb nur drei. Bei Stichwahlen in vier weiteren gingen alle verloren, drei davon an MAS-Dissidenten oder ideologisch affine Kandidat:innen: Ergebnis von Fehlern im Parteimanagement und bei der Auswahl der Kandidat:innen. Die zweitgrößte Stadt des Landes, El Alto, ging mit fulminanten 70 Prozent an die ehemalige MAS-Senatspräsidentin Eva Copa, die ausgetreten war, nachdem man ihr keine aussichtsreiche Kandidatur eingeräumt hatte.

Das größte und reichste Departement, Santa Cruz, ging mit Luis Fernando Camacho an einen radikalkatholischen Rechts-

außen vom Zuschnitt Bolsonaros und eine Schlüsselfigur beim Sturz von Morales. Gegen ihn und seinen Vater liegen nicht vollzogene Haftbefehle vor. Letzterer brüstete sich damit, wichtige Polizeikommandanten geschmiert und damit zur Meuterei angestiftet zu haben. In La Paz wurde mit Iván Arias ein Minister der Añez-Regierung zum Bürgermeister gewählt.

Camacho (*Creemos*) und sein Nachfolger als Vorsitzender des *Comité Pro Santa Cruz*, Rómulo Calvo, traten im November 2021 als Organisatoren eines *paro cívico* hervor, mit dem das öffentliche Leben im ganzen Land lahmgelegt werden sollte. Er richtete sich gegen konkrete Gesetzesvorhaben – insbesondere das Anti-Geldwäschegesetz Ley 1.382 – und forderte mit aggressiver Rhetorik den Sturz der Regierung. Er war dann letztlich aber nur in wenigen großen Städten spürbar, insbesondere in Santa Cruz. Die MAS und ihr nahestehende soziale Bewegungen konterten mit einem Marsch Zehntausender von Oruro nach La Paz.

Marco Antonio Pumari, Camachos Vizepräsidentenwahlkandidat, sitzt in Untersuchungshaft. Man kann ihm wohl per Videoaufnahmen die direkte Beteiligung am Brandanschlag auf das Wahlbüro von Potosí in der Wahlnacht 2019 nachweisen; zwei Personen hatten sich durch einen Sprung aus dem zweiten Stock gerade noch vor den Flammen retten können. Selbst innerhalb von Santa Cruz gehen Risse durch das Oppositionslager, seit bekannt wurde, dass in der Stadtverwaltung jahrelang 800 Stellen entlohnt wurden, die nie besetzt waren: *ítems fantasmas*. Der Hauptverdächtige wartet in Brasilien auf seine Auslieferung. Er war 2004 von Rómulo Calvo eingestellt worden, damals interimistischer Bürgermeister. Eine ehemalige Vizebürgermeisterin sitzt in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen laufen im Herzen des politischen Establishments von Santa Cruz, auch im engeren Umfeld von Camacho.

Carlos D. Mesa ist zwar qua Wahlergebnis mit seiner *Comunidad Ciudadana* stärkste Oppositionsfraktion im Parlament, persönlich aber weitgehend unsichtbar. Sein Ruf als honorige bürgerliche Kraft des Ausgleichs kam dem ehemaligen Journalisten und Historiker durch seine Allianzen in der Novemberkrise 2019 wohl für immer abhanden.

## Ausblick

Von Anfang an hatten sich die alten Eliten schwer getan mit der Machtübernahme durch die indigene und arme Bevölkerungsmehrheit. Das zeigte sich im Widerstand gegen die Verfassungsgebende Versammlung (Juli 2006 – Jänner 2009), die schließlich aus Sicherheitsgründen in eine Militärkaserne vor den Toren der Hauptstadt Sucre umziehen musste, ebenso wie im permanenten Widerstand der Tieflanddepartements mit Separationsgelüsten und verfassungswidrigen Autonomieabstimmungen, der im gescheiterten Zivilputsch vom September 2008 seinen Höhepunkt fand. Durch Selbstgefälligkeiten und eklatante Fehler animiert witterten sie zehn Jahre später ihre Chance. Der Sturz von Morales brachte sie kurzfristig zurück an die Macht. Dabei sind sie intellektuell farblos, ohne Programm und so zersplittert wie eh und je. Es wäre naiv zu glauben, dass sie aus ihrem krachenden Scheitern gelernt hätten. Sie suchen weiter ihre Chance.

Die Grundbesitzeroligarchie des Orients und die kleine Bourgeoisie sowie die internationale Gemeinschaft hatten durchaus ihren Frieden mit dem extraktivistischen Wachstumsmodell der Morales-Regierung gemacht, nicht zuletzt dank des Nichtvollzugs der Landreform, auch wenn ihnen eine Rückkehr zum Status quo ante gelegen kam. Nicht zu unterschätzen sind aber die subjektiven Abstiegsängste eines Kleinbürgertums, von dem Viele es schwer ertragen, dass nun womöglich die *empleada* neben ihnen im Flugzeug sitzt – oder schlimmer noch, dass vielleicht deren Sohn ihnen im Amt gegenüber sitzt, und zwar hinter dem Schreibtisch. Indigener Triumphalismus ist zwar verständlich, aber schädlich, weil er Gräben weiter aufreißt und die zersplitterte Rechte eint, wo es nötig wäre, denkende Köpfe aus der Mittelschicht zurückzugewinnen.

Bolivien verfügt über eine enorm stark organisierte Zivilgesellschaft. Die MAS-Regierung verstand sich immer als eine der sozialen Bewegungen. Im August 2020 haben sie die Wahlen erkämpft, die zur Rückkehr der MAS an die Regierung führten: der Gewerkschaftsbund COB, die Landarbeitergewerkschaft CSUTCB, Innungsorganisationen, Nachbarschaftskomitees, die Frauenorganisation *Bartolina Sisa*, Vertreter:innen von insgesamt 36 indigenen Völ-

kern. Die wichtigsten sind im Einheitspakt *Pacto Unidad* zusammengeschlossen. Das ist die Stärke der MAS und die Basis des *proceso de cambio*.

Dass es bei dieser Vielfalt Interessenunterschiede und Begehrlichkeiten gibt, ist klar. Der charismatische Übervater Morales hatte sie lange zusammenhalten können. „Wir kennen kein anderes Land, wo organisierte Kollektive von Bauern, Indigenen, Frauen, Arbeiter:innen und eine bedeutende Vielfalt von Innungen die Möglichkeit haben, von der Regierung auf direkte Weise Rechenschaft zu verlangen“, schrieb unlängst der Kolumnist Julio Peñaloza Bretel.

Im Vorfeld des Verfassungstags (22.1.) verlangte die CSUTCB ultimativ, sieben Minister und drei Vizeminister müssten ausgetauscht werden. Präsident Arce und Vizepräsident Choquehuanca wurden vom *Pacto Unidad* förmlich „einbestellt“. Die beiden verkörpern sozusagen das pragmatisch-marxistische beziehungsweise das indigenistische Lager. Die Opposition jubelte und malte bereits eine Spaltung der MAS an die Wand. Selbst Teile der Solibewegung reagierten aufgeregt bis hysterisch. Morales und García Linera kalmierten im Vorfeld. Nach dem Treffen des *Pacto Unidad* mit Präsident und Vize gab es bisher noch keine Kabinettsumbildung und ein Sprecher der CSUTCB sprach von „voller Unterstützung“ und von einem „der am meisten unterstützten Präsidenten Lateinamerikas“.

Klar ist, dass man nicht über die Köpfe der sozialen Bewegungen hinweg regieren kann. Das tut auch niemand. Ebenso klar ist, dass sich diese sozialen Bewegungen inmitten einer noch kaum überwundenen Krise durch ein Vorpreschen mit Partikularinteressen und (persönlichen) Begehrlichkeiten selbst ein Bein stellen und das Gesamtprojekt gefährden können.

Bolivien ist ein stark von Exporten abhängiges Binnenland im Herzen Südamerikas. Auch regional ist es politisch wie wirtschaftlich eher ein Fliegengewicht. Mit den Wahlsiegen von Castillo in Peru und Boric in Chile hat sich die Lage an der Pazifikflanke enorm verbessert. Bei einer Rückkehr von Lula da Silva in Brasilien wäre sie besser denn je und Bolivien wäre von freundlichen Nachbarn umgeben. Im Jahr 2008 hat deren kompromissloses „Nein“ den separatistischen Zivilputsch von Santa Cruz versanden lassen. Es wäre mehr als fahrlässig, diese Chance nun durch Sektiererei zu vergeben. ●

## „Keine unabhängigen Stimmen“

Die wichtigsten Medien sind geschlossen worden, die Opposition sitzt im Gefängnis. Der nicaraguanische Investigativjournalist Carlos Fernando Chamorro erklärt seine Arbeit im Exil.

**Seit Juni macht Ihr Journalismus aus dem Exil. Wie funktioniert das?**

**Carlos Fernando Chamorro:** Das kann ich eigentlich nicht beantworten, denn damit würde ich unsere Netze offenlegen. Nur so viel: Es funktioniert dank des Internets und der sozialen Medien. Unsere Redaktion befindet sich in Costa Rica. Ich musste ja im Juni zum zweiten Mal ins Exil gehen. Es ist immer schwieriger, weil die Meinungsfreiheit in Nicaragua immer stärker unterdrückt wird. Es gibt praktisch keine unabhängigen Stimmen, die wir zitieren können. Die meisten sind im Gefängnis oder im Exil: Ökonomen, Anwälte, Ärzte, Priester. Kaum jemand will mit Namen genannt werden. Wir müssen die Identität unserer Informanten schützen. Viele Leute fürchten Repressalien und sagen lieber gar nichts. Es gibt mehrere Fälle von Leuten, die nach öffentlichen Äußerungen verfolgt wurden.

**Kannst Du da ein Beispiel nennen?**

Miguel Mendoza ist eigentlich ein Sportjournalist, der sich aber politisch in sozialen Medien äußert. Er wurde im Juni wegen „Akten gegen die Souveränität und Unabhängigkeit“ verhaftet. Dafür wurde eigens ein Gummiparagraph in einem neuen Gesetz geschaffen. Der Politologe José Antonio Peraza hat mir an einem Sonntag ein Interview gegeben, in dem er feststellte, dass die Wahlen vom 7. November nicht die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Opposition bieten würden. Am Abend haben sie ihn festgenommen und eine Anzeige wegen Hochverrats konstruiert. Die Menschenrechtsanwältin María Oviedo sitzt im Gefängnis, weil sie politische Gefangene verteidigt und ihre Meinung über die Prozesse geäußert hat.

**Du hattest bis vor Kurzem die erfolgreiche Fernsehendung *Esta Semana*, in der politische Analysen mit Experteninter-**

**views verknüpft wurden. Wie geht es damit weiter?**

Meine Fernsehsendungen sind de facto verboten. Kein Kanal wagt es, sie zu bringen. Sie werden mit Sperrungen bedroht. Da braucht es gar keine offene Zensur. Ich veröffentliche *Esta Semana* jetzt bei Youtube und Facebook. Auf Youtube haben wir mehr als 320.000 Abonnent:innen, davon leben mehr als 70 Prozent in Nicaragua.

**Unabhängiger Journalismus spielt sich also nur mehr im Netz ab?**

Nicht ganz. Es gibt noch die privaten TV-Sender *Canal 10* und *Canal 12* und ein paar Radios, aber auch deren Existenz ist bedroht, unabhängige Zeitungen gibt es nicht mehr. *El Nuevo Diario* hat vor ein paar Jahren schon dichtgemacht. *La Prensa* ist von der Polizei besetzt und funktioniert nur noch online. Die Polizei hat nicht nur die Redaktion gestürmt, sondern auch die kommerzielle Druckerei. Der Geschäftsführer, mein Cousin Juan Lorenzo Holmann, sitzt im Gefängnis.

Ohne die Augen und Ohren der Leute in Nicaragua könnten wir nicht arbeiten. Natürlich müssen wir die Informationen überprüfen. Es gibt auch Leute in staatlichen Institutionen, die uns Informationen liefern. Wir haben in *Confidencial* mehrmals über Skandale in Ministerien und Institutionen berichtet, zum Beispiel im Gesundheitsministerium, im Bildungsministerium oder in der Zentralbank. Natürlich müssen wir diese Informant:innen schützen.

**Vor ein paar Wochen hat Facebook eine nicaraguanische Trollfabrik geschlossen. Was ist da passiert?**

Das waren Hunderte von Fake-Accounts, mit denen das Regime in den sozialen Medien Stimmung gegen Regimekritiker:innen gemacht hat. Das lief vor allem über das Telekommunikationsinstitut Tel-



Carlos Fernando Chamorro; © Wilson Center

cor, über den Obersten Gerichtshof und die Sandinistische Jugend, die Parteijugend, die von der Vizepräsidentin gesteuert wird.

**Deine Schwester Cristiana Chamorro hätte bei den Wahlen große Chancen gehabt. Bevor sie zur Einheitskandidatin der Opposition gewählt werden konnte, wurde sie unter Hausarrest gestellt. Ist sie noch immer isoliert?**

Ja, der Hausarrest unterscheidet sich von der Gefängniszelle insofern, dass sie Besuch von ihren Kindern empfangen darf. Sonst dürfen nur die Hausangestellten hinein. Die Polizei steht vor der Tür. Sie hat keinen Zugang zu Telefon oder Internet. Noch drei weitere Personen stehen unter Hausarrest: der Unternehmer Noel Vidaurre, der TV-Kommentator Jaime Arellano und María Fernanda Flores, die Frau des Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán.

Von den 36 politischen Gefangenen, die vor den Wahlen festgenommen wurden, sitzen vier Frauen seit Monaten in Einzelhaft, es sind die Anführerinnen der Partei *Unamos*, die früher Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) hieß: Dora María Téllez, Tamara Dávila, Ana Margarita Vigil und Suyén Barahona. Die anderen 32 Gefangenen teilen ihre Zellen zu zweit, sind aber sonst auch total isoliert.

**Einigen der Gefangenen wird Geldwäsche vorgeworfen, weil sie ausländische Gelder angenommen haben. Da geht es immer wieder um die Violeta-Barriosde-Chamorro-Stiftung, die Stiftung Deiner Mutter.**

Diese Stiftung wurde mittlerweile geschlossen. Meine Mutter hat sie 1997 gegründet. Sie widmete sich vor allem der Förderung von freier Presse und Meinungs-

freiheit und hat Journalistinnen und Journalisten ausgebildet. Ich habe weder für mich noch für *Confidencial* jemals Gelder beantragt und 2013 bin ich auch aus dem Leitungsrat zurückgetreten. Deswegen ist es besonders absurd, dass man mich in Zusammenhang mit dieser Stiftung verfolgt.

#### Haben die Gefangenen Zugang zu Anwälten?

Anfang der Woche durften sie zum dritten Mal in fünf Monaten Verwandtenbesuch empfangen. Meines Wissens gab es zu den Anwälten nur während der richterlichen Anhörung Kontakt. Vertrauliche Gespräche waren nicht erlaubt.

#### Was weiß man über ihren Gesundheitszustand?

Heute interviewen wir Angehörige. Die Vereinigung der Angehörigen veröffentlicht gewöhnlich ein kollektives Statement. Die meisten politischen Gefangenen haben zwischen acht und zwanzig Kilo Gewicht verloren, weil sie nicht ausreichend ernährt werden und auch keine Lebensmittel von der Familie bekommen dürfen. Sie werden mindestens zweimal täglich verhört. Einige stecken in Zellen, wo 24 Stunden das Licht brennt, andere leben in völliger Dunkelheit. Neben den 40 Gefangenen, die zwischen Juni und August in Zusammenhang mit den Wahlen festgenommen wurden, gibt es weitere 120 politische Gefangene in verschiedenen Gefängnissen. Das sind die Leute, die am friedlichen Aufstand gegen das Regime vom April 2018 teilgenommen haben. Einige von ihnen wurden freigelassen und dann neuerlich eingesperrt, andere sitzen seit über drei Jahren.

#### Was hat Staatschef Ortega vor? Der Schriftsteller Sergio Ramírez sieht die Gefangenen in einem Interview mit der taz als Geiseln für politische Verhandlungen.

Am 8. November hat Ortega die Gefangenen in einer Rede als „Hurensöhne“ bezeichnet und angedeutet, dass er sie als Hochverräter ausbürgern will. Aber Ortega legt seine Karten nicht auf den Tisch. Man weiß nicht, was er bezweckt.

#### Welche Gegenleistung und von wem könnte er für die Freilassung der Gefangenen verlangen?

Er spricht immer von den Sanktionen der USA und der EU. Einige hohe Funktionäre, darunter Vizepräsidentin und Präsi-

## Tod im Gefängnis

Der juristische Rachefeldzug von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat sein erstes Todesopfer gefordert. Am 12. Februar starb Hugo Torres nach acht Monaten Kerker in einem Spital.

Torres hatte 1974 als einer der Anführer eines Kommandos durch eine Geiselnahme von hohen Funktionären der Somoza-Diktatur politische Gefangene freigesetzt, darunter Daniel Ortega. Dreieinhalb Jahre später war er auch als „Comandante Uno“ bei der Einnahme des Nationalpalasts durch ein FSLN-Kommando dabei. Die erfolgreiche Geiselnahme läutete das Ende des Somoza-Regimes ein. In der während der Revolution aufgebauten Armee stieg er zum Brigadegeneral auf und ging 1998 in Pension. Danach wurde er zu einem der schärfsten Kritiker des autoritären Führungsstils von Ortega.

Im Februar haben die Strafprozesse gegen rund 170 Gewissensgefangene be-

dentengattin Rosario Murillo, und Ortega selbst dürfen nicht mehr in die USA einreisen und deren Konten dort wurden eingefroren. Ich meine, diese Sanktionen werden nicht ausreichen, um in Nicaragua die politischen Freiheiten wiederherzustellen.

#### Bei den Wahlen vom 7. November hat Ortega einen Wahlsieg mit 75 Prozent der Stimmen beansprucht und der Zentrale Wahlrat gab eine Beteiligung von 65 Prozent bekannt. Glaubt das jemand in Nicaragua?

Wir haben bei CID Gallup, einem internationalen Umfrageinstitut, eine Umfrage in Auftrag gegeben, wonach 78 Prozent der Befragten nicht an diese Wahlen glauben. Die unabhängige NGO *Urnas Abiertas* spricht von über 80 Prozent Stimmenthaltung. Zugang zu den Wahllokalen hatte sie nicht, aber 1.400 Beobachter haben gezählt, wie viele Wähler:innen hineingingen. Journalisten und Privatleute, die für uns Beobachtungen angestellt haben, berichteten, dass bis zehn Uhr ein gewisser Andrang herrschte und dann kaum mehr jemand wählen ging. Professionelle Wahlbeobachter waren nicht zugelassen. Und ausländische Journalist:innen ließ man erst gar nicht ins Land. ●

Den meisten wird „Vaterlandsverrat“ oder „Beeinträchtigung der nationalen Souveränität“ vorgeworfen. Basis ist ein Ende 2020 vom Parlament durchgezwinktes Gesetzespaket, das jeden sozialen Protest kriminalisiert. Die 66jährige Dora María Téllez, einst gefeierte Guerilla-Kommandantin, später Gesundheitsministerin, wurde am 3. Februar nach acht Monaten Haft wegen „Anstiftung zu ausländischer Einmischung in innere Angelegenheiten“ zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Student Lesther Alemán bekam ebenfalls 13 Jahre aufgebremmt. Er hatte bei einem nationalen Dialog im Jahr 2018 Ortegas Rücktritt gefordert. Damals befand sich das halbe Land in einem Aufstand gegen das Regime. 13 Jahre bekam auch der Journalist Miguel Mora, dessen Online-TV-Kanal *100% Noticias 2018 live* vom Aufstand berichtet hatte. Die Prozesse finden unter Ausschluss von Presse und Öffentlichkeit im Gefängnis *El Chipote* statt, wo schon unter Somoza politische Gefangene gefoltert wurden. ●

Ralf Leonhard

dische Journalist:innen ließ man erst gar nicht ins Land. ●

#### Interview: Ralf Leonhard

Erstveröffentlicht in der taz vom 20.11.2021

#### Carlos Fernando Chamorro

geboren 1956 in Managua, Nicaragua, ist Investigativjournalist und der jüngste Sohn des 1978 im Auftrag des Diktators Somoza ermordeten Verlegers Pedro Joaquín Chamorro. Während der Sandinistischen Revolution (1979–1990) leitete er das sandinistische Parteiblatt *Barricada*. Nach der Abwahl der Sandinisten und während der Präsidentschaft seiner Mutter Violeta Barrios de Chamorro (1990–1997) wollte er die *Barricada* in eine professionelle Zeitung umwandeln, 1994 wurde er gefeuert. Seither gibt er das unabhängige Online-Medium *Confidencial* heraus und produziert politische Fernsehbeiträge. Die Redaktion von *Confidencial* wurde nach dem Aufstand gegen Staatschef Ortega 2018 von der Polizei gestürmt und das Gebäude beschlagnahmt. Im vergangenen Juni konnte Chamorro der Festnahme entgehen und flüchtete ins Exil nach Costa Rica.

## Wahlen ohne Wandel

Am 6. Februar 2022 fanden in Costa Rica die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Da kein Kandidat die notwendige Mehrheit von 40 Prozent erreichte, kommt es am 3. April zur Stichwahl zwischen dem Ex-Präsidenten José María Figueres (27%) und dem Newcomer Rodrigo Chaves (17%). Beide stehen für die Kontinuität neoliberaler Politik.

Von Klaus Beißwenger, San José

Die Wahlen können in mehrfacher Hinsicht als historisch bezeichnet werden:

- Bedingt durch die Zersplitterung der politischen Parteien bewarben sich sage und schreibe 25 Präsidentschaftskandidat:innen.
- Wegen des steigenden Misstrauens gegenüber allen Politikern (und in geringem Maße wegen COVID) lag der Anteil der Nichtwähler:innen erstmals bei 40 Prozent.
- Infolge der Unzufriedenheit mit dem scheidenden Präsidenten Carlos Alvarado wurde dessen Partei PAC (*Partido Acción Ciudadana*) von der politischen Landkarte getilgt und hat künftig keinen einzigen Abgeordneten mehr im Parlament.

Die Ereignisse werden durch einen Blick zurück in die Geschichte verständlich.

Costa Rica rühmt sich, eine der ältesten und stabilsten Demokratien Lateinamerikas zu sein. Dieser Mythos wird alle vier Jahre kräftig gepflegt, wenn die Wahlen als Fest der Demokratie aller Costa-Ricaner:innen gefeiert werden. In der Tat ist Costa Rica im Vergleich zu den Nachbarländern von Umstürzen und Diktaturen weitgehend verschont geblieben. Weniger beachtet wird jedoch ein anderer Aspekt: Durch den Kaffee-Export entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstmals eine Oberschicht – die Kaffee-Barone – gebildet aus erfolgreichen Nachfahren der spanischen Eroberer und neuen Einwanderern aus verschiedenen europäischen Ländern.



Figueres und Ehefrau; Quelle: @FigueresCR

### Eine Parallelstruktur der Macht

Diese Gruppe beschränkte sich bald nicht mehr auf die Ausfuhr von Kaffee, sondern bildete die wirtschaftliche, intellektuelle und politische Oberschicht des Landes. Das Wachstum der Städte im Zentraltal bewirkte eine hohe Nachfrage nach Bauland, so dass Gewinne aus dem Verkauf von Kaffeeplantagen in andere Wirtschaftszweige investiert werden konnten. Bis heute tragen manche Stadtviertel den Namen der ehemaligen Plantagenbesitzer, so Barrio Rohrmoser und Barrio Dent. Die Verflechtungen zwischen diesen wohlhabenden, einflussreichen Familienclans bilden seit jeher eine Parallelstruktur zu den demokratischen Einrichtungen und haben maßgeblichen Einfluss auf staatliche Entscheidungen.

Wie in vielen europäischen Ländern, herrschte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Zweiparteiensystem, bestehend aus der sozialdemokratisch orientierten Partei *Liberación Nacional* (PLN) und der konservativen christdemokratischen Partei (seit 1983 unter dem Namen *Partido Unidad Social Cristiana*/PUSC).

Die ideologischen Unterschiede verwischten zunehmend, insbesondere, als die PLN-Regierung unter Oscar Arias (2006 – 2010) das umstrittene Freihandelsabkommen mit den USA durchpeitschte. Gleichzeitig kamen über die Jahre immer neue Korruptionsskandale ans Tageslicht, die in der beschriebenen Parallelstruktur wurzeln.

### Gescheiterte Hoffnung auf Kurswechsel

Dies war die Stunde von Ottón Solís, einem Abtrünnigen der PLN, der ab dem Jahr 2000 mit dem *Partido Acción Ciudadana* (PAC) eine neue Partei aufbaute, die einerseits das sozialdemokratische Erbe aufnehmen und andererseits die Korruption bekämpfen wollte. Nachdem der Gründer selbst 2006 nur knapp gegen Arias gescheitert war, gewann die PAC mit Luis Guillermo Solís 2014 erstmals die Präsidentschaftswahlen und entfachte große Hoffnungen auf eine erneuerte, saubere Politik. Der joviale Luis Guillermo Solís musste jedoch bald einsehen, dass die Mächte im Hintergrund stärker waren als sein Amt. Wirtschaftskreise und ihnen nahestehende Medien torpedierten jede Veränderung. Ein bezeichnendes Beispiel: Der Versuch, staatliche Bauaufträge nicht nur an das Oligopol der Großunternehmen zu vergeben, veranlasste diese, mit Strohmannern ihre eigenen "Start-Ups" zu gründen, die sich dann erfolgreich um die Ausschreibungen bewarben.

Eigentlich wäre nach vier ernüchternden Jahren PAC Schluss gewesen, hätte nicht die Stichwahl 2018 zwischen dem Kandidaten der PAC, Carlos Alvarado, und dem evangelikalen Kandidaten Fabricio Alvarado stattgefunden, der sich vor allem als Gegner der Abtreibung und Homo-Ehe profilierte. So stimmte die Mehrheit schließlich für das kleinere Übel – Carlos Alvarado, der die zaghaften Veränderungsversuche seines Vorgängers sogleich über

Bord warf und eine neoliberale Politik verfolgte, um mittels der Erhöhung der Mehrwertsteuer und eines Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds die Staatsfinanzen zu sanieren. Unter seiner Präsidentschaft wurde auch eine systematische Bestechung des Verkehrsministeriums durch führende Baufirmen bekannt, die sich nicht nur die Großaufträge teilen, sondern auch die Allgemeinheit durch Pfusch wie beispielsweise minderwertige Asphaltmischungen betrogen. Der Präsident und sein Minister gaben sich selbstverständlich vollkommen überrascht.

Die PAC, die eine Wiederbelebung der Sozialdemokratie und eine saubere Politik versprochen hatte, ist also an beiden Idealen kläglich gescheitert. Hinzu kommt, dass die Probleme in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung oft als PAC-gemacht dargestellt wurden, obwohl sie zum großen Teil ein Erbe der alten Zweiparteienherrschaft waren. Die PAC hat also ausgedient und wurde von der Wählerschaft zur Splitterpartei deklassiert. Die Enttäuschung darüber, dass eine andere Politik nicht durchsetzbar war, spiegelt sich auch in der geringen Wahlbeteiligung.

Das Linksbündnis *Frente Amplio* hatte den Abgeordneten José María Villalta ins Rennen um die Präsidentschaft geschickt. Seine intelligente und umsichtige Argumentation in Bezug auf Menschenrechte für alle – Frauen, Indígenas, sexuelle Minderheiten –, sowie soziale und ökologische Fragen erreichte vor allem die städtische Bevölkerung mit gehobener Bildung, darunter viele Student:innen und Jungwähler. Obwohl die Politik der *Frente Amplio* die Geringverdienenden, die Kleinbauern und den Schutz der Umwelt betont, wird sie von den Menschen mit einfacherer Bildung kaum gewählt. Bei diesen zieht immer noch das in jeder Wahldebatte wiederholte Klischee, die *Frente Amplio* sei kommunistisch, weshalb die Leute entweder gar nicht zur Wahl gehen oder ihre Stimme dem Pastor Alvarado geben. Mit fast neun Prozent erreichte die *Frente Amplio* immerhin sechs der 57 Parlamentssitze, die sich auf jeweils drei Frauen und Männer verteilen.

## Zwei Neoliberale in der Stichwahl

Zunächst sei wieder auf die Parallelstrukturen verwiesen. Weit mehr als in Europa üblich (soweit das der Autor aus der

Ferne beurteilen kann) sind die traditionellen politischen Parteien in Costa Rica erstens eng mit Familienclans verknüpft und zweitens Sprungbretter auf attraktive Posten, sei es in der Politik, in der staatlichen Verwaltung oder – sehr beliebt! – bei einer Botschaft im exotischen Ausland. Die *Liberación Nacional* wird maßgeblich von zwei Clans beherrscht – Figueres (die Nachfahren des legendären Gründervaters) und Arias (der legendäre Friedensnobelpreisträger).

José María Figueres, Sohn des Gründervaters, war schon zwischen 1994 und 1998 Präsident des Landes. Seine Amtszeit war gespickt mit Skandalen wie dem Zusammenbruch – oder der Plünderung – der traditionsreichen staatlichen Bank *Banco Anglo*. Das Erdbeben von Limón war der Anlass zur Einstellung des ohnehin maroden Eisenbahnverkehrs – ganz im Sinne der einflussreichen LKW- und Autobus-Lobby. Gegen Ende seiner Amtszeit gelang ihm jedoch ein Kunststück, das seinen Ruhm bis heute begründet: die Ansiedlung einer großen Produktionsstätte von INTEL in Costa Rica.

Als Ex-Präsident zog er es wohlweislich vor, in die Schweiz zu ziehen und als Direktor des Weltwirtschaftsforums von Davos internationale Kontakte zu pflegen. Genial war dann die Overtüre zur Rückkehr: ein einmaliges, exklusives Interview mit dem Nachrichtenchef des einflussreichsten TV-Senders Costa Rica, Ignacio Sánchez, aufgenommen in Genf, das darin gipfelte, dass Figueres aus Heimweh und Sehnsucht nach Tamales, der typischen Weihnachtsspeise, einige Tränen verdrückte. Kein Zweifel, der Mann ist mit allen Wassern gewaschen und verfügt über beste internationale Kontakte.

Damit erreichte er im ersten Durchgang immerhin 27 Prozent. Die etwas fatalistische Logik mancher Wähler:innen: Wenn eine Figueres-Regierung Auslandsinvestitionen anzieht und es dem Land wirtschaftlich besser geht, ist das – auch wenn etwas in ihre Taschen fließt – eine Win-Win-Situation.

Rodrigo Chaves hat gleichfalls reiche internationale Erfahrung, hatte er doch 27 Jahre lang bei der Weltbank gearbeitet. Er gab seinen Posten als Direktor der Weltbank für Indonesien auf, um der Regierung Carlos Alvarado als Finanzminister zu dienen, trat jedoch nach nur sechs Mo-

nat und mehreren Auseinandersetzungen zurück. In der Öffentlichkeit wurde er vor allem durch die Berichterstattung über Prozesse wegen sexueller Belästigung bekannt, die in der Weltbank gegen ihn gelaufen waren. Da mehrere Kolleginnen entsprechende Anklagen erhoben hatten, war Chaves in der Hierarchie degradiert worden, ohne dass es letztlich zu einer Entlassung oder strafrechtlichen Verurteilung gekommen wäre.

Noch wenige Wochen vor den Wahlen galt er als Außenseiter mit projektierten sechs Prozent der Wählerstimmen, aber in den Wahldebatten konnte er sich als Finanzexperte profilieren, während die Favoriten, der Pastor Fabricio Alvarado und die Kandidatin der Christdemokraten (PUSC) deutlich abfielen.

Außerdem hat er einen echten Star an seiner Seite: Die Spitzenkandidatin der Partei *Progreso Social Democrático* für das Parlament war keine Geringere als die ehemalige Nachrichtenchefin Pilar Cisneros, die zusammen mit Ignacio Sánchez (siehe oben) über Jahre die öffentliche Meinung nachhaltig geprägt hatte und beim Volk sehr beliebt ist.

Eine Prognose für die Stichwahl am 3. April: Für Chaves gilt es, eine Differenz von zehn Prozentpunkten aufzuholen. Er steckt dabei in einem gewissen Dilemma: Es müsste ihm gelingen, Figueres zu schwächen, indem er Versäumnisse und Skandale dessen erster Amtszeit aufwärmt. Eine Schlammeschlacht wäre jedoch kaum geeignet, um als präsidialer Staatsmann zu erscheinen, der die evangelikalen und christdemokratischen Wähler:innen hinter sich bringt.

Figueres hingegen hat sich schon im bisherigen Verlauf des Wahlkampfes als Elder Statesman präsentiert, der kaum Fehler macht und mit seiner Rhetorik den Eindruck erweckt, es allen recht machen zu können. Der Vorsprung sollte eigentlich reichen... ◉

**Seit 25 Jahren in Costa Rica, war Klaus Beisswenger zunächst in der Bildungsarbeit mit Indigenen tätig, deren ökotouristische Initiativen er inzwischen mit seiner Arbeit im Bereich Tourismus zu unterstützen versucht.**

# Indigene fordern ihre Rechte ein

Die katastrophalen Auswirkungen der Politik unter dem rechtsextremen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro sind weltweit bekannt. Unterstützt wird die Wahrnehmung dieser Politik durch eine Reihe internationaler juristischer und politischer Schritte, die in mehreren Strafanzeigen vor dem internationalen Strafgerichtshof in den Haag einen vorläufigen Höhepunkt fanden: Menschenrechtsverletzungen und die Umweltpolitik wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gebrandmarkt.

## Von René Kuppe

Vorwürfe dieser Art sind um so bemerkenswerter, als Brasilien, im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas, in den Jahrzehnten vor Bolsonaro einen nach und nach robuster werdenden normativen und institutionellen Rahmen in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte, soziale Inklusion und indigene Völker entwickelt hatte. Bolsonaro steht daher vielfach als Symbol für eine Politik, durch die Entwicklungen dieser Art zurückgedreht werden.

In diesem Zusammenhang wird jedoch zunehmend die Frage aufgeworfen, ob die Verantwortung für das Unterlaufen von Sozial- und Umweltstandards ausschließlich einer nationalen Regierung zuzurechnen sind. Weltweite wirtschaftliche Verflechtungen lassen vor allem der Rolle global agierender Privatfirmen wachsende Aufmerksamkeit zukommen.

## Klage in Frankreich

Im Sommer 2021 haben französische Umweltorganisationen und Organisationen lokaler und indigener Gemeinschaften Brasiliens und Kolumbiens am französischen Gericht von Saint Etienne gegen die bedeutende französische Supermarktkette Casino eine Schadenersatzklage eingereicht. Sie argumentierten, dass der Verkauf von südamerikanischen Rindfleischprodukten in Frankreich zur Zerstörung von Regenwald und zum Raub von Land indigener Völker beiträgt. In der Klage wird eine Entschädigung von drei Millionen Euro verlangt.

Die Klage stützt sich auf das französische Sorgfaltspflichtgesetz (*loi sur le devoir de vigilance*), das 2017 in Kraft trat und als erstes seiner Art in Europa vorsieht, dass Firmen mit über 5.000 Mitarbeitern und Sitz in Frankreich Risiken identifizieren und Vorkehrungen treffen müssen, um schwere Menschenrechtsverletzungen oder Um-

weltschäden entlang ihrer internationalen Lieferketten zu vermeiden.

Die Kläger beriefen sich unter anderem auf einen Bericht des *Center for Climate Crime Analysis*: Die *Casino Group* erhielt regelmäßig Rindfleisch von drei Schlachthöfen, die ihrerseits Vieh von 592 Lieferanten bezogen, die zwischen 2008 und 2020 für mindestens 50.000 Hektar Abholzung verantwortlich waren.

Einige dieser entwaldeten Regionen waren Siedlungsgebiet indigener Bevölkerungsgruppen. Die Gruppe *Uru Eu Wau Wau* im brasilianischen Bundesstaat Rondonia behauptete, dass ein Überfall stattgefunden habe, um den Weg für die Ausbreitung von Rinderfarmen zu öffnen, welche die *Grupo Pão de Açúcar de Casino* mit Rindfleisch beliefern. Der Einbringung der Klage war im September 2020 eine formelle Mitteilung an *Casino* vorangegangen. Darin wurde sie aufgefordert, die Kontrolle von Lieferanten und Farmen in Kooperation mit lokalen und internationalen NGOs zu verbessern. Da eine Reaktion ausblieb, war es schließlich zur Klage gekommen. Es wird sich zeigen, wie die französische Justiz den Fall behandeln wird und ob, über diesen Einzelfall hinaus, ein deutliches Signal an andere Firmen ausgesandt wird, Sorgfaltspflichten bei internationaler Geschäftstätigkeit ernst zu nehmen.

Anders als französische Firmen handeln deutsche Firmen in Hinblick auf mögliche menschenrechtliche oder umweltpolitische Anforderungen nach wie vor international im relativ rechtsfreien

Raum. In Deutschland wurde in einem Monitoring von Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern die freiwillige Wahrnehmung von Sorgfaltspflichten innerhalb ihrer Lieferketten geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass lediglich 13 bis 17% der Unternehmen bestimmten Anforderungen nachkamen. Deshalb wurde im Juli 2021 ein deutsches „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ verabschiedet, das allerdings erst am 1. Jänner 2023 in Kraft treten wird.

## Der Fall BMW versus Guaraní

Die Notwendigkeit, unternehmerische Verantwortungen in diesem Bereich zu verrechtlichen, zeigt sich in einem ganz aktuellen Fall: Am 17. Dezember 2021 richteten drei indigene Gemeinschaften des südbrasilianischen Volkes der *Guaraní* ein Schreiben an die BMW-Konzernzentrale in Deutschland. Die drei Gemeinschaften liegen im Abstand von ein bis drei Kilometern zum BMW-Montagewerkwerk *Araquari* im Staat Santa Catarina, das Ende 2014 in Betrieb ging und jährlich bis zu 30.000 Fahrzeuge für den südamerikanischen Markt erzeugt. Das Werk hatte zu wachsendem Druck auf Landbesitz und Ressourcennutzung, zu Verkehrsbelastung und zu psychologischen Schäden bei den benachbarten *Guaraní* geführt.

Gemäß mehrerer staatlicher Verordnungen ist in Brasilien bei Umweltverträglichkeitsverfahren eine sogenannten „indigene Komponente“ (CI-PBA) vorgesehen, die darauf abzielen müsste, negative Auswirkungen eines Projektes abzumildern,



Indigene Demonstration vor dem Obersten Gerichtshof in Brasilia, Juni 2021  
© Guilherme Cavalli



zu kontrollieren und gegebenenfalls Schäden zu kompensieren. Im Jahr 2019 war vor diesem Hintergrund endlich ein Entschädigungs- und Abmilderungsplan zwischen BMW und den Gemeinschaften vereinbart worden, der jedoch von BMW nicht, wie vorgesehen, an die brasilianische Indianerbehörde FUNAI formell übergeben und dadurch nicht bindend gemacht wurde. Wie es in dem Schreiben heißt, habe BMW stattdessen im November 2021 einen CI-PBA behördlich eingereicht, der von der vereinbarten Version wesentlich abwich. Er war unvollständig und enthielt „keine Entschädigungen oder Abmilderungen der hauptsächlichen Einwirkungen, die von der Firma auf Leben und Territorien“ ausgingen. BMW hat jede weitere direkte Kommunikation mit den *Guaraní* abgebrochen.

Deren Vertreter betonen auch, geschädigt worden zu sein, weil grundsätzlich bei Projekten dieser Art Unternehmen rechtlich gehalten sind, betroffene indigene Völker zu konsultieren (siehe LAA 4/2020, S. 10). In Verantwortung sollen auch jene brasilianischen Behörden genommen werden, die für die inkorrekte, weil ohne Konsultation erfolgte Ausstellung der umweltrechtlichen Genehmigungen verantwortlich sind.

Der Fall gewinnt besondere Relevanz, da Deutschland 2021 das Übereinkommen 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Rechte indigener Völker ratifiziert hat. Das Recht dieser Völker, bei sie betreffenden Vorhaben konsultiert zu werden, ist eines der Standbeine des Abkommens.

Ein von deutschen Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen getragener Koordinationskreis zum ILO-Übereinkommen (siehe <https://www.ilor169.de>) bemüht sich derzeit darum, dessen Relevanz für internationale Geschäftstätigkeiten deutscher Unternehmen zu verdeutlichen. Eine genauere wirtschaftspolitische und rechtliche Analyse der Verflechtungen des BMW-Guaraní-Falles soll und kann – als Pilot-Studie – dazu beitragen. Es ist davon auszugehen, dass die konkrete Verletzung rechtlicher Schutzstandards oftmals durch das Zusammenspiel von nationaler Politik und international tätigen Unternehmen vorangetrieben wird. ●

## „Die Angst übertrug sich auf die Kinder“

Vermutlich nirgendwo sonst auf der Welt hat es das Recht auf Asyl bis in die Nationalhymne geschafft: „Entweder wirst Du den Freien zum Grab – oder zum Zufluchtsort gegen die Verfolgung“ schrieb 1819 der Dichter Bernardo de Vera voller Pathos über Chile. Jedes Schulkind im Land kennt diesen Kehrvers. Wie bitterer Hohn muss das historische Versprechen aus der Zeit der Befreiungskriege gegen die spanische Kolonialherrschaft in den Ohren derjenigen klingen, die als Geflüchtete im heutigen Chile Schutz vor Gewalt, Armut und politischer Unterdrückung suchen.

„Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben in diesem Land eine Dimension erreicht, die die Betroffenen verzweifeln lässt“, sagt die Anwältin und Kinderrechtsaktivistin María Elena Vásquez. Ihre Kollegin, die Psychologin Patricia Loredo, fügt hinzu: „Die extreme gesellschaftliche Polarisierung des zurückliegenden Jahres und ein Wahlkampf, der von einem Teil des politischen Spektrums explizit gegen Menschen, die als Geflüchtete und Migranten nach Chile kamen, geführt wurde, hat entsetzliche Verletzungen hinterlassen!“ Darüber, wie es dazu kommen konnte, was Rassismus und Xenophobie in Kindern auslösen – und welche Ansätze zur Heilung es gibt, geht es in diesem Gespräch mit den beiden Leiterinnen des Projektes *Niñas y Niños sin Fronteras* aus dem Santiagoer Stadtteil Independencia, das sich seit inzwischen über zwei Jahrzehnten für die Rechte von Kindern aus Migrantenfamilien engagiert.

**Seit dem 18. Oktober 2019 und dem Beginn der Massenproteste für mehr soziale Gerechtigkeit, mit denen eine überwältigende Mehrheit im Land zunächst ein Referendum zugunsten eines Prozesses zur**



Links: María Elena Vásquez Rodríguez, rechts: Patricia Angélica Loredo Chupan.  
© Victor Zavaleta Carvajal

**Ausarbeitung einer neuen Verfassung und dann die anschließende Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung erzwang, sahen viele Menschen aus der ganzen Welt voller Hoffnung auf Chile. Wie passen dieser demokratische Aufbruch und die beeindruckende Kreativität und Kraft der sozialen Bewegungen einerseits, Rassismus und Fremdenhass andererseits, zusammen?**

**María Elena Vásquez:** Es gab in diesem Land immer beides gleichzeitig: Gemeinschaftssinn, Offenheit, Solidarität – aber auf der anderen Seite die Instrumentalisierung der Angst gegenüber Fremden, die populistische Suche nach Sündenböcken, Ausgrenzung als Mittel zum Stimmenfang. Während der beiden Regierungsperioden unter Präsident Sebastián Piñera zwischen 2010 bis 2014 und jetzt seit 2018 haben wir zunächst erlebt, wie der Präsident in Cúcuta, an der Grenzbrücke zwischen Kolumbien und Venezuela, vor laufenden Fernsehkameras Dissidenten des Maduro-Regimes und ihre Familien einlud, nach Chile zu kommen, Sondervisa versprach, aber dann, als es mit der – nach Syrien und

Afghanistan – größten Flüchtlingskrise der Welt ernst wurde, und inzwischen 6,5 Millionen Menschen aus Venezuela vor allem in den lateinamerikanischen Nachbarländern Schutz suchen, alles tat, um zu verhindern, dass die Geflüchteten in Chile tatsächlich Bleiberecht und Asyl erhielten. Am brutalsten verhält sich diese Regierung jedoch gegenüber den Familien aus Haiti, die es nach 2010 und der – mit einer Viertelmillion Toten – schwersten Erdbebenkatastrophe in der Geschichte Lateinamerikas bis hierher geschafft haben, auf der Flucht vor extremer Armut und einem zusammengebrochenen Staat, der kampflös riesige Armenviertel der großen Städte Haitis schwerbewaffneten kriminellen Banden überlässt.

**Wie erklärt sich diese Härte gerade gegenüber Geflüchteten aus Haiti? Chile ist doch ein Land, aus dem während der Jahre des Pinochet-Regimes Hunderttausende in alle Welt fliehen und um Exil bitten mussten?**

**Patricia Loredo:** Aber das waren damals diejenigen, in denen Piñera und der politische Sektor, für den er steht, bis heute ihre Gegner sehen. Die menschenverachtende Brutalität gegenüber Geflüchteten aus Haiti hat vor allem damit zu tun, dass diese Menschen eine schwarze Hautfarbe haben, Kreole und eben nicht Spanisch sprechen und gegenüber dem unverbrämten Rassismus am hilf- und wehrlosesten sind. Bei keiner anderen Migrantengruppe hätte sich die Regierung getraut, Shows für die Fernsehsender zu inszenieren, in denen Menschen für Kollektiv-Abschiebungen in weiße Plastikoveralls gezwungen und dann wie Schwerverbrecher zu den auf dem Rollfeld wartenden Maschinen getrieben wurden, wobei ihre Gesichter aus nächster Nähe gefilmt wurden.

**Vásquez:** Begründet werden diese Abschiebungen damit, dass die Geflüchteten ohne Registrierung über die chilenische Grenze gekommen seien und auch keine gültigen Papiere vorweisen könnten. Aber wir kennen Fälle, in denen Personen, die glaubhaft Verfolgungs- und Bedrohungssituationen in Haiti beschreiben, etwa, weil sie sich dem Terror von kriminellen Banden oder der Willkür der Polizei von Port-au-Prince widersetzt hatten, hier in Chile daran gehindert wurden, einen regulären Asylantrag zu stellen. Die chileni-

sche Kriminalpolizei PDI musste neulich zugeben, dass sie den Befehl erhalten hat, auch Personen, die nach den Regeln des Völkerrechts an den Grenzen um Schutz bitten, abzuweisen. Die Zahl der in Chile anerkannten Asylanträge ist auf einen historischen Tiefstand gefallen. 2020 waren es ganze zehn Anerkennungen, 2021 gerade noch sieben. Das sind offizielle Zahlen des Innenministeriums. Und die Regierung verkündet voller Stolz, dass es ihr gelungen sei, Chile als Zielland für Geflüchtete „unattraktiv“ zu machen. Aber das ist noch nicht alles: Für die letzten Wochen ihrer am 11. März endenden Amtszeit hat die Regierung Piñera angekündigt, jetzt auch noch alle Asyl- und Aufenthaltsbescheide der Vorgängerregierung unter Michelle Bachelet überprüfen und wenn möglich annullieren zu lassen.

**Gibt es dagegen nicht auch öffentliche Gegenwehr und Proteste aus der chilenischen Zivilgesellschaft? Wie gehen andere Nicht-Regierungsorganisationen – oder kirchliche Initiativen, die mit Geflüchteten arbeiten – mit dieser Situation um?**

**Loredo:** Doch, zum Glück gibt es auch Solidarität mit den Betroffenen und lautstarken Widerstand gegen diese Politik! Ende September haben sich mehrere kirchliche Initiativen, ökumenische Organisationen und Menschenrechtsgruppen in einer vielbeachteten gemeinsamen Erklärung gegen die verbale und physische Gewalt gewandt, denen Geflüchtete vor allem in der nordchilenischen Stadt Iquique ausgesetzt waren, wo sich unter den Augen der Polizei pogromartigen Szenen abspielten und ein aufgebracht Mob Zelte und Habseligkeiten venezolanischer Flüchtlinge in Brand setzte. Die Regierung reagierte auf diese Ereignisse, indem sie noch härtere Grenzkontrollen und noch mehr Abschiebungen ankündigte. Die Unterzeichnerorganisationen dieses Appells verlangen hingegen vom Staat, endlich auf der Grundlage internationaler Rechtsnormen mit professionellen Programmen humanitärer Hilfe auf diese kontinentale Krise zu reagieren und nicht länger Schutzsuchende zu kriminalisieren.

**Die von Ihnen 2002 gegründete Nichtregierungsorganisation *Corporación Colectivo Sin Fronteras* hat mit ihren Programmen**

**und Aktivitäten in diesen Jahren deutlich mehr als 10.000 Kinder aus Familien, die aus anderen lateinamerikanischen Ländern nach Chile kamen, weil sie Schutz und eine Perspektive gesucht haben, unterstützt. Wie reagieren die Kinder auf die beschriebenen Entwicklungen?**

**Vásquez:** Kinder haben ein feines Gespür dafür, wenn sich das Klima um sie herum verändert. Sie nehmen wahr, wenn die Stimmung in der Schule kippt, spüren, wenn der Umgang mit ihnen in den öffentlichen Gesundheitszentren – oder, falls sie gezwungen sind zu arbeiten – auf der Straße ein anderer ist. Der Hass, den Politiker in ihren Reden säen, kommt bei ihnen an. Als der am Ende zum Glück unterlegene Kandidat José Antonio Kast, der es mit seinem rechts-populistischen Diskurs in den Stichwahlen um das Präsidentenamt am 19. Dezember auf über 44 Prozent gebracht hatte, versprach, die Grenzen im Norden Chiles mit einem unüberwindbaren Grabensystem vor Flüchtlingen zu sichern und Hunderttausende Migrant:innen aus dem Land zu deportieren, übertrug sich die Angst der Eltern natürlich auf die Kinder. Das haben wir in unserer täglichen Arbeit mit den Kindern deutlich wahrgenommen.

**Loredo:** Die Normalisierung eines Diskurses der Diskriminierung, seine toxische Alltäglichkeit, schlägt direkt auf das Selbstbewusstsein von Kindern, die in dieser Gesellschaft ohnedies jeden Tag um ihren Platz kämpfen müssen, durch. Das ist wie mit bei einer Virusinfektion, wenn die Abwehrkräfte geschwächt sind, werden die Menschen krank. Rassismus verletzt Kinder möglicherweise sogar stärker als Erwachsene, weil sie keine Erklärung dafür finden können, was da gerade geschieht. Trotzdem entstehen Schuldgefühle, wächst der Stress in den Familien. Und dann kommt eine Mechanik in Gang, die extrem gefährlich ist: Viele Eltern, die Problemen mit ihren Papieren haben, schreiben ihre Kinder beispielsweise nicht mehr in den Gesundheitszentren ein, damit sie dort im Fall einer Erkrankung behandelt werden können. Wir haben Fälle erlebt, in denen sich Mitarbeitende in diesen Zentren angesichts des hysterischen Klimas wie Hilfspolizisten aufführen und Familien ohne gültige Aufenthaltspapiere bei den Behörden anzeigen. Dabei sagen die Gesetze in Chile, dass keinem Kind eine ärztliche Behandlung oder das Recht

auf Schulbesuch verweigert werden darf, egal, welchen Aufenthaltsstatus seine Eltern haben.

**Wie kann diese Spirale gestoppt, wie die Resilienz-Kräfte der Kinder erneut gestärkt werden?**

**Loredo:** Zunächst müssen wir selbst verstehen, dass die Verletzungen, die dieser Wahlkampf und der xenophobe Diskurs der Piñera-Regierung verursacht haben, nicht über Nacht verschwinden, weil ein menschenrechtsorientierter Kandidat wie Gabriel Boric am Ende die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat und ab dem 11. März das Land regiert. Die Herausforderung besteht darin, den Kindern und ihren Familien Sicherheit zurück zu geben, ihnen faire Chancen auf eine Klärung ihres rechtlichen Status in Chile zu eröff-

nen. Wir haben ein Netzwerk aufgebaut, um alle Kinder aus dem Projekt weiter zu unterstützen. Keine Familie ist allein. Das gilt auch für schwierige juristische Fragen. Dann ist es ganz wichtig, dass die Kinder selbst über ihre Rechte sprechen, mit Gleichaltrigen und mit Erwachsenen. Dabei unterstützen wir sie, beispielsweise indem wir öffentliche Veranstaltungen und Foren organisieren, auf denen Mädchen und Jungen über sich und ihren Blick auf die chilenische Gesellschaft diskutieren, selbstbewusst und in dem Wissen, das internationale Recht auf ihrer Seite zu haben.

**Vásquez:** Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir Vieles von dem, was in den zurückliegenden Monaten geschehen ist, nicht mehr ändern können: Die haitischen Familien mit den Kindern in unserem Programm, die sich in ihrer Verzweiflung auf

dem Landweg aufgemacht haben, um von Santiago aus an die Grenze zu den USA zu gelangen, können wir nicht mehr schützen. Das waren entsetzliche Abschiede für immer. Allein sechs Familien, deren Kinder hier bei uns engagiert waren, sind in den vergangenen Wochen aufgebrochen, ohne Dokumente, zum Teil mit Babys dabei. Die Menschen wussten, dass sie auf dieser Route über so viele Grenzen hinweg ihr Leben und das ihrer Kinder aufs Spiel setzen. Sie dazu gebracht zu haben, eine so entsetzliche Entscheidung zu fällen, ist ein Ergebnis des Hasses, der hier gesät wurde. Am Ende ist es ganz banal: Rassismus tötet! ○

**Interview von Jürgen Schübelin**

**María Elena Vásquez Rodríguez (50)**

ist Anwältin und gelernte Erzieherin. Sie stammt aus der nordperuanischen Stadt Chimbote und kam 1996 zusammen mit ihrer Mutter als vom Fujimori-Regime politisch Verfolgte nach Chile. Hier wurden ihre Universitätsabschlüsse zunächst nicht anerkannt und sie war gezwungen – wie viele peruanische Frauen – als Hausangestellte für eine chilenische Familie zu arbeiten.

**Patricia Angélica Loredo Chupán (52)**

ist Psychologin und hat zum Thema Menschenrechte promoviert. Sie wuchs in Huancayo in den peruanischen Hochanden auf und wurde von Fujimoris Geheimpolizei wegen ihres Menschenrechtsengagements bedroht. Sie lebt seit 1994 in Santiago de Chile und erhielt hier politisches Asyl. Wie auch María Elena Vásquez wurde sie für ihr Engagement für die Rechte von Kindern aus Migrant:innenfamilien mehrfach ausgezeichnet. Unterstützt wird die Arbeit des Projektes *Niñas y Niños sin Fronteras* unter anderen von den beiden Kindernothilfe-Organisationen in Österreich und Deutschland.



Kinder werben für „ihr“ Projekt und die Hausaufgaben-Unterstützungsangebote des „Colectivo sin Fronteras“; © Jürgen Schübelin

## Mit der Kraft der Sonne entlang der *Ruta Inca*

Laut offizieller Geschichtsschreibung hat Argentinien seine Flagge mit einer Schlacht der Unabhängigkeitskriege gegen die spanische Kolonialherrschaft Anfang des 19. Jahrhunderts zu tun. Manuel Belgrano, ihr Schöpfer, habe die Sonne, die den Erfolg in der Schlacht mit sich brachte und den Weg in die politische Freiheit wies, als Symbol übernommen. Nach dem heutigen Stand der Forschung waren dafür hingegen Mythologie und Symbolik der Inkas maßgeblich. Die Sonne ist auch von zentraler Bedeutung für das Projekt von Lateinamerikas erster Solarbahn im Norden des Landes.

### Von Laurin Blecha

In der Provinz Jujuy soll die erste Solarbahn Lateinamerikas entstehen, die von der Stadtverwaltung der Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy als ein „transzendentes Vorhaben“ beschrieben wird. Der Spatenstich für das ambitionierte Projekt erfolgte im Jahr 2017, jedoch hatten sich bereits 2009 Politiker:innen der *Frente para la Victoria*, unter anderem die damalige Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner sowie die Aktivistin Milagro Sala, für eine Reaktivierung der Bahnstrecke ausgesprochen. Diese war einer der letzten Streckenabschnitte, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die nordwestlichste Region Argentinien an das Eisenbahnnetz anschlossen. Im Jahr 1885 erreichte das Liniennetz San Salvador de Jujuy, 1905 Tilcara und 1908 La Quiaca, die Grenzstadt Argentinien zu Bolivien.

Die Bahn ermöglichte den Bewohner:innen der sogenannten *Quebrada de Humahuaca* direkten Zugang zur Provinzhauptstadt und bescherte damit einer der am stärksten vernachlässigten Regionen Argentinien wirtschaftlichen Aufschwung. Die strategische Bedeutung

ging auch nicht durch den in den 1960er und 1970er Jahren forcierten Straßenbau zurück. Der Transport von Gütern, insbesondere von Bolivien zu den Verbrauchszentren und argentinischen Atlantikhäfen, bildete ein wichtiges wirtschaftliches Standbein der *Quebrada* und ihrer Bevölkerung. Der Zug war Teil des Alltags und der Landschaft. Jedoch fiel die Bahn in den 1990er Jahren den neoliberalen Strukturpassungen und Privatisierungen unter Präsident Carlos Menem zum Opfer und das Streckennetz verfiel im Laufe der Jahre fast vollständig.

### Eine grüne Bahn (?)

Der seit Mitte der 2000er Jahre stetig wachsende Tourismus in der zum Teil unberührten und pittoresken Natur der *Quebrada de Humahuaca* war dann für den Gouverneur der Provinz, Gerardo Morales von der *Unión Cívica Radical* (UCR), ausschlaggebend dafür, die Bahnstrecke zu erneuern. Gleichzeitig sollen durch den Bau Arbeitsplätze geschaffen werden und auch ökologische Aspekte nicht zu kurz kommen:

Die Originalgleise und Brücken sollen größtenteils wiederverwendet werden und der Zug soll wie erwähnt mittels Solarkraft betrieben werden.

Zwar konnten wegen der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 keine Arbeiten stattfinden, doch seit April 2021 wird wieder gearbeitet. Eine erste Etappe soll sieben Stationen umfassen und von

den Orten Volcán, Tumbaya, Purmamarca, Maimará, Huacalera, Uquía nach Humahuaca führen. In einem weiteren Abschnitt soll Volcán mit der Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy verbunden werden und Humahuaca mit La Quiaca, der Grenzstadt zu Bolivien. Das Fernziel ist eine Verbindung weiter zum Titicacasee und nach Cuzco in Peru, um schließlich bei Machu Picchu zu enden und so die *Ruta Inca* aus vorkolonialer Zeit mittels der Bahn wiederzubeleben.

Kritiker:innen des Plans spechen die fehlende Transparenz des Projekts an, was vor allem das mögliche versteckte Interesse der Bergbauindustrie betrifft. Inwieweit die Bahn nur ein grünes Feigenblatt der Provinzregierung ist, und es ihr vielmehr um den Abbau von mineralischen Rohstoffen der *Quebrada*, wie etwa Lithium, und deren ökologisch sehr problematische Gewinnung (u.a. durch Chemikalien wie Quecksilber oder Schwefelsäure) geht, bleibt abzuwarten. Auch ein möglicher Massentourismus in der *Quebrada de Humahuaca* könnte sich in einer immer noch von substanzieller Armut geprägten Region längerfristig zu einem Problem entwickeln, wobei einige wenige Besitzende profitieren könnten.

Wird die Bahn für Bewohner:innen der Dörfer der *Quebrada* gratis sein, damit sie nicht weiter die teils teuren (und auch umweltschädlichen) Busse und Taxis nehmen müssen, auf die sie seit den 1990er Jahren angewiesen sind? Wird die Bahn im Sinne der *Ruta Inca* die Bevölkerungen Argentinien und seiner nördlichen Nachbarländer näher zusammenbringen und die historische kulturelle Vielfalt wiederbeleben? Ein breit geführter gesellschaftlicher Dialog mit indigenen Gemeinschaften und Anwohner:innen wäre hier der gangbarste Weg, das ambitionierte Projekt gesellschafts- und umweltpolitisch in die richtige Bahn zu leiten. ●



Die Bahnstation Yala in der Provinz Jujuy: Solares Revival?; © Laurin Blecha

## Chinas Fischfangflotte ante portas

Es ist mittlerweile ein sich Jahr für Jahr wiederholendes Phänomen: Im Juni versammelt sich eine Armada aus hunderten Fischfangschiffen meist chinesischer Provenienz hart an der Grenze zum Meeresschutzgebiet Galapagos, um möglichst viele der auf Wanderschaft befindlichen Tintenfische abzufangen.

### Von Jürgen Kreuzroither

Seit die größte Fischfangflotte der Welt das ostchinesische Meer zu stark geplündert hat, ist in Lateinamerika nicht nur die ecuadorianische Regierung mit dieser unbeliebten chinesischen Präsenz an ihren Seerechtsgrenzen konfrontiert.

Wie schon in LAA 4/2018 berichtet, sieht sich auf der anderen Seite des Subkontinents Argentinien, in dessen Hoheitsgewässern sich eines der weltgrößten Schelfgebiete mit entsprechendem Fischreichtum befindet, ebenfalls regelmäßig einer Massierung an Fischfängern aus Fernost, aber auch aus der EU, gegenüber.

Solange sich diese Flotten außerhalb der exklusiven Wirtschaftszonen dieser Länder bewegen (200 Seemeilen vor der Küstenlinie; ca. 370 km) ist ihre geballte Präsenz zwar ärgerlich – Meerestiere halten sich nicht an Seerechtsgrenzen, wodurch auch der Bestand innerhalb der Zone zwangsläufig beeinträchtigt wird –, aber rechtlich nicht zu bekämpfen.

Dass es dabei jedoch nicht nur mit legalen Mitteln zugehen kann, hat die NGO *Oceana* ermittelt. Ausgehend von der Beobachtung, dass diese Fangboote auffallend oft und vorzugsweise nachts ihre Ortungssysteme ausschalteten, errechnete *Oceana* für den Schauplatz argentinische Hoheitsgewässer anhand von Satellitendaten über einen Zeitraum von drei Jahren, dass diese Flotten etwa 40 Prozent ihrer Aktivitäten im Off-Modus versahen.

Nicht nur dass eine solche Praxis gefährlich ist – es kam wiederholt nächtens zu Kollisionen zwischen Flottenbooten – ist natürlich anzunehmen, dass sie der Vertuschung des Eindringens in die Wirtschaftszone dient. Tatsächlich gilt illegaler Fischfang nach Drogen- und Waffenhandel als drittgrößter Schwarzhandelsbe-



Nicht zuletzt Meeresschildkröten sollen von der Ausweitung des Schutzgebiets im östlichen Pazifik profitieren; © Luis Felipe V. Puntel

reich weltweit. Mit geschätzten 26 Millionen Tonnen an Fisch und Meeresfrüchten macht er zwischen einem Viertel und einem Drittel (sic!) der legalen Fangmenge aus.

Der springende Punkt dabei: Rechtlich dingfest lassen sich die Missetäter nur machen, wenn sie auf frischer Tat ertappt werden. Doch bevor eine Patrouille der Küstenwache den – schwer zu eruierten – Ort des vermuteten Geschehens erreicht, hat sich das Fahrzeug meist schon wieder in internationale Gewässer zurückgezogen.

Das Problem der Überwachung stellt sich natürlich auch bei Meeresschutzgebieten: An sich werden sie von Expert:innen als eine wichtige Maßnahme gegen Verschmutzung, steigende Wassertemperatur und eben Übernutzung angesehen. Und hier liegt Lateinamerika bei der Ausweisung von Schutzgebieten mit 23,6 Prozent seiner Wirtschaftszone klar über dem globalen Durchschnitt (knapp 18 Prozent) und auf gutem Weg zu den empfohlenen 30 Prozent bis 2030. Von diesen 4,9 Millionen km<sup>2</sup> ausgewiesener mariner Schutzgebiete Lateinamerikas und der Karibik dürfte jedoch weniger als ein Viertel effektiv überwacht werden. Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit mag in den meisten anderen Weltgegenden nicht kleiner sein, doch wird das Problem künftig nicht kleiner:

Rund um die letzte Klima-Konferenz in Glasgow haben die vier Pazifik-Anrainerstaaten Costa Rica, Panama, Kolumbien und Ecuador die Einrichtung eines zusam-

menhängenden Schutzgebietes mit über 500.000 km<sup>2</sup> Ausdehnung angekündigt. Die Idee ist es, einen Korridor zwischen den Galapagos-Inseln und den costaricanischen Küstengewässern zu schaffen, der eine wichtige Route für migrierende Spezies wie Haie, Wale, Schildkröten und Rochen bildet. Es bleibt zu hoffen, dass diese wichtige Initiative durch die koordinierten Bemühungen dieser vier Staaten auch wirksam umgesetzt, sprich überwacht, werden kann. ●

### Europas Mitverantwortung

Kein Anlass zum exklusiven China-Bashing: Zwar hat die Auswertung durch *Oceana* gezeigt, dass zwei Drittel der Fischfänger chinesischer Herkunft sind, aber auch, dass die spanischen Boote an der argentinischen Seerechtsgrenze dreimal häufiger ihr Ortungssystem ausschalteten.

Und noch eine weitere Relativierung sei angebracht: China gilt heute als größter Importeur, aber auch Exporteur von Fischen und Meeresfrüchten. Bis zu 75 Prozent werden wieder ausgeführt und landen nicht zuletzt auf den Tellern europäischer Konsument:innen, die von günstigeren Preisen profitieren.

Abgesehen von der Biodiversitätsfrage liegt auf der Hand, dass sich bei diesen globalen Handelswegen die eigentlich CO<sub>2</sub>-arme Fischmahlzeit aufgrund der notwendigen Kühlkette in ihr Gegenteil verwandelt.

## Mexiko

### Empörung über Morde an Journalist:innen

Nach der Ermordung von drei Journalisten innerhalb weniger Tage haben am 28. Jänner in 30 der 32 mexikanischen Bundesstaaten Proteste stattgefunden. Bis dahin jüngstes Opfer war die 53-jährige Journalistin María de Lourdes Maldonado aus dem Bundesstaat Baja California. Sie wurde am 23. Januar vor ihrem Haus in ihrem Auto erschossen. Die Täter feuerten aus einem Taxi mehrere Schüsse auf sie ab.

Maldonado arbeitete bei *Televisa*, dem größten nationalen Medienkonzern. Sie hatte ihre eigenen Nachrichtsendungen bei den Radiosendern *Radioformula* und *Sintoniza sin Fronteras*, wo sie über Korruptionsskandale in Tijuana berichtete. Eine Woche vor ihrer Ermordung hatte Maldonado einen Prozess gegen Jaime Bonilla, den Gouverneur von Baja California, Mitglied der *Morena*-Partei und Eigentümer des Fernsehkanals PSN, gewonnen. Im Verfahren ging es um unrechtmäßige Kündigungen und nicht bezahlte Gehälter.

2019 hatte sie bei der täglichen Pressekonzferenz von Präsident Andrés Manuel López Obrador (*Amló*) Morddrohungen gegen sie angeprangert und wurde daraufhin in das staatliche Schutz-Programm für gefährdete Medienschaffende aufgenommen. Allerdings erhielt sie den Schutz nur ein paar Stunden pro Tag.

Die Welle der Morde an Medienschaffenden ging auch nach den Protesten weiter. Am 10. Februar erlag der 39-jährige Heber López Vásquez den Schussverletzungen nach einem gezielten Attentat in Salina Cruz im südlichen Bundesstaat Oaxaca. Er leitete das Online-Medium *Noticias Web* und berichtete seit 18 Jahren in Lokalmedien über soziale und politische Themen. Eines davon war das Großprojekt des transisthmischen Korridors, das Gütertransporte von der Hafenstadt Salina Cruz an der Pazifikküste nach Coatzacoalcos am Atlantik vorsieht.

Lokale Polizisten haben nur Minuten nach dem Geschehen zwei tatverdächtige Personen festgenommen, die die vermutliche Tatwaffe bei sich trugen. Einer der beiden soll der Bruder der lokalen Politikerin Arminda Espinosa sein, deren Amtsgebäude der ermordete Journalist kritisierte. López

warf der Gemeindevertreterin vor, gemeinsame Sache mit einer Führungskraft der Baufirma *Indí* zu machen, „um die Arbeiter des Bauprojekts durch Drohungen zu überzeugen, bei den nächsten Wahlen für sie zu stimmen. Ansonsten würden sie entlassen“. Der Bundesstaat Oaxaca, insbesondere die Region des Isthmus von Tehuantepec, erlebt derzeit eine Welle der Gewalt, die mit dem Beginn des Wahlkampfes um die Erneuerung des Gouverneurspostens einhergeht.

Landesweit sind die Empörung und Bestürzung über diesen erneuten Mord an einem Lokaljournalisten groß. López ist der fünfte Medienmitarbeiter, der in diesem Jahr bisher im Land getötet wurde. Am 10. Januar wurde José Luis Gamboa in Veracruz ermordet. Am 17. und 23. desselben Monats wurden Margarito Martínez Esquivel und Lourdes Maldonado in Tijuana getötet und am 31. Januar wurde in Zitácuaro im Bundesstaat Michoacán Roberto Toledo ermordet.

Leticia Hillenbrand, Pilipp Gerber,  
amerika21

## El Salvador

### Gesetz öffnet Wasserprivatisierung Tür und Tor

Der Wasserprivatisierung in El Salvador steht nichts mehr im Weg. In der Woche vor Weihnachten wurde das „Wasserressourcengesetz“ verabschiedet. Unterzeichnet wurde es von Mitgliedern der Partei des Präsidenten Nayib Bukele, *Nuevas Ideas*, und anderen regierungstreuen Fraktionen des Parlaments. Zugleich verabschiedeten die Abgeordneten auch den Staatshaushalt für 2022 und wählten den am 1. Mai von Bukele eingesetzten Generalstaatsanwalt wieder.

Offiziell gibt sich die Regierung mit dem Gesetz einen progressiven Anstrich. Es unterstreiche das Menschenrecht auf Wasser, zudem solle sich die leitende Behörde ausschließlich aus Regierungsbeamten zusammensetzen. Entgegen der offiziellen Darstellung zielt das Gesetz auf die Privatisierung der Wasserversorgung ab. Zum einen erhalten Unternehmen, die mit Wasser handeln, eine Genehmigung für mindestens 15 Jahre – unabhängig davon, ob es in naher Zukunft zu einer Was-

serknappheit oder einem erhöhten Bedarf für die Haushalte kommt.

Dieses Gesetz soll offenbar die Gewinne der Wasserhändler:innen gewährleisten, nicht den Zugang der Bevölkerung zu Wasser. Der Präsident der Legislative, Ernesto Castro, betonte, es werde den Investoren Rechtssicherheit geben. Soziale Organisationen hingegen kritisieren, dass ihre Vorschläge im Zuge der Ausarbeitung des Gesetzes nicht berücksichtigt wurden, sondern nur die der Privatwirtschaft.

Obwohl in dem neuen Gesetz keine Vertretung der Wirtschaft in der leitenden Behörde vorgesehen ist, ist die derzeitige Regierung selbst neoliberal und wirtschaftsfreundlich eingestellt und verfolgt eine anti-ökologische Linie. Deshalb hat sie das *Escazú*-Abkommen, das unter anderem die Beteiligung der Bevölkerung bei umweltbezogenen Entscheidungsprozessen sicherstellen soll, nicht ratifiziert. Sie genehmigt Projekte, die Ökosysteme schädigen und stellt die sogenannte Entwicklung über Umweltschutz, Nachhaltigkeit und das Leben.

Auch das Wasserressourcengesetz ist nicht darauf ausgelegt, eine ausreichende, qualitativ hochwertige Wasserversorgung der Bürger:innen zu gewährleisten, die Verschmutzung der Wasservorräte zu beheben oder zur Bewältigung der gravierenden ökonomischen Situation beizutragen. Es zielt darauf ab, die Geschäfte großer Privatunternehmen zu sichern.

Poonal

## Brasilien

### Allianz Lulas mit Konservativen?

Im brasilianischen Wahlkampf laufen derzeit Sondierungsgespräche zwischen der Ikone der brasilianischen Linken, Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, und dem konservativen Politiker Geraldo Alckmin. Schmieden sie eine Allianz, könnte Alckmin nach einem Wahlsieg Lulas Vizepräsident werden.

Mit einem Online-Manifest haben Teile der brasilianischen Arbeiterpartei PT ein Bündnis zwischen Lula und dem konservativen Politiker scharf kritisiert. Alckmin ist der ehemalige Führer der großen konservativen Partei *Partido da Social Democra-*

cia Brasileira (PSDB). Den Bundesstaat São Paulo regierte er vier Mal als Gouverneur.

Die Verfasser des Online-Manifests schreiben, eine mögliche linke Regierung werde der „Opposition des Bolsonarismus und des Neoliberalismus gegenüberstehen“. Diese politischen Kräfte, zu denen auch Alckmin zähle, hätten die Verurteilung, Inhaftierung und das Verbot der Kandidatur Lulas im Jahr 2018 begrüßt und davon profitiert. Die Biografie Alckmins als Gouverneur des Staates São Paulo sei vom Kampf gegen demokratische und fortschrittliche Positionen geprägt.

Auch PT-Urgestein Rui Falcão bewertet eine mögliche Allianz Lula-Alckmin negativ: „Lula braucht keine Krücke für den Wahlkampf“, sagte der frühere Vorsitzende der PT. Die Arbeiterpartei habe ein Programm für den Wiederaufbau und die Umgestaltung des Landes und Alckmin stehe „im Widerspruch zu allem, was wir getan haben und zu tun beabsichtigen“. Alckmin hatte auch das Impeachment gegen die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff mitgetragen, das 2016 zu ihrer Absetzung in einem „parlamentarischen Putsch“ führte.

Lula da Silva gilt aktuellen Umfragen zufolge für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 als stärkster Gegner des amtierenden ultrarechten Staatschefs Jair Bolsonaro und hat sehr gute Chancen, im ersten Anlauf gewählt zu werden.

*Eva von Steinburg, amerika21*

## Ecuador

### Neue Ölpest im Amazonasgebiet

In Ecuador ist es nach dem Bruch einer Öl-Pipeline im Amazonasgebiet zu weitreichender Verschmutzung der Umwelt gekommen. Über 6.300 Barrel (eine Million Liter) Öl sind laut der Betreiberfirma *Oleoductos de Crudos Pesados* (OCP) ausgetreten. Nun steht neben dem Unternehmen auch Präsident Guillermo Lasso wegen der Ausweitung der Ölförderung in der Kritik. Das Leck der Leitung in der Provinz Napo entstand nach schweren Regenfällen und Erdbeben am 28. Jänner. In den sozialen Medien wurden daraufhin Fotos und Videos von regelrechten Bächen von Öl geteilt, die sich ungehindert in die Landschaft ergossen.

Ein Sprecher des für die Pipeline verantwortlichen Unternehmens OCP erklärte, 84 Prozent des ausgetretenen Öls seien aufgefangen worden. Von den restlichen 1.000 Barrel erreichte dagegen ein Teil den Río Coca, den größten Fluss des ecuadorianischen Regenwaldes, sowie mehrere Nationalparks. Nach Angaben des Umweltministeriums steht die betroffene Fläche größtenteils unter Naturschutz.

Das Krisenmanagement von Unternehmen und Regierung stand bald darauf in der Kritik. Während die Firma OCP zunächst von „kleinen Ölspure“ sprach, die die Flüsse erreicht hätten, verteilte sich die Kontamination laut lokalen Gruppen in kurzer Zeit auf ein Gebiet von 300 Kilometern Ausdehnung, vom Leck bis zum Nationalpark Yasuní. Die Umweltgruppe *Acción Ecológica* sprach von „irreparablen und nicht zu ersetzenden Schäden“ an Mensch und Umwelt.

Circa 60.000 Personen sollen von der Katastrophe betroffen sein, etwa durch die Verunreinigung von Wasser und Boden sowie die Verseuchung von Fischgründen. Lokale Organisationen forderten die dringende Bereitstellung von Trinkwasser und Nahrungsmitteln für die Bevölkerung. Das Leck in der Provinz Napo ist das jüngste in einer Reihe von Ölkatastrophen im ecuadorianischen Regenwald. Bereits 2020 war in derselben Region Rohöl ausgetreten und hatte die Flüsse Napo und Coca verseucht.

Laut einer jüngsten Untersuchung von *Acción Ecológica* gibt es regelmäßig größere und kleinere Öllecks im Amazonasgebiet. Die Regierung Lasso hat dennoch das Ziel ausgegeben, die Ölproduktion zu verdoppeln, und will den Zugang zu Bergbaulizenzen erleichtern. Gegen die Ausweitung der Ölförderung ist eine Verfassungsbeschwerde anhängig.

*Steffen Vogel, amerika21*

## Argentinien

### Umstrittenes Abkommen mit dem IWF

Máximo Kirchner, der Vorsitzende der Parlamentsfraktion *Frente de Todos* (FdT), ist zurückgetreten, nachdem Wirtschaftsminister Martín Guzmán ein neues Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verkündet hatte. Er teile

weder die Verhandlungsstrategie mit dem IWF noch ihre Ergebnisse.

Der Kongress muss der Übereinkunft mit dem IWF noch zustimmen. Es geht dabei um die Rückzahlung von 44 Milliarden US-Dollar. Argentinien wurde hierfür mehr Zeit eingeräumt. Als Gegenleistung darf der IWF vierteljährlich die Staatsfinanzen überprüfen, bevor es zu Zahlungen kommt. Das südamerikanische Land muss außerdem sein Haushaltsdefizit bis 2024 reduzieren und die Inflation, die bei 50 % liegt, senken. Außerdem verpflichtet sich Argentinien dazu, die staatlichen Energiesubventionen abzubauen. Letzteres könnte die privaten Haushalte besonders treffen.

Máximo Kirchner, Sohn des verstorbenen früheren Präsidenten Néstor Kirchner und von Vizepräsidentin Cristina Fernández, ist Mitgründer und Anführer der innerparteilichen Gruppe *La Campora*, der weitere 16 Abgeordnete der Regierungsfraktion angehören. Ohne deren Unterstützung ist die erforderliche Zustimmung der Abgeordnetenkammer kaum zu erreichen. Die Vizepräsidentin hielt sich zum Thema bedeckt. Das Abkommen wurde von Regierungsvertretern als Erfolg bezeichnet, weil die ausgehandelten Bedingungen milder als bei anderen IWF-Übereinkünften sind. Präsident Alberto Fernández selbst sagte jedoch, dass es „nichts zu feiern“ gebe. Das Abkommen sei aus der Not heraus abgeschlossen worden, um einen drohenden Default zu vermeiden und um Investitionen zu sichern, die sonst nicht getätigt worden wären, etwa durch Russland und China, die Fernández kurz danach besuchte.

Von Kritikern wird bemängelt, dass das irreguläre Zustandekommen des enormen IWF-Darlehens während der Präsidentschaft von Mauricio Macri kaum berücksichtigt wurde. Macri hatte 2018 die IWF-Hilfe ohne Zustimmung des Parlaments beantragt. Eine interne Untersuchung des IWF hatte 2021 ergeben, dass ein großer Teil der Gelder über irreguläre Kanäle abgeflossen war und die Ziele des Darlehens verfehlt wurden. Macri selbst hatte kürzlich erklärt, dass das Geld an die Banken ging, die das Land verlassen wollten.

*Miguel Arndt, amerika21*

## Die Adern weiter offen



**Andy Robinson: Gold, Öl und Avocados. Die neuen offenen Adern Lateinamerikas**  
Unrast-Verlag, Münster 2021;  
320 Seiten, 19,80 Euro

Avocados sind gesund. Sie enthalten jede Menge ungesättigter Fette, Ballaststoffe und Vitamine. Und für die Manneskraft sollen sie auch gut sein. Das hat die Bevölkerung der USA spätestens 2017 entdeckt, als vor der Super Bowl – dem Finale der Football-League – mehrere Stars ihre Rezepte für Guacamole in den TV-Werbepots preisgaben. Die Nachfrage explodierte und auf den Plantagen des mexikanischen Bundesstaates Michoacán wurden weitere Flächen für den Exportanbau der grünen Frucht abgeholzt oder den Kleinproduzenten abgenommen. Wo sich die großen Nahrungsmittel-Multis nicht schon den Zugriff gesichert haben, treten kriminelle Vereinigungen auf, die ähnlich operieren wie die rechten Paramilitärs in Kolumbien: Sie halten den Bauern die Pistole an den Kopf und zwingen sie zum Verkauf. Weigern sie sich, werden sie ermordet oder mit Waffengewalt vertrieben. Die Ausbreitung der Avocado-Monokultur hat die Kiefern- und Steineichenwälder, die den Wasserspiegel konstant hielten, verdrängt und lässt den Grundwasserspiegel im Bundesstaat immer weiter absinken. Prachtvolle Seen drohen zu verschwinden, der Bevölkerung wird zunehmend das Trinkwasser entzogen.

Der britische Journalist Andy Robinson, der für die spanische Tageszeitung *La Vanguardia* schreibt, spielt im Untertitel auf den Klassiker von Eduardo Galeano an. Der uruguayische Literat hatte vor gut 50 Jahren mit *Die offenen Adern Lateinamerikas* ein Standardwerk verfasst, das Generationen über die koloniale und neokoloniale Ausbeu-

tung des Subkontinents die Augen geöffnet und nicht wenige nachhaltig politisiert hat. Venezuelas wortgewaltiger Präsident Hugo Chávez hatte das Buch einst Barack Obama bei einem Treffen in Trinidad als Geschenk überreicht. Robinson konzediert, dass er mit der literarischen Qualität des Erfolgsautors nicht mithalten könne, doch die Dichte der Informationen steht dem Vorbild um nichts nach. Robinson hat die Schauplätze seiner Reportagen von Argentinien bis Mexiko und den US-Bundesstaat Utah selbst besucht und dabei dokumentiert, dass die neokoloniale Ausbeutung der Ressourcen Lateinamerikas durch transnationale Konzerne, Spekulanten und kriminelle Banden den Raubzügen der Spanier und Portugiesen vergleichbar ist.

Es geht um Mineralien wie Gold, Eisen, Smaragde, Lithium, Coltan und Niob und um Lebensmittel wie Quinoa, Kartoffel, Soja, Bananen, Fleisch und Avocados. Außerdem um Erdöl und Wasserkraft. Deren Produktion oder Gewinnung hat das Angesicht des Subkontinents verändert. Egal, ob es sich um Bergbau oder Plantagen handelt, um Stauseen oder Ölbohrungen: Auf die Umwelt und die auf eine intakte Natur angewiesene Bevölkerung wird keine Rücksicht genommen. Das macht der Autor schon im Vorwort anschaulich, wo er schildert, wie fröhliche Jugendliche aus den Großstädten im Gebiet der Mundurucu-Indigenen im brasilianischen Amazonas-Gebiet mit dröhnenden Jet-Skis die Geräusche des verschwindenden Urwalds übertönen. Der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro hat die Ausrottung der Indigenen unverblümt zum Programm erklärt und lässt sie konsequent betreiben.

Besonders radikal ist dieser Feldzug im Bundesstaat Roraima, wo selbst verfassungsrechtlich geschützte Territorien für Glücksritter und Konzerne freigegeben wurden, weil dort die größten Vorkommen von Niob unter der Erde liegen. Das extrem harte Metall ist vor allem für die Rüstungsindustrie von Bedeutung. Überschallflieger und strategische Waffen können ohne Niob nicht hergestellt werden. Die Interessen der extremen Rechten der USA treffen sich da mit der Geldgier der extremen Rechten Brasiliens, wie Robinson überzeugend darstellt. Es müssen aber keine rechtsextremen Motive dahinterstecken, wenn die Umwelt zerstört und indigene Gemeinschaften vertrieben werden. Auch im Venezuela von Ni-

colás Maduro wüten die transnationalen Bergbaukonzerne im Konzert mit korrupten Militärs.

Andy Robinson gelingt es, die Kontinuität der Ausbeutung anschaulich zu machen und zu zeigen, dass das extraktivistische Modell, von dem sich auch sozialreformistische Regierungen nicht lösen können, in die wirtschaftliche Sackgasse und ins ökologische Desaster führt.

Ralf Leonhard

## Gespräche mit Franziskus



**Carlo Petrini: Terra Futura: Gespräche mit Papst Franziskus über Ökologie, Migration und soziale Gerechtigkeit**  
Rotpunktverlag Zürich, 2021; 248 Seiten,  
24,00 Euro

„Am 13. September 2013 hielt ich mich wegen meiner Arbeit in Paris auf, als das Telefon klingelte. Unbekannte Nummer, zeigte das Smartphone an. ‚Papst Franziskus hier‘, hörte ich mein Gegenüber, und in einer Mischung aus Ungläubigkeit und Erregung begannen wir eine Unterhaltung, die mit einer virtuellen Umarmung endete.“ So beschreibt Carlo Petrini, ein italienischer Soziologe und Begründer der Slow-Food-Bewegung, seine erste Begegnung mit Papst Franziskus. Was folgte, waren im Zeitraum von 2018 bis 2020 drei Gespräche, die nun in dem Büchlein *Terra Futura* veröffentlicht wurden. Weiters lud Franziskus Petrini als Gasthörer zur Pan-Amazonien-Synode 2019 im Vatikan ein, um sich dort selbst ein Bild von der Aufbruchsstimmung, die *Laudato si'* entfacht hatte, zu machen.

Eigentlich könnten die Gesprächspartner unterschiedlicher nicht sein: „ein Agnostiker und ein Papst, ein Exkommunist

undein Katholik, ein Italiener und ein Argentinier, ein Gastronom und ein Theologe.“ Zwei grundverschiedene Menschen, die aber bei näherer Betrachtung auch einige Gemeinsamkeiten haben: Vorfahren in Italien, die familiäre Erfahrung der Emigration nach Argentinien, ähnliche Erlebnisse in Kindheit und Jugend und schließlich die Überzeugung, dass sich das Engagement für eine gerechte Sache, eine bessere Welt, lohnt. All dies erfährt man beim Lesen der in *Terra Futura* veröffentlichten Gespräche. Persönliche Anekdoten aus dem eigenen Leben, Erinnerungen an gemeinsame Freunde, an die eigenen Großmütter, Überlegungen über genussreiches Essen und Kinobesuche werden verwoben mit grundsätzlichen gesellschaftspolitischen und theologischen Überlegungen. Die Treffen verliefen auf „Augenhöhe“, überraschend, bewegend, nachdenklich, aber manchmal auch schnell und immer wieder amüsant und spannend.

Im Zentrum steht die 2015 veröffentlichte Enzyklika *Laudato si'* und ihre Bedeutung für Kirche und Gesellschaft. Franziskus sieht in ihr eine Sozialenzyklika, da er die Umweltkrise als eine soziale Krise versteht. Er führt die Zerstörung der Natur zurück auf ein einseitig ökonomistisches Fortschrittsverständnis mit dem Ziel ungezügelter Wachstums und von Gewinn um jeden Preis. Es geht also um ein neues Verständnis von Wirtschaft, eine ganzheitliche Sicht der Problematik, eine Versöhnung des Menschen mit der Natur und eine Spiritualität, in der Wissen und Weisheit einander ergänzen. Dem wird – so die Überzeugung des Papstes – eine „Wohlfühltheologie“ nicht gerecht. Vielmehr braucht es eine „Armutstheologie“, ein Denken von den Rändern der Gesellschaft her. Dies gilt sowohl für die aus dem Wirtschaftsprozess Hinausgefallenen, die „Ausgeschlossenen“, als auch für Flüchtlinge, die nicht zuletzt auch aufgrund von Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen mussten. Berührend ist das Eingeständnis des Papstes, lange gegenüber der Umweltproblematik selbst blind gewesen zu sein. „Diese Brasilianer machen uns noch ganz verrückt mit ihren Reden“, beklagte er sich als Erzbischof von Buenos Aires bei der 5. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Aparecida 2007. Er konnte nicht verstehen, warum seine brasilianischen Amtsbrüder darauf bestan-

den, die Probleme der Amazonasregion in das Schlussdokument aufzunehmen. Acht Jahre später schrieb er selbst *Laudato si'*.

Und wer setzt die „Umkehr“ in Gang? Wer ist das Subjekt der Veränderung? Hier vertrauen Petrini und Franziskus den kleinen Gemeinschaften an der Basis, wie dem Netzwerk *Tierra Madre*, das aus der Slow-Food-Bewegung entstanden ist oder der *Laudato si'*-Bewegung. Ausdrücklich würdigt der Papst auch *Fridays For Future*. Denn hier nehmen die Jugendlichen ihre Zukunft selbst in die Hand. „Wir sind unsere Zukunft“ oder „Uns gehört die Zukunft“ schreiben sie auf ihre Plakate. Dies überzeugt Franziskus. Abschließend wird noch das Abschlussdokument zur Amazonassynode: „Querida Amazonia“ thematisiert, dem – so Petrini – „... eine Poesie eigen ist, wie man sie in einem päpstlichen Schreiben noch nie gesehen hat“.

*Terra Futura* ist ein sehr berührendes und motivierendes Buch. Wer möchte, kann sich auch in weitere Texte der beiden Autoren vertiefen. Fünf Essays von Carlo Petrini und ausgewählte Papsttexte bieten die Möglichkeit dazu. So ist *Terra Futura* auch ein herausforderndes Buch, dessen Lektüre sich aber auf jeden Fall lohnt.

Wolfgang Schweiger

## Widersprüche der Selbstbestimmung



### Michael Fackler: Indigene Autonomie in Lateinamerika. Zwischen Selbstbestimmung und Kontrolle

transcript-Verlag, Bielefeld, 2021, 322 Seiten, 60,- Euro

Soll man enttäuscht sein? In dem Buch geht es nicht um „Indigene Autonomie in

Lateinamerika“, sondern um den ersten Fall einer solchen in Bolivien aus dem Jahr 2015, der – zugegeben – besonders prominent ist. Und wer in einem sechs Jahre später erschienen Buch auf erste Erfahrungsberichte mit der Praxis dieser Autonomie hofft, wird vergeblich suchen. Die zugrunde liegende – verdienstvolle – Feldforschung datiert aus den Jahren 2011 und 2012. Ein beredtes Beispiel für die erbarungswürdige Realität dieser Profession.

Stattdessen bietet die Lektüre – wie bei einer Dissertation üblich – in der ersten Hälfte des Buches theoretische und fallbezogene Kontextualisierungen, bevor es (ab S. 166) zur Sache geht, zur „*Autonomía Guaraní Charagua Iyambae*“. Und ab hier macht sich die Feldforschung dann bezahlt: als Warnung vor pauschalisierender oder romantisierender Herangehensweise an eine hochkomplexe Thematik.

Das fragliche Gebiet liegt im Südosten Boliviens, im Grenzgebiet zu Paraguay. Auf 74.000 km<sup>2</sup> leben rund 25.000 bis 30.000 Menschen; insgesamt gibt es in Bolivien gut 80.000 Guaraní. Es ist geprägt durch großen Grundbesitz. Es gibt weiße Bevölkerung, zugewanderte andine Quechua und Aymara, Mennoniten und eben Guaraní, die sich ihrerseits eher als Sprachgemeinschaft und mit ihren sechs jeweiligen Mikroregionen identifizierten, denn als „Volk“ oder „Nation“. Allgemein seien sie durch starken Widerstandsgeist und geringe Integration gekennzeichnet. Zwischen unterschiedlichen Guaraní-Gruppen habe es historisch auch Auseinandersetzungen gegeben.

Der Autonomieprozess sei auf dieser fragmentierten Grundlage durch die neue Verfassung quasi von oben initiiert worden. Die Bevölkerung von Charagua-Stadt sei mehrheitlich ohnehin dagegen gewesen. Die Regierung habe dann das Interesse am Thema verloren. Angesichts ihres Desinteresses hätten NGOs – insbesondere das Redaktionskomitee – eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung der Statuten gespielt.

„...ein grundlegendes Merkmal dieses Autonomieprozesses (bestand) im Widerspruch zwischen einer fragmentierten lokalen Bevölkerung und der zentralisierenden staatlichen Perspektive auf Autonomie als Selbstbestimmung bestehender Völker und Nationen. Die Implementierung der Autonomierechte konnte sich daher nur



teilweise auf bestehende Praktiken stützen, sondern erforderte vor allem die Etablierung neuer gemeinsamer Ebenen und Institutionen.“ Der Präsident der Autonomieverammlung wird mit den Worten zitiert: „Wir wollen eigentlich gar keine gemeinsame Autonomie und Regierung. Die sechs Zonen sollten diese Regierungsfunktionen ausüben.“ Interessant zu lesen ist, wie Fragen von Land, Korruption, indigener Rechtsprechung, Hexen- und Zauberglauben diskutiert wurden.

Der Autor sieht die Autonomie durchaus als einen emanzipatorischen Prozess für die indigene Bevölkerung, hebt aber hervor, dass mit der Selbstbestimmung auch eine „Verstaatlichung“ einher geht. Ein Buch für Fachpublikum.

**Robert Lessmann**

Mehr zum Thema unter [www.latautonomy.com](http://www.latautonomy.com) und in einem Beitrag zum Thema in *lateinamerika anders* 1/2021.

## Nüchterne Bilanz



**Tobias Boos: Populismus und Mittelklasse. Die Kirchner-Regierungen zwischen 2003 und 2015 in Argentinien**  
transcript Verlag, Bielefeld 2021  
312 Seiten, 39,99 Euro

Tobias Boos konzentriert sich in dieser auf seiner Dissertation basierenden Arbeit auf die zwölfjährige Regierungszeit der Kirchners. Im ersten Teil werden die Begriffe Populismus und Mittelklasse definiert und anhand verschiedener Ansätze erläutert. Argentinien sieht sich als Land der Mittelklasse: Bei Befragungen in den letzten zehn Jahren zählten sich zwischen 57 und fast 70% der Bevölkerung dazu.

Zur Methodik der vorliegenden Studie wird im statistischen Teil darauf hingewiesen, dass sich die Bedingungen für Erhebungen und Auswertungen immer wieder geändert haben: durch die Kirchners im Jahr 2007 und auch durch Nachfolger Macri, der nach der Machtübernahme einen „statistischen Ausnahmezustand“ erklärte und ebenfalls mit der Überarbeitung der Zahlen begann.

Boos hebt hervor, dass er die Interviews für seine Arbeit im Jahr 2016 geführt hat, als sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung immer stärker ausgewirkt haben, z. B. durch eine 100%ige Erhöhung der Preise im Nahverkehr und eine durch Subventionskürzung bedingte Steigerung bei Strom und Gas um bis zu 400%.

Im zweiten Teil geht es um die argentinische Mittelklasse und den Kirchnerismus. Dabei teilt der Autor die zwölf Jahre Regierung in vier Perioden ein: 2003 kam Néstor Kirchner an die Macht und es begann eine wirtschaftlich äußerst erfolgreiche Periode. Das Wirtschaftswachstum betrug etwa 9%; der Neo-Extraktivismus boomte, ausländisches Kapital kam ins Land. Das argentinische Kapital wurde in Sektoren investiert, in denen wenig Konkurrenz herrschte. Die Inflation war moderat (10%). Die Zahl der Erwerbslosen und jene der informell Beschäftigten sanken. Durch diese Erfolge konnten die Gewerkschaften für die Mitarbeit gewonnen werden und deren Zersplitterung wurde teilweise überwunden.

Kurz nach der Machtübernahme durch Cristina Fernández de Kirchner 2007 begannen zwei Krisenjahre. Während sich die Weltwirtschaftskrise erst mit Verspätung auswirken sollte, kam es zum Konflikt zwischen Regierung und Agrarsektor. Dieser reagierte mit Straßenblockaden und Lieferboykotten auf geplante Regierungsmaßnahmen, die ihm Teile seines Gewinns genommen hätten. Dass er siegte, war auch darauf zurückzuführen, dass er die Solidarität anderer Gruppen suchte. In diese Zeit fällt auch das Zerwürfnis zwischen der Regierung und den Medien, speziell der Gruppe Clarín. Es kam zu einer extremen Polarisierung (*periodismo de guerra*).

Die dritte Periode deckt sich mit den beiden letzten Jahren vor der nächsten Wahl. Dem Kirchnerismus gelingt durch die Umsetzung ihm wichtiger politischer

Vorhaben die Erholung. Boos bezeichnet diese Zeit als „fundationales Moment“ des Kirchnerismus, wie wir ihn heute kennen. Er führt die Verkaufszahlen in Shoppingmalls und Neuwagenkäufe als Indikatoren an: Diese stimmen die Eliten und die obere Mittelklasse milde. Im gesellschaftlichen Bereich gelingen wichtige Reformen (gleichgeschlechtliche Ehe, Kindergeld für Arbeitslose, usw.).

2012 – 2015 zerfällt das kirchnerische Modell. Die Wirtschaft beginnt zu schrumpfen, der Konsum sinkt, die Inflation steigt. Ab 2013 gibt es drastische Lohnverluste. Was die Bevölkerung bisher gewonnen hat, geht wieder verloren. Die Maßnahmen der Regierung – z. B. Kreditprogramme zur Anregung des Privatkonsums, die aber Privatverschuldung zur Folge haben – führen zu einem Bruch zwischen der Mittelklasse und dem Kirchnerismus. Es kommt wieder zu *cacerolazos*. Der Erwerb von Dollars wird erschwert, was die Mittelklasse aufgrund des volatilen Pesos besonders trifft. Mit den Wahlen im Oktober 2015 ist es vorbei.

Boos' Werk zeichnet sich durch seinen neutralen Blick aus: Er bewertet die Arbeit der Kirchners nicht. Dazu kommen dort, wo es notwendig ist, statistische Informationen und Tabellen, welche die jeweilige Situation noch klarer machen. Wem der theoriebasierte erste Teil zu trocken erscheint, der/die darf sich über einen sehr klaren zweiten Teil freuen, der darstellt, was sich in der kurzen Zeit der Kirchners alles abgespielt hat. Und wie wir wissen: Argentinien bleibt spannend.

**Roberto Kalmar**

## Kritik des naiven Praxisbegriffs

Der ecuadorianisch-mexikanische Theoretiker **Bolívar Echeverría** ist hierzulande kaum bekannt. Der Autor des folgenden Beitrags, ein in Deutschland geborener und seit 1993 in Mexiko lebender Philosoph und Sozialwissenschaftler, bemüht sich, das zu ändern. Wir überlassen es dem Leser/der Leserin zu beurteilen, ob es ihm mit diesem Text gelungen ist – auch auf die Gefahr hin, dass er als schwer verständlich empfunden wird.

Von **Stefan Gandler**

In seinem Text *Postmodernidad y cinismo* [Postmoderne und Zynismus]<sup>1</sup> kritisiert der ecuadorianisch-mexikanische Gesellschaftstheoretiker Bolívar Echeverría (Riobamba, Ecuador, 1941 – Mexiko, 2010) einige der ideologischen Grundelemente der kapitalistischen Moderne, deren Gesamtheit er als „mythischen Komplex [complejo mítico]“ und jeden einzelnen als „modernen Mythos [mito moderno]“ fasst. Die „moderne politische Kultur“ der Gesellschaften, die unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ihren materiellen Bestand sichern, nennt er in diesem Text, mit besonderer Bezugnahme auf die „westlichen Staaten (...) am Ende dieses Jahrhunderts“, die „realistische politische Kultur“. Hier scheint eine Kritik Echeverrias an einem bestimmten naiven Praxisbegriff vorzuliegen.

Echeverrias Gedanke ist kurz gesagt folgender: Die sozialistische Vorstellung, dass durch eine Revolution alle menschlichen Lebensverhältnisse umgewälzt werden könnten, ist nicht nur eine schlechte Kopie bürgerlich-revolutionärer Vorstellungen, etwa aus der französischen Revolution von 1789 (in der alles neu beginnen sollte), sondern ist letztlich nur die konsequente Fortführung der für die moderne Gesellschaft grundlegenden „Erfahrung des Marktes als eines privilegierten Ortes der Vergesellschaftung“. Am Markt dominiert der (Tausch-) Wert das Geschehen der „Vergesellschaftung“, nicht der Gebrauchswert. Der Wert aber ist ausschließlich vom menschlichen Faktor, nämlich der Arbeitszeit, die gesellschaftlich durchschnittlich zur Herstellung eines Produkts benötigt wird, bestimmt. So entsteht der Eindruck, dass die Formen der Vergesellschaftung ausschließlich vom Menschen bestimmt werden. Echeverría lässt hier

zwischen den Zeilen durchblicken, dass der menschliche Faktor in dieser kritisierten Vorstellung als ein bewusster Faktor verstanden wird. So kommt es, dass eine Revolution als ein einmaliger, bewusst herbeigeführter Bruch verstanden wird, in dem die „Materialisierung eines im politischen Diskurs geschaffenen Ideals“ stattfindet.

Echeverría formuliert dies folgendermaßen: „Die Tätigkeit, die als Wert gerinnt und die sich als Tauschwert realisiert, erscheint als die menschliche Tätigkeit par excellence. (...) Die Konkretion des gesellschaftlichen Lebens selbst, bestimmt durch das, was produziert und konsumiert, gearbeitet und vernutzt wird, scheint sich somit einzig um die Tatsache des Schaffens und die Realisierung des Wertes zu drehen. Dieses Faktum wird als ontologische Hierarchie erfahren, die sich auf eine diffuse und unmerkliche Art und Weise in der Alltäglichkeit des merkantilen Lebens vollzieht – und die den Menschen in ein *Hypokeimenon* [Akteur] verwandelt, auf dessen Tätigkeit die gesamte qualitative Beschaffenheit des Wirklichen ruht, der somit, so wie er sie setzt, sich ihrer auch entledigen oder sie ändern kann. Genau diese Erfahrung thematisiert der Mythos der Revolution in Form einer einmaligen, legendären Tat, die die Ausübung dieser absoluten Souveränität in einem einzigen entscheidenden Moment konzentriert.“

Was sich nach einem Verwerfen des Subjektbegriffes anhört, ist vielmehr Ausdruck einer Kritik an der Vorstellung des menschlichen Subjekts als eines in seinen Entscheidungen völlig freien, also eine Kritik gewisser idealistischer Subjektkonzeptionen. Jedoch geht Echeverría bei seiner Bestimmung der Grenzen der Freiheit des Subjekts über diejenige von Marx hinaus, der diese Begrenzung im Schein der Eigen-



Bolívar Echeverría; © flickr.com

ständigkeit der Waren in ihrem Verhältnis zueinander und zu den Menschen erblickt. Bolívar Echeverría konzentriert sich in seiner Theorie auf eine andere Determiniertheit des Menschen bei seinen Entscheidungen, die von Marx zwar erwähnt, aber kaum weiter ausgeführt wird: die Naturalform der gesellschaftlichen Reproduktion.

Diese Naturalform steckt nicht nur in der, wie Marx sagt, „Naturbasis des Mehrwertes“<sup>2</sup>, also den „Naturbedingungen“, an welche „die Produktivität der Arbeit gebunden (bleibt)“, das heißt den „naturbedingten Produktivkräften der Arbeit“, sondern auch in der inhaltlichen Bestimmung des Gebrauchswerts sowie in den Gesellschaftsformationen selber, zum Beispiel in ihren verwendeten Arbeitsinstrumenten, den verwendeten Rohstoffen der Produktion und so weiter. Diese Faktoren sind nicht schlicht vom Wertgesetz bestimmt, sondern unterliegen zugleich einer eigenen Dynamik, die als kulturelle gefasst werden könnte, wobei Kultur hier nicht im idealistischen Sinne als bloße Geistes tradition, sondern im Sinne von materieller Kultur zu verstehen ist.

Die konkreten Gebrauchswertbestimmungen und die genauen Eigenschaften der jeweiligen Gesellschaftsformation sind dabei aufs Engste miteinander verknüpft. Echeverrias Kritik des idealistischen Subjektbegriffs wendet sich auch gegen einen innerhalb bestimmter marxistischer Tendenzen vorhandenen. Die Vertreter dieser Tendenzen meinen, bereits mit der Bestimmung einer Gesellschaftsformation als „kapitalistisch“ das Entscheidende ausgesagt zu haben und betrachten in der Folge etwaige geographische, kulturelle Unterschiede als reine Sekundärercheinungen. Diese kritisierte Sichtweise ist zudem eine naiv progressistische, da sie in aller Regel die unterschiedlichen kapitalistischen Gesellschaftsformationen nur als

solche fassen kann, die sich zueinander als „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Stufe der gleichen Form verhalten.

Echeverría's Interesse an kulturellen Aspekten der „kapitalistischen Moderne“ soll also nicht als eine idealistische Verwässerung Marxscher Gesellschaftsanalyse verstanden werden, sondern vielmehr als Versuch der radikalen Kritik der gewaltigen idealistischen, naiv fortschrittsgläubigen und ethnozentristischen Reste in verschiedenen Varianten marxistischen und materialistischen Denkens der Gegenwart. Er versucht dabei, Marx unter Bezugnahme auf Textstellen zu dieser Problematik – beispielsweise in den Grundrissen<sup>3</sup> – vor solchen Interpretationen zu retten. Dieser Versuch der materialistischen Konkretion des Begriffs der jeweiligen kulturell unterschiedlich determinierten Gebrauchswertproduktion und die damit einhergehende Kritik des pseudo-universalistischen Subjektbegriffes – der de facto ein ethnozentristischer – und damit eurozentristischer – ist, kann nicht ohne Folgen für den Praxisbegriff bleiben. Auch die menschliche Praxis muss in ihrem jeweiligen historischen, kulturellen und geographischen Kontext gefasst werden, kann nicht im Rahmen eines scheinbar universal bleibenden Denkens wirklich verstanden werden.

○

- 1 Bolívar Echeverría, Postmoderne und Zynismus. Revolution, Nation und Demokratie – die drei Mythen der Moderne. Übers. Stefan Gandler. In: Die Beute. Politik und Verbrechen. Berlin und Frankfurt am Main, Herbst 1996, Nr. 11, S. 80-94. Original: Bolívar Echeverría, *Postmodernidad y cinismo* in: Echeverría, *Las ilusiones de la modernidad*, México, D.F.: UNAM und ed. *El Equilibrista*, 1995, S. 39-54.
- 2 Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Nach der vierten, von Friedrich Engels durchgesehenen und herausgegebenen Auflage (Hamburg 1890): Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Band 23, Berlin (DDR): Dietz, 1975, S. 534.
- 3 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx, Friedrich Engels. Werke. Band 42. Berlin (DDR): Dietz, 1983. S. 47-768 und Einleitung, ebd. S. 19-45.

## Johann Kandler

### Nachruf auf einen Wanderer zwischen zwei Welten

**Johann hat das „Klimabündnis“, das größte kommunale Klimaschutz-Netzwerk Österreichs, mit aufgebaut. Er kämpfte für internationale Gerechtigkeit, den Erhalt des Regenwaldes und die Rechte der dort lebenden Menschen. Am 26. November 2021 ist er in Bannberg, Osttirol, verstorben.**



Hans Kandler begegnete den Indigenen auf Augenhöhe; © Patrícia Kandler

Johann, von allen oft Hans oder João genannt, wurde am 19.05.1951 in Bockfließ (Nö) geboren. Seine Eltern hatten eine Landwirtschaft und Hans, der Erstgeborene von zwei Kindern, half schon früh fleißig mit. Nach der Ausbildung zum Wein- und Obstbauer leistete er den Präsenzdienst und erfuhr im Alter von 19 Jahren vom Ableben seines Vaters.

In dieser Zeit kam es zu einer Begegnung, die seinen weiteren Lebensweg entscheidend prägte. Er lernte den Bischof Dom Marcelino kennen, der soziale Projekte in Brasilien organisierte. Hans begann die Ausbildung zum Entwicklungshelfer in Mödling, wo er seine spätere Ehefrau Chirselda kennenlernte.

1972 reisten die beiden nach Brasilien, um als Berater und Lehrer zu arbeiten. 1976 heirateten sie und im Jahr darauf kam Tochter Betty zur Welt. 1978 zog die Familie nach Acre. In den nächsten zehn Jahren organisierte und begleitete Hans kirchliche Basisgemeinden, Kleinbauern und Kautschukzapfer sowie Landarbeitergewerkschaften und gründete genossenschaftliche Selbsthilfegruppen. Gemeinsam mit seinem

Freund Chico Mendes, der 1988 ermordet wurde, und anderen Gewerkschaftsführern setzte er sich bei Landkonflikten mit Großgrundbesitzern für die Rechte der unterdrückten Kleinbauern ein. Während dieser Zeit bekam das Ehepaar noch drei Kinder: André, Marlene und Patrícia.

In den 80er Jahren war Hans Mitgründer der *Comissão Pastoral da Terra* (Landarbeiterpastoral) und ihr langjähriger Leiter in zwei Bundesstaaten. 1991 wurde die CPT mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

1992 kehrte Hans mit seiner Familie nach Bannberg in Osttirol, der Heimat seiner Frau, zurück. Er wurde Mitglied und später Obmann des Vereins „Lebenswertes Pustertal“, um gegen das Projekt „Schnellstraße Alemagna“ anzukämpfen. Nach der Gründung des Vereins „Trikont Weltladen“ in Lienz engagierte er sich außerdem für den fairen Handel und war zwei Jahre lang als Obmann tätig.

„Global denken, lokal handeln“ lautete auch sein Leitspruch, als er ab 1993 in Österreich das Klimabündnis mit aufbaute. Mit seiner Authentizität und Lebenserfahrung brachte

er eine neue Idee zum Schutz des Klimas unter die Leute: eine globale Partnerschaft zwischen Gemeinden und indigenen Völkern. Es gelang ihm, Entscheidungsträger auf allen Ebenen von der gemeinsamen Sache zu überzeugen. Bei mehr als tausend Vorträgen fesselte er mit seinen Erzählungen aus erster Hand. Hans war wie ein Wanderer zwischen den Welten und Kulturen. Zahlreiche von ihm angeführte Delegationsreisen förderten den Austausch zwischen den Partnern.

Durch sein Engagement für Gerechtigkeit, den Erhalt des Regenwaldes und die Rechte der Einheimischen ist es gelungen, die Klimabündnis-Partnerschaft mit der FOIRN, dem Dachverband der indigenen Organisationen am Rio Negro, aufzubauen und zu einer international anerkannten Erfolgsgeschichte zu entwickeln. Noch Mitte Oktober hielt er seinen letzten Vortrag in Elbigenalp in Tirol. Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb er in seinem 71. Lebensjahr. Sein Lebenswerk ist für viele eine Inspiration. ○

Patrícia Kandler

# Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

**Sigrun Berger (16.1.1934, Krems – 17.12.2021, Wien)**

„In Chile erlebte ich, wie schön es sein kann. ‚Bringt alle eure Hände – die Schwarzen ihre schwarzen, die Weißen ihre weißen, um eine bessere Welt aufzubauen!‘, ein Lied aus dieser Zeit; die es gesungen haben, haben auch nicht in Chile weiterleben können“, beschreibt Sigrun Berger die beginnenden 1970er Jahre, als sie noch hoffte, in Chile leben zu können. (Frauensolidarität 32/1990)

Sigrun Berger war gemeinsam mit ihrem Mann Herbert aufs Engste über Jahrzehnte mit der Solidaritätsbewegung für Lateinamerika verbunden. Vor allem für Chile schlug ihr Herz. Dieses Herz hat am 17.12.2021 aufgehört zu schlagen.

Sigrun Berger wuchs in Krems auf, erlernte im väterlichen Betrieb den Beruf der Kunsttischlerei und besuchte die Fachschule für Bildhauerei in Hallstatt. Einige ihrer Werke sind auch heute noch zu bewundern: die geschnitzten Teile der Empore der Orgel im Stephansdom oder der Fassboden des Tausend-Eimer-Fasses von Lenz Moser in Rohrendorf bei Krems.

1964 ging Sigrun gemeinsam mit ihrem ersten Ehemann Josef Pernerstorfer und ihren vier Kindern auf Entwicklungshilfeinsatz nach Bolivien. Sie waren damit die erste Familie, die mit dem Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) einen Einsatz wagte. Allerdings galt Sigrun „nur“ als mitreisende Ehefrau (MEF). Für Ehefrauen waren damals keine eigenen Verträge vorgesehen, wenngleich sie oft gleichermaßen mitarbeiteten. Diese Diskriminierung wollte sie ändern und war dabei später auch erfolgreich. Sigrun beschreibt die Zeit in Bolivien: „Ich habe viel dazugelernt, es waren harte Jahre, wenn man die vielen Krankheiten, das Essen und Wohnen und den Geldmangel zum Maß nimmt. Aber es waren wunderbare Jahre, wenn ich bedenke, wie viel Zuneigung wir erfahren haben, wie wir zunehmend lernten, in einer anderen Kultur zu leben.“ (Frauensolidarität 3/1999)

1968 ging die mittlerweile größer gewordene Familie auf einen weiteren Entwicklungshilfeinsatz nach Chile. Ende der 1960er Jahre herrschte politische und soziale Aufbruchstimmung und 1970 gewann Salvador Allende die Präsidentschaftswahl. Er wollte auf demokratischem Weg eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Sich in diesem Prozess einzubringen, war Sigruns Überzeugung. Sie arbeitete in Polikliniken mit, half beim Aufbau von Kindergärten und unterstützte Basisinitiativen wie die der Landbesetzer:innen.

Mit dem Putsch am 11. September 1973 durch die Generäle und die Machtergreifung Pinochets war das Vorhaben, in Chile dauerhaft zu leben, zunichte gemacht. Sie bemühte sich – gemeinsam mit Herbert Berger, der als katholischer Priester seit 1968 in Santiago arbeitete – politisch gefährdeten Chilen:innen zu helfen. Erst durch ihrer beider Intervention wurde die österreichische Botschaft für Flüchtlinge geöffnet, sodass etwa 200 chilenische Familien nach Österreich flüchten konnten. Doch bald waren sie selbst gefährdet und mussten ebenso fliehen.

Der erzwungene Abschied von Chile war eine schmerzliche Zäsur und der Aufbau einer neuen Existenz in Österreich mit acht Kindern ein enormer Kraftakt. Zur Seite stand ihr dabei wiederum ihr späterer zweiter Ehemann Herbert Berger. Mit ihm teilte sie zeitlebens die politische Überzeugung der internationalen Solidarität und des Humanismus.

Sigrun arbeitete an der Gründung der Chilesolidaritätsfront, der Gruppe Christen für Chile und des Hilfskomitees für Nicaragua mit. 1982 gründete Sigrun mit anderen Frauen die Frauensolidarität. Sie brachte ihre persönliche Erfahrung aus Bolivien und Chile ein. Sie hatte erkannt, dass Entwicklungszusammenarbeit die Frauen benachteiligt, wenn sie nicht ganz bewusst auf Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau abzielt.

Vielen wird Sigrun mit ihrer herzlichen Zugewandtheit, großen Wärme und unbedingten Solidarität in Erinnerung bleiben. Diese Haltung wurde durch ihre Erfahrungen mit den Menschen in Lateinamerika geprägt: „Sie haben mich gelehrt, um



Sigrun und Herbert 2014; © Frauensolidarität

was ich mich bis heute bemühe, es behalten und nicht vergessen will. Menschen, denen ich begegne, das Gute zuzutrauen und sie so zu sehen wie LateinamerikanerInnen bereit waren mich zu sehen.“ (Frauensolidarität 1/2001) ◉

**Gundi Dick**

**Gundi Dick hat lange Jahre in der Frauensolidarität gearbeitet und war mit Sigrun und Herbert Berger befreundet.**

## Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

ZVR-Nr.: 278 710 314

Obmann: Ralf Leonhard

Obmann-Stv.: Leo Gabriel

Schriftführer: Wolfgang Schweiger

Schriftführer-Stv.: Brigitte Ghafouri-Schmidt

Kassier: Hermann Klosius

Kassier-Stv.: Laurin Blecha

